

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 10. Januar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifen für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkaltet täglich außer Montags.

Ums freie Wahlrecht!

Die offiziöse „Liberale Correspondenz“ kündigt an, daß der freisinnige Wahlrechtsantrag am 13. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus zur Verhandlung gelangen werde. Wenn diese Meldung richtig ist, wie wir hoffen, so bietet sich für den Freisinn noch einmal, zum letzten Male, Gelegenheit, zu beweisen, daß er mehr als der bedingungslose Handlanger der Reaktion ist.

Um die Situation würdigen zu können, muß man weiter zurückgreifen und sich namentlich der freisinnigen Auslassungen aus dem Jahre 1907 erinnern. Als damals die Sozialdemokratie forderte, daß der Freisinn sein Verbleiben im Sottentottenblock von dem Zugeständnis einer Demokratisierung Preußens abhängig mache, erklärte der Offiziosus der „Frankfurter Zeitung“, daß im alten Landtage, der ja im Frühjahr 1908 sein Ende finde, die Frage der Wahlrechtsreform nicht mehr gelöst werden könne. Wohl aber werde die Regierung vor der Schließung des Landtages „ihre grundsätzliche Stellung zur Wahlrechtsreform darzulegen und die Grundlinien einer Reform zu kennzeichnen“ haben.

„Diese Reform würde dann wohl die Hauptrolle in der Wahlbewegung spielen und das neugewählte Abgeordnetenhaus beschäftigen.“ Als der „Vorwärts“ diese Verschleppungstaktik gebührend geißelte und dem darauffolgend wehleidig fragenden Herrn Raumann, was denn der Freisinn zur Eroberung des Reichstagswahlrechts tun könne, schlagende Antwort erteilte, schien selbst dem Blockfreisinn das Gewissen zu erwachen. Herr Raumann selbst bekehrte sich binnen kurzem zu der Ansicht, daß es gelte, in die „Wahlrechts-Tanfaren“ zu stoßen:

„Heute muß einfach gefordert werden: das Reichstagswahlrecht für Preußen! Damit wird sehr spät wieder gut gemacht, was durch das Wahlgesetz von 1849 und von 1850 der Bevölkerung weggenommen wurde!“

Der freisinnig-volksparteiliche Abgeordnete Doorman erklärte:

„Es ist ganz zweifellos eine Lebensfrage des Liberalismus, das Reichstagswahlrecht für Preußen mit allen geschichtlich zulässigen Mitteln zur Durchführung dringen zu helfen. Ich stehe in der Wahlrechtsfrage durchaus auf dem Standpunkte Raumanns.“

Herr Friedrich Bayer sagte damals: „Auch nach meiner Auffassung ist die wichtigste Entscheidung im Reich die über das preussische Wahlrecht, und allem Voraussehen nach wird von ihrer nächsten Entwicklung die Dauer des Blocks abhängen. Ich teile die Ansicht Raumanns, daß dabei kein Liberaler eine andere Forderung stellen kann, als die der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. ... Das Wichtigste scheint mir im übrigen zu sein, daß der Kampf überhaupt einmal begonnen wird, mit oder ohne Bülow, mit den politischen Beamten oder gegen sie. Solche Fragen müssen doch in der Regel von unten her gelöst werden.“

Auch Herr Haußmann und selbst Herr Mugdan gaben damals die Erklärung ab, daß sie Herrn Raumanns Ansicht vollständig teilten, die Ansicht also:

„Die preussische Wahlrechtsfrage kann schon heute als die Lebensfrage des Blocks und damit als die Lebensfrage der Reichstagsopposition Bülows bezeichnet werden.“

Selbst das führende Organ von der Freisinnigen Volkspartei, die „Freisinnige Zeitung“, versicherte:

„Die Regierung hat eingesehen, daß es wie bisher nicht weitergehen kann. Aber es scheint, als wollte man den Termin dieser dringenden Reform möglichst weit hinausschieben. Die freisinnige Volkspartei wird demgegenüber nicht locker lassen in ihren Bemühungen für Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen. Wir erwarten alsbald eine Auffklärung, wie es mit den Plänen des Fürsten Bülow in bezug auf die preussische Wahlrechtsreform steht, und zwar können wir uns nicht mit einer bloßen generellen Erklärung zufrieden geben, sondern verlangen Klipp und Klar Auskunft darüber, wie sich die Regierung im Zeichen des Blocks die Durchführung der Wahlrechtsreform denkt.“

Leider kam es ganz anders, als man nach diesen Erklärungen anzunehmen berechtigt war! So kampfesmutig der Freisinn damals, im August 1907, in der Presse vom Reder zog, so wenig dachte er später, als es die tönenden Worte in kraftvolle Taten umzusetzen galt, an die Einlösung seiner Beteuerungen!

Am 10. Januar 1908 gelangte der freisinnige Wahlrechtsantrag zur Beratung. Fürst Bülow lehnte das Reichstagswahlrecht rundweg ab. Was er in Aussicht stellte, war lediglich, daß in Erwägungen eingetreten werden solle, „ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen, nach Alter, Besitz, Bildung oder dergleichen abgestuft werden könne“. Die freisinnig-demokratische „Volkszeitung“ nannte diese Antwort Bülows derb, aber zutreffend: „schallende Ohrfeigen rechts und links in das Gesicht freisinnigen Blockvertrauens, freisinniger Knappentreue“. Und selbst die „Frankfurter Zeitung“, die willige Pöhlerei aller liberalen Blockerniedrigungen, schrieb über Bülows Bräskierung des Freisinn am 11. Januar 1908:

„Diese Erwartung (wenigstens einigen Entgegenkommens) ist völlig getäuscht worden und damit auch das Ver-

trauen, daß das Bülowische Regime aufrichtig bestrebt sei, unseren Ansprüchen, wenigstens in den Hauptdingen einigermaßen entgegenzukommen. Ihm ist eine ausreichend lange Respektfrist gelassen worden, um zu erfüllen, was man verlangen mußte. Und nun hat er in der allerbedeutendsten Frage völlig versagt und sich selbst damit das Urteil gesprochen. Für diejenigen Kreise, welche einen ehrlichen Fortschritt wollen, kann Bülow nach dieser Probe nicht der Mann sein, auf den sie irgend welche Hoffnungen setzen können, und es liegt nicht der mindeste Anlaß vor, eine Politik des Kavierens zu fördern, welche hartnäckig darauf besteht, daß an Stelle des Volkswillens der Wille kleiner mächtiger Kreise die Zusammensetzung der Volksvertretung bestimmen soll.“

Was aber tat der Freisinn? Begann er den „Kampf mit oder ohne Bülow“, wie ihn für solchen Fall die Raumann, Haußmann, Doorman und andere freisinnige Führer angekündigt hatten? Er steckte die „Ohrfeigen“ ruhig ein, er blieb getreulich der „Blocknappe“, verriet Wahlrecht und Volksinteressen!

Und noch mehr! Als dann wenige Monate später der Wahlkampf entbrannte, dachte der Freisinn nicht einmal an das, was der Bülow-Offiziosus der „Frankfurter Zeitung“ im Juli 1907 als selbstverständlich hingestellt hatte: die Wahlreform die Hauptrolle im Wahlkampf spielen zu lassen. Im Gegenteil: der Freisinn bot alles auf, um gemeinsam mit Junkern und Reichsverbändlern die einzigen ehrlichen Wahlrechtsfreunde, die Sozialdemokraten, niederzuknüppeln! Er hielt Junkern und Schornmachern, Protowucherern und Wahlrechtsfeinden den Steigbügel. Das war sein Eintreten, sein Kampf für die Wahlreform!

Jetzt nun soll am Mittwoch nächster Woche der freisinnige Wahlrechtsantrag abermals erörtert werden. Die Regierung wird nicht umhin können, abermals eine Erklärung abzugeben. Denn keine Antwort wäre noch schlimmer als die schlimmste Antwort. Wie die Antwort ausfallen wird, kann man mit größter Bestimmtheit voraussehen. Wiederum wird der Vertreter der Regierung die Einführung des Reichstagswahlrechts ablehnen. Wiederum wird man „Erwägungen“ darüber in Aussicht stellen, ob auf der Grundlage eines anderen Klassenvorrechtes ein neues Wahlrecht aufgebaut werden könne. Man wird weiter auf die Erklärungen der offiziellen Presse verweisen, daß ja bereits von der Regierung statistische Berechnungen über die Wirkungen des einen oder anderen Pluralwahlsystems angestellt worden seien, und daß ein Eingehen auf konkrete Fragen eines neuen Wahlrechts erst nach Beendigung der Untersuchungen und dem Vorliegen ausreichenden Materials möglich sei.

Welche Haltung nun wird der Freisinn dieser erneuten Stellungnahme der Regierung gegenüber einnehmen? Wird er sich abermals die ihm von einem freisinnig-demokratischen Blatt attestierten Ohrfeigen ruhig gefallen lassen? Wird er sich abermals damit vertrösten lassen, daß ja über Jahr und Tag die Regierung gnädigst einen Wahlreformentwurf vorzulegen geneigt sei? Einen Wahlreformentwurf, der glünstigstenfalls nach der förmlichen Wahlreformartikularzusammenschüsterung sein könnte und nur eine Bereinigung des schändlichsten Klassenwahlrechts bedeuten würde?! Denn wie Sachgen die Wahlreform „gelöst“ hat, ist ja jetzt bekannt. Man bietet dem Volke ein schändliches Pluralwahlrecht mit agrarischer Verhänzung, das an der Tafel der totalen Entrechtung der großen Masse des Volkes nicht das geringste ändert! Ein nach Sachsens Muster fabriziertes preussisches Wahlrecht würde dem preussischen Proletariat höchstens eine Vertretung in Gestalt einer hoffnungs- und einflußlosen Minderheit zugestehen, wie sie sich die Arbeiterklasse ja auch unter dem elendesten aller Wahlsysteme bereits erungen hat!

Wird der Freisinn den Mut haben, solch schändliche Rasföhrung und Vergewaltigung des Volkes durch eine Fortsetzung seiner bisherigen Zauder- und Verrätertaktik Vorstoß zu leisten?

Noch einmal steht sich der Freisinn vor die schicksalsschwere Entscheidung gestellt, ob er für die liberalen Grundzüge — denn um solche, nicht um etwas Sozialdemokratisches handelt es sich! — ernstlich eintreten oder sich für alle Zeiten zum verächtlichen Handlanger reaktionärer Trugpolitik entwürdigen will. Der Freisinn hat es abgelehnt, die Frage der Bewilligung der neuen Steuern als Mittel zur Erzwingung freierwilliger Zugeständnisse zu benutzen. Er will keine „Erpreßerpolitik“ treiben! Nun, dann braucht er nur nach der 1907 von den Freisinnführern selbst als ganz selbstverständlich vertretenen prinzipiellen Taktik zu verfahren und die Regierung vor die Alternative zu stellen: entweder Volksrechte oder Ende des Blocks, rückwärtsloser Kampf des Freisinn gegen die Reaktion!

Oder will der Freisinn abermals die „Ohrfeigen“ der Reaktion ruhig einstecken? Will er etwa die Ohrfeigen, die dem Volke unaufhörlich von der Reaktion versetzt werden, damit beantworten, daß er durch neue indirekte Steuern in Höhe von Hunderten von Millionen dem Volke zu allen Hohn und aller Vergewaltigung selbst noch Stockprügel auf den Magen appliziert?! Das wäre ein Volksverrat, eine Volksverhöhnung, die zum Himmel schreien würde!

Der Freisinn hat jetzt nicht die fadensteigigste Ausrede mehr. Selbst nach der „Frankf. Ztg.“ hatte er schon vor Jahresfrist der Regierung „eine ausreichend lange

Respektfrist“ gelassen. Jetzt gibt es für ihn nur noch Kampf oder — schamloseste Unterwerfung!

Einmal schon hat sich der 10. Januar, der Tag der rückwärtslosten Volksverhöhnung, gekehrt! Zähren wird sich auch am 12. Januar der blutige Wahlrechtsantrag von 1908!

Nieder mit der Dreiklassenschmach!
Nieder mit jedem Klassenwahlrecht!
Nieder mit der Reaktion und ihren Verbündeten!

Die deutschen Standesherrn und die Erbschaftssteuer.

Die deutschen Standesherrn — das sind die hochadeligen Großgrundbesitzer — haben durch den Straßburger Professor Dr. Hermann eine Denkschrift „Fideikommiss, Hausgut, Nachlasssteuer“ verfaßt und dem Reichstag zugehen lassen, worin der Herr Professor alles nachweist, was die Herren nachgewiesen haben wollen. Erstens beweist er, daß die Fideikommiss- und Hausgüter des Hochadels wesentlich verschieden von den freien Gütern sind, weil sie Familienbesitz sind und daher ein einzelner Agnat die Veräußerung des Gutes oder Überlauf von Fideikommissgrundstücken verhindern kann, und zweitens, daß ein Fideikommiss- oder Hausgüternachfolger nur Ruhnießer des Vermögens sei und als solcher nicht in der gleichen Höhe zur Erbschaftssteuer herangezogen werden dürfe, als das freie Gut, über welches der Eigentümer jederzeit persönlich frei verfügen kann. Also die Herrschaften wollen durch die neue Finanzreform nicht belastet werden. Die Fürsten von Pleß, die Händel von Donnersmarck, die Hohenlohe usw. stellen sich auch hier auf den Standpunkt: „Die anderen sollen bezahlen“. Aber die Fideikommissbesitzer wollen von der Belastung der neuen Steuern nicht nur nicht getroffen werden, sondern die Finanzreform des Jahres 1909 soll nach der Denkschrift den Herren vom Hochadel noch einen besonderen Nutzen bringen, indem sie sogar eine Verringerung der Erbschaftssteuererträge vom Jahre 1906 zu ihren Gunsten verlangen.

Denn, so sagen sie, wer im Erbwege Ruhnungs- und Verfügungsfreiheit an einem Gute erbt, ist mehr bereichert, als wer an dem Gute nur die Ruhung erbt und ferner beim Fideikommissgut nicht nur des Todes, sondern auch der Verzichtfall die Steuerpflicht begründet.

Der Unterschied zwischen Fideikommiss und freiem Gut ist doch der, daß ersteres der Familie gemeinsam gehört, die einzelnen Mitglieder Ruhnießer sind, während in letzterem Falle die Aufhebung durch eine einmalige Wittgift erfolgt. Hieraus läßt sich doch kein Unterschied in der Steuerpflicht herleiten. Der andere Fall, daß das erbberichtigte älteste Mitglied der Familie auf die Erbschaft verzichtet und nun das älteste berechtigte Mitglied an seiner Stelle das Fideikommissgut übernimmt, dürfte kaum vorgekommen sein.

Und wer sind diese nolledenden Agrarier, die im selben Augenblick, wo die Masse des Volkes mit hohen Konsumsteuern von neuem belastet werden soll, mit dem Anspruch auf eine Steuerermäßigung für sich auftreten? Sind es Leute, die ihre Lebenshaltung einschränken oder sich gar Entbehrungen auferlegen müßten, wenn ihnen die Finanzreform keine Steuererleichterung bringt? Ach nein, es sind die Reichen der Reichen, die hier mit junkerlicher Dreistigkeit fordernd auf den Plan treten.

Der Fürst von Pleß besitzt nach den Mitteilungen von Professor Conrad nicht weniger als 78 Güter mit 60 850 Hektar Land, Fürst Händel von Donnersmarck besitzt 34 Güter mit 25 180 Hektar, Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen 28 Güter mit 28 751 Hektar, der Herzog von Ratibor 54 Güter mit 33 000 Hektar. Und alle diese Güter sind bis auf einige wenige des Fürsten von Pleß im Fideikommissverband.

Die meisten Fideikommissgüter befinden sich in Preußen und von diesen wiederum die meisten in den Altmarken Provinzen. Auf Schlesien entfällt ein starkes Viertel der gesamten Fideikommissfläche Preußens, im Kreise Pleß waren 41,8 Proz., im Kreise Bernigerode sogar 56 Proz. der Bodenfläche fideikommissarisch gebunden. Die Fideikommissgüter (immer Hausgüter mit eingeschlossen) haben sich sowohl ihrer Zahl wie ihrer Größe nach vermehrt. In Preußen wurden 1895 gezählt 1045 Fideikommissgüter mit Hausgütern, die sich in Händen von 930 Inhabern befanden. Davon waren aus:

regierenden Häusern	23 mit 204 077 Hektar
aus standesherrlichen Häusern	41 „ 329 844 „
aus sonstigen herrschaftlichen Häusern	20 „ 229 761 „
aus gräflichen Häusern	240 „ 733 866 „
aus dem sonstigen Adel	525 „ 589 043 „
aus bürgerlichen Familien	60 „ 37 821 „
Summa 930	2 121 412 Hektar.

Im Jahre 1900 zählte die preussische Statistik bereits 1110 Fideikommissgüter und Hausgüter mit 2 181 000 Hektar; 1904 2 234 000 und 1905 2 390 000 Hektar. In ähnlicher Weise wie in Preußen ist auch in den übrigen größeren deutschen Bundesstaaten eine Zunahme der Fideikommissfläche zu verzeichnen. So betrug diese Fläche in Bayern 1895 163 944 Hektar, während sie im ständigen Aufstieg sich 1906 auf 174 747 Hektar erhöht hatte.

Daß durch diese Ausdehnung der Fideikommissgüter bäuerliche Betriebe vernichtet worden sind, liegt auf der Hand und kann nicht bestritten werden. Verblüffend ist, wie sich die Denkschrift nicht dieser nicht wegzuleugnenden Tatsache abfindet. Es heißt hierüber auf Seite 15: „So die landwirtschaftlich benutzte Fideikommissfläche erheblich über-

Die Stellung des Nationalliberalismus zu den Evidenzsteuerprojekten.

Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Landgerichtsrat Voisch-Halberstadt hielt dieser Tage in einer öffentlichen Versammlung in Halberstadt einen Vortrag über die Reichsfinanzreform. Er machte Ausführungen, die verdienen, der weiteren Öffentlichkeit bekannt zu werden. Nach dem Bericht der nationalliberalen „Halberstädter Zeitung“ führte er u. a. aus:

„Darauf kann kein Zweifel sein, daß Tabak und Bier zunächst die neuen Steuerlasten tragen müssen. Dadurch dürfte der Zwischenhandel getroffen werden. Aber wenn man sieht, wie viele Zigarrenläden überall existieren, brande man sich deswegen keine großen Sorgen zu machen. Es steht der Unternehmer im Laden, ein Mann, der den größten Teil des Tages nichts zu tun hat, der seine Arbeitskraft im allergeringsten Maße ausnützt. Wenn man das alles sieht, dann muß man sich doch fragen, daß die Verteuerung durch den Zwischenhandel eine unendlich große ist. Wie viel konnte gespart werden, wenn die enorme Zahl der kleinen Kneipen, deren Besitzer oft nur eine halbe Lonne und noch weniger pro Tag ausweisen, die bloß auf der Hausbank liegen, verringert würde. Mögen auch bei Einführung der neuen Steuer eine große Anzahl dieser Leute sich eine andere Arbeitsgelegenheit suchen müssen. Ich glaube, für unsere Volkswirtschaft ist das kein Schaden. Es wird allerdings eine schwere Uebergangszeit geben; manches Opfer wird auf dem Schlachtfelde bleiben.“

In Preußen wird das gesamte Einkommen dekretiert; weiterhin erhöhen die Kommunen noch erhebliche Zuschläge. Die Lasten sind schwer zu tragen. Es ist dringend notwendig, daß das Einkommen nicht bis auf den letzten Rest erschöpft wird, denn kommt eine Zeit des Krieges oder der Not, dann fangen alle anderen Einnahmequellen an sich zu verringern und dann muß hier eingegriffen werden.

Was das Spiritusmonopol anbetrifft, so ist jeder mann bekannt, daß die Spiritusfabrikation eng mit dem Landbau in den östlichen, ärmeren Provinzen zusammenhängt. Eine ungünstige Gestaltung des Monopols könnte den Landbau dort vollständig ruinieren. Darauf muß Rücksicht genommen werden.

Ganz anders sieht es mit der Tabaksteuer. Der Tabak ist bei uns nur gering besteuert. Die Industrie hat sich entwickelt wie nirgend anderswo, und zwar in erster Linie die Industrie der mittleren und kleineren Unternehmer. Als vor zwei Jahren die Zigarettensteuer bekamen, stellte sich bald heraus, daß der Konsum nicht um einen Deut zurückging. Preislich fiel das in die Zeit des großen, wirtschaftlichen Aufschwunges, wo die Verbrauchsbelastung kaum ins Gewicht fiel. Wenn aber heute unsere Zigarettenfabrikanten erklären, daß durch die Art und Weise, in der die Steuer eingeleitet werden soll, ihre Betriebe gefährdet oder unmöglich gemacht werden, so muß darauf Rücksicht genommen werden.

Die letzte Biersteuer hat sich als ungerecht herausgestellt. Sie hat die großen Brauereien schwer belastet, da es ihnen nicht gelungen ist, die Steuer auf die Abnehmer abzuwälzen. Viele kleine Brauereien sind eingegangen. Man sieht in Kreisen der Interessenten der neuen Steuer mit großer Besorgnis entgegen. Es ist klar, daß sie so hoch bemessen werden muß, daß eine Abwälzung möglich ist. Die Brauereien dürfen die Steuern nicht auf ihr Konto nehmen. Die Erhöhung wird im Detailhandel eintreten müssen. Darin ist man sich einig: Das Bier muß mehr bringen. Anders geht es überhaupt nicht zu machen. Manche schwache Kräfte mag hier fallen, aber es kann in mancher Beziehung nur vorteilhaft sein, wenn unbeschäftigte Leute gezwungen werden, sich einen anderen Erwerb zu suchen, wo sie ihre Arbeitskraft voll ausnützen können.“

Im die Junker und die Großindustrie ist Herr Voisch also sehr besorgt. Sie dürfen um alles in der Welt nicht mehr belastet werden. Sie müssen unbedingt davor bewahrt werden, ihren Teil zu den Lasten der Reichsfinanzreform beizutragen. Der „Neue Mann“ ist dagegen noch seiner Ansicht ein durchaus geeignetes Ausdehnungsobjekt, wenn auch Hunderte dabei zugrunde gehen! Mag auch „manches Opfer auf dem Schlachtfelde bleiben“, mag auch „manche schwache Kraft dabei fallen“, Herr Voisch macht sich deswegen „keine großen Sorgen“. Die Leute können sich ja „andere Arbeitsgelegenheit suchen.“

Und Herr Landgerichtsrat Theodor Voisch ist nicht etwa nur eine Ausnahmeerscheinung unter den nationalliberalen Steuerpolitikern. Heberall ergibt sich aus den nationalliberalen Vätern und Versammlungsberichten der Eindruck, daß die Wassermänner bereit sind, Bier und Tabak mit neuen hohen Steuern zu belasten; daß sie aber jene Steuerprojekte des Reichsschatzsekretärs, die vornehmlich die Wohlhabenden treffen, wie z. B. die Nachlasssteuer sowie Gas- und Elektrizitätssteuer, nur dann akzeptieren werden, wenn diesen vorher der Stachel ausgezogen wird. In keinem Falle dürfen der Großindustrie neue Lasten aufgelegt werden. Die breite arbeitende Masse muß es bringen!

Das neue sächsische Wahlrecht.

Dresden, 9. Januar.

Das Freiburger Amtsblatt veröffentlicht, offenbar auf Grund von besonderen Informationen von agrarischer Seite, die Grundzüge, nach denen das neue Stimmrecht in Sachsen aufgebaut werden soll. Es wird darüber mitgeteilt:

Das Wahlrecht baut sich auf dem Stimmrecht auf:

Es erhalten vier Stimmen alle Landtagswähler mit mindestens 2000 M. Einkommen, die Beamten, die Gewerbetreibenden und Landeskulturratswähler mit mindestens 2500 M. Einkommen. Diesen gleichgestellt sind alle Geistlichen, Ärzte und Rechtsanwälte. Es erhalten weiter 4 Stimmen alle Grundbesitzer mit wenigstens 250 Stimmereinheiten und mindestens 2200 M. Einkommen, alle Besitzer eines landwirtschaftlichen Betriebes von mindestens 2 Hektar, alle Besitzer eines gärtnerischen Betriebes von mindestens 2 Hektar, ferner alle über 50 Jahre alten Wähler, die sonst nur 3 Stimmen haben.

3 Stimmen erhalten: alle Landtagswähler mit mindestens 2200 M. Einkommen, alle Beamte, Gewerbetreibenden und Landeskulturratswähler mit mindestens 1900 M., alle Grundbesitzer mit 150 Stimmereinheiten und 1600 M. Einkommen, die Besitzer eines landwirtschaftlichen Betriebes mit mindestens 1 Hektar, die Besitzer eines gärtnerischen Betriebes von mindestens 1 Hektar, die Besitzer eines freiwilligen- oder gleichwertigen Zeugnisses, schließlich die über 50 Jahre alten Wähler, die sonst nur zwei Stimmen erhalten haben.

2 Stimmen erhalten: alle Landtagswähler mit wenigstens 1000 M. Einkommen, alle Beamte, Gewerbetreibenden und Landeskulturratswähler mit 1400 M. Einkommen, alle selbständigen Besitzer mit 100 Stimmereinheiten und mindestens 1200 M. Einkommen, die Besitzer eines landwirtschaftlichen Betriebes mit mindestens 1/2 Hektar, die Besitzer eines gärtnerischen Betriebes von wenigstens 1/2 Hektar, schließlich alle 50 Jahre alten Wähler, die sonst nur 1 Stimme haben.

1 Stimme haben alle übrigen Wähler.

„Wir müssen der Annahme zugehen, daß der Novemberkompromiß zwischen Kaiser und Kanzler zwar nicht formell aber doch tatsächlich wieder beseitigt ist. Ueberlassen wird diese Entscheidung keinem, denn wer hat glauben können, ein selbstbewußter Monarch, der schon ein Fünfziger ist, werde in seiner Tätigkeit und seinen Gewohnheiten einen radikalen Bruch mit einer lange geübten Praxis vollziehen? Der Kaiser hat eine Pause gemacht und länger als sechs Wochen keine Reise mehr unternommen und auch keine Rede gehalten; wer aber geglaubt hat, das werde jetzt so bleiben, mußte notwendig enttäuscht werden. Die Enttäuschung ist jetzt da.“

Wenn aber die Hochpresse so tut, als ob sie von dieser Enttäuschung nichts wüßte, so beweist dies bloß, daß Fürst Bülow sich nicht mehr stark genug fühlt, den Kampf gegen die Eingriffe des persönlichen Regiments Wilhelms II. in sein eigenes Regiment in der früheren direkten Weise weiterzuführen und nun auf indirekte Weise, durch die Drohung mit strenger Unterjochung, die ihm feindliche Stamarrilla einzuschleutern sucht.

So sieht das Spiel aus, zu dessen Unterstützung sich die bürgerliche Presse fast ausnahmslos bereit findet. Wenige Tage vor Eröffnung der Reichstagsession, in der über die Verfassungsfrage entschieden werden soll, gibt sie die günstige Gelegenheit, an dem neuesten Streich des Absolutismus die Notwendigkeit der Radikalisierung des Reichstages aufzuzeigen, völlig preis, um einer Intrige ihre Unterstützung zu leihen, die, wie immer sie ausläuft, die politische Macht der Volksvertretung so gering und ungenügend läßt wie bisher.

Der gelbe Ehrenbürger.

Die moralische Stümpfung, die Bürger Lebius durch die Veröffentlichung der Pitt- und Vettelbriefe an die verschiedensten Unternehmergruppen erfahren hat, hätte wohl genügt, einen gewöhnlichen Sterblichen von der politischen Bildsache zurückzuweisen zu lassen. Anders ist es aber bei einem Manne von so absonderlich ausgebildetem Ehrgefühl, wie dies dem Rudolf Lebius von der gültigen Mutter Natur in einer schwachen Stunde mit auf den Weg gegeben ist. Nicht rührt den Mann. Er ist von der Versuchung bezusen, den deutschen — nebenher auch den ausländischen — Arbeitern neue Wege zur Zufriedenheit mit ihrem von den Unternehmern geschaffenen glücklichen Los zu weisen. Wenn bei diesem schweren Werke durch die hochherzige Unterstützung der Schatzmacher nebenbei noch so viel abfällt, um ihm ein extragelbes Dasein in einer Belle-Etage des feinsten Reichens Charlottenburgs — wie sein Freund Veiersdorff neidisch behauptete — zu schaffen, dann läßt sich für Bürger Lebius schon leben. Und nimmt es daher nicht wunder, daß Lebius, dem wohl eine Ahnung auffleht, daß die Unternehmer nach Ausbedung ihrer iltigen Beziehungen zu den Selben ihm den Brotkorb etwas höher hängen könnten, über Bespiegelung durch die roten jammert.

Da ist es vielleicht angebracht, einmal auf die Spitzelpraktiken des Lebius hinzuweisen, der um in einer Klage gegen die „Dresdener Volkszeitung“ Material zu erhalten, sich an einen Journalisten Paul Schmidt, der öfter auf die genannte Redaktion kam, wandte, um ihn gegen Zahlung einer Provision zum Treubruch gegenüber der „Dresdener Volkszeitung“ zu verleiten. Als diese verjuchte Spitzelci mißglückte, weil Schmidt den fauberen Plan des gelben Ehrenbürgers der Redaktion bekanntgab, denunziert Lebius den Schmidt bei der Dresdener Polizei, daß er der Verfasser einer vor vier Jahren in der Lebiuschen „Sachsenstimme“ erschienenen inkriminierten Kothz sei.

Doch weiter: Im einen im „Vorwärts“-Prozess geladenen Zeugen Karl Ray literarisch unmöglich zu machen, mietet sich Lebius als Vorgänger Ganters einen, wie er in einem Briefe an die „Neue Züricher Zeitung“ schreibt, „halbverhungerten“ jungen Mann, den er mit dem Material und den notwendigen Anweisungen versieht, um Karl Ray durch eine Proschüre literarisch zu vernichten. Natürlich schenkt sich Lebius, seinen Namen für die Proschüre, deren Urheber er ist, herzugeben. Daß er mit dem gemieteten Scheißsticker wegen der Honorierung hinterher in Differenzen gerät, sei nur nebenbei erwähnt.

Aber Lebius will nicht nur auf solch hinterlistige Weise seine ramponierte Ehre reparieren, sondern er will sich auch gelegentlich als Erzähler des „Vorwärts“ betätigen. Daß die Mittel, die er zu diesem Zweck verwendet, ganz seinem Charakter entsprechen, verzieht sich am Rande. So schreibt er in einem Briefe an seinen Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Hennigsohn, Syndikus des Verbandes der Arbeitgeberverbände:

„Mit meiner Klage gegen den „Vorwärts“ wegen tendenziöser Berichterstattung verfolgte ich den Zweck, den „Vorwärts“ von einer ähnlichen Berichterstattung über die am 3. April stattfindende Verhandlung abzuschrecken. Falls nun der „Vorwärts“ bis dahin von meiner Klage keine Kenntnis hat, erübrigt sich der ganze Prozeß.“

Ein sehr nettes Bekenntnis. Also eine Proffion sollte auf unseren Verantwortlichen ausgeübt werden, damit er eine wahrheitsgetreue Charakterisierung des Lebius verhindern. Wie naiv ist doch der Mann. Als wenn wir nicht mit außerordentlichem Vergnügen der Aufforderung eines Lebius nachkämen, ihn die über ihn im Blatt behaupteten Tatsachen vor Gericht zu beweisen. Viel Vorbeeren hat übrigens der Hagelstürme Lebius in seinen gegen den „Vorwärts“ angestrengten Bekleidungsanlagen wohl noch nicht geerntet, so daß der in einem Briefe zur Wahrnehmung eines Termines erbetene Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bisher außer Funktion blieb. Hätte er doch höchstens melden können, daß dem Lebius im Gerichtsurteil attestiert wurde, seine Vergangenheit sei vor Gericht nicht im besten Lichte erschienen.

Daß dem Lebius in seinen Prozessen jedes Mittel recht ist, dafür dient noch die Tatsache, daß er dem Gericht in einem Termine das alberne Märchen erzählte, die Kennzeichnung seiner Person durch den „Vorwärts“ werde nicht allgemein in der Partei geteilt, so habe vor kurzer Zeit ein hervorragender Parteigenosse — wie er behauptete, ein Reichstagsabgeordneter — ihm auf einer Karte sein lebhaftes Bedauern ausgesprochen, daß seine gesagte Person nicht mehr zur Partei gehöre.

Wie wollen uns mit diesen wenigen Proben der Kennzeichnung des Reformators der Arbeiterbewegung für heute genügen lassen. Solange derartige Leute die Handlanger des Unternehmertums sind, kann die moderne Arbeiterbewegung getrost in die Zukunft schauen. Leute wie Ehrenbürger Lebius sind trotz aller finanziellen Unterstützung durch die Unternehmer auf die Dauer nicht imstande, die Indifferenten von ihren Klassenangehörigen fernzuhalten. Im Gegenteil, durch ihre ungesunde Moral zeigen sie den Arbeitern, wo ihre wahren Interessen vertreten werden. Daß dies nicht von im Solde des Unternehmertums stehenden Leuten wie Lebius und Konsorten geschehen kann, wird jedem Arbeiter bei einem bishen Nachdenken klar werden.

wiegt, findet eine Abwanderung und damit eine Verzichtung bäuerlicher Stellen statt. Allein dieser Rückgang an selbständigen landwirtschaftlichen Betrieben wird ausgeglichen durch Entziehung neuer Kleinbetriebe an anderen Stellen.“

Zur Unterstützung dieser Behauptung wird auf die Ergebnisse der Zensus- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 verwiesen, durch die eine Verminderung der gewerblichen, aber eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Betriebe festgestellt worden sei. Die Wichtigkeit dieser Ergebnisse wird aber allgemein bestritten, weil die stark vermehrten kleinen Parzellenbetriebe in den Industriegegenden und in der Nähe der Großstädte als selbständige landwirtschaftliche Betriebe gezählt worden sind. Sind doch im bremischen Staatsgebiet nicht weniger als 1167 und in Hamburg 2315 solcher Parzellenbetriebe ermittelt worden, deren Besitzer zum größten Teil Industriearbeiter sind und die Bewirtschaftung ihres Stückens Landes als Nebenverdienst betreiben. Aber wenn wirklich durch Aufteilung von Gütern irgendwo neue Vauengüter geschaffen worden sind, so ist das trotz der Zideikommission geschehen. Die Schwäche dieses Arguments fñhrt der Verfasser offenbar selber, denn er sagt auf Seite 17 wörtlich: „Was sie (die Zideikommission) dem Bauernstand durch Ausdehnung nehmen, das geben sie ihm durch vorbildliche Betriebsweise zurück.“ Dieses Lob auf die gute Bewirtschaftung hindert den Verfasser allerdings nicht, an anderer Stelle seines Memorials, wo er beweisen will, daß die Zideikommissionen milder zur Erbschaftsteuer herangezogen werden müßten, zu behaupten, daß infolge mangelhaften persönlichen Kredit bei den gebundenen Gütern die Gefahr einer schlechten Bewirtschaftung bestehe, und daß ein solches Gut „durch die gebundene Nachfolgeordnung in die Hände von Persönlichkeiten gelangen könne, denen für eine Entsabewirtschaftung Interesse und Verständnis völlig fehlen“. Wie gering übrigens der Einfluß der Zideikommissionen auf die Bewirtschaftung ihrer Güter ist, lehrt die Tatsache, daß diese zum größten Teil administriert oder verpachtet sind. Von den Gütern mit mehr als 1000 Hektar in den östlichen Provinzen Preußens wurden nach Professor Conrad im Jahre 1900 nur 22 Proz. selbst bewirtschaftet.

Zum Schluß führt die Denkschrift die Gründe an, die nach Ansicht des Verfassers und seiner hochadeligen Auftraggeber die Schonung und Erhaltung der Zideikommissionen notwendig erscheinen lassen.

Diese Gründe sind zum Teil so bezeichnend für die Denkweise dieser Kreise, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Es heißt da: Endlich ist volkswirtschaftlich zu bedenken: „Der Reichtum braucht Mittel, um sich durch Generationen in sozial hervorragender Stellung zu erhalten.“

„Der Erhaltung des Reichtums in der Familie vermag auch die Familienstiftung zu dienen. Aber zugleich den Ragnichern Glanz verleihen kann der Reichtum den Generationen in dieser Rechtsform nicht.“

Weiter wird dargelegt, daß der Hauptgrund für die Zunahme der Zideikommissionen in der durch die Industrialisierung Deutschlands herbeigeführten Steigerung des Reichtums liege. Reich gewordene Männer haben den Wunsch, den materiellen Erfolg ihres Strebens den Trägern ihres Namens für lange Zeiten zu erhalten und der Familie das erworbene Ansehen zu bewahren. „Es ist kein Zufall, daß mehr als die Hälfte des ritterschaftlichen Grundbesitzes in Mecklenburg reichen Hamburgern, und zwar zu einem großen Teile in der Form fideikommissarischer Gebundenheit gehört.“ Nach der von uns oben angeführten Statistik über den Anteil des Adels an den Zideikommissionen ist das Bürgerturn im allgemeinen nur gering beteiligt, was allerdings nicht ausschließt, daß in einzelnen Bezügen bürgerlich kapitalistische Kreise mit besonderer Vorliebe Stitzgüter erwerben, um an Ansehen in aristokratischen Kreisen zu gewinnen.

In den volkswirtschaftlichen Vorteilen führt die Denkschrift dann noch recht wunderliche „volkspolitische“ ins Feld. Der Zideikommissionenbesitzer werde nicht durch wirtschaftliche Interessen an der Teilnahme am politischen Leben abgehalten, wie das beim Großgrundmann und Industriellen der Fall sei, die vom Unternehmungsgeist vollkommen mit Beschlag belegt würden. Der fest fundierte ständige Besitz verleihe Unabhängigkeit und mache das Unabhängigkeitsgefühl zu einem traditionellen.

An dieser für die Öffentlichkeit bestimmten Denkschrift zeigt sich die ganze Annäherung der hochadeligen Kreise. Die Adelsliste verlangt so gestellt zu sein, daß ihr die Leitung des Staatswesens in allen wichtigen Momenten verbleibe, daß ihre ganze Sippe in Wohlleben schwelgt und daß sie alle Lasten auf die Masse abwälzen kann.

Statt des Verfassungskampfes eine neue Intrige.

Die bürgerliche Presse ist mit der amtlichen Erklärung über die Kundgebung der Generale so ziemlich zufrieden und entschlossen, über den ihr so peinlichen Vorfall möglichst wenig zu reden. Gerade weil es jetzt klar geworden ist, daß die schönen Reichstagsreden nichts genützt haben, daß der Absolutismus nicht mit bloßen Worten losgeredet werden kann, sondern in erstem Kampfe niedergewungen werden muß, will die bürgerliche Presse fast ausnahmslos von der Wiederaufnahme des Kampfes nichts wissen. Und so sucht sie den Gegenstand des Streites völlig zu verschieben. Aus der politischen Frage, ob die Eingriffe des persönlichen Regiments in den Gang der Politik fortbauern, ob die Stellung des Absolutismus in alter Stärke bestehen bleiben soll, macht sie eine Frage der — Disziplin. Wilhelm II. soll weiter tun, was er will, aber die Deffektivität soll davon nichts erfahren. Und wie die einzige Errungenschaft der entrüsteten Reichstagsverhandlungen die — Kürzung des Hofberichtes über die kaiserlichen Vergnügungen gewesen ist, so soll dasselbe Verfahren jetzt auch auf die politischen Akte des persönlichen Regiments ausgedehnt werden. Die ganze Entrüstung wird jetzt über den Urheber der Indistretion ausgegossen, und von der „Frank. Jtg.“ bis zur „D. Tagesztg.“ sind alle Blätter einig in dem Ruf nach einer strengen Untersuchung — vielleicht mit Zeugniszwangsverfahren, edle Frankfurterin? — gegen den Uebelthäter, dem wir die Kenntnis dieses hochbedeutenden Vorganges zu verdanken haben.

Die Entrüstung, die am lautesten in der Hochpresse tobt, hat ihre guten Gründe. Die Veröffentlichung war ein Streich gegen Bülow, dem sein „Sieg“ vom 17. November nur ruf in einer Niederlage verwandelt ist, und dieser Ruf nach einer Untersuchung ist die Antwort auf diesen Streich, die die Militärpartei dem Kanzler eingepflegt hat. Die Zurückhaltung der Bülowpresse, die in so auffälligem Gegensatz steht zu den schneidigen Mitteln, die in derselben Presse im November gegen den Kaiser geritten wurden, beweist nur, daß in letzter Zeit eine Nachverschiebung zwischen dem Kaiser und Kanzler zu dessen Ungunsten eingetreten ist. Die „Nln. Volksztg.“ hat schon recht, wenn sie meint:

...Treffen diese Angaben zu, werden die schlimmsten Befürchtungen übertrifft. Denselben sieht man es an jeder Bestimmung, wie die Wahrscheinlichkeiten es bestätigt ausgeführt haben, die Arbeiter völlig zu entrechten, zu verbünden, die Arbeiterzuschläge zu erhalten. Es ist ein Wahrscheinlichkeitsfall, dass da angebracht wird. — Wir werben dieses Angelegenheit eines Pluralwahrheits demnach noch mehr befehlen. —

Ein Gewaltreich des Zentrums.

Zu der schon telegraphisch gemeldeten Ungültigkeitserklärung der Wahl der drei Sozialdemokraten Klein, Ratz und Ritterhausen durch die Zentrumsmehrheit des Stadterordnetenkollegiums von Rülheim am Rhein wird uns noch aus Köln geschrieben:

In der amtlichen Ausschreibung der Wahl hieß es: „Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß mindestens die Hälfte der von jeder Abteilung zu wählenden Stadterordneten aus Hausbesitzern bestehen. Zurzeit gehören der dritten Abteilung 8, der zweiten 8 und der ersten Abteilung 9 Hausbesitzer an. Es können daher bei den in diesem Jahre vorzunehmenden Wahlen in sämtlichen Abteilungen auch solche Personen gewählt werden, die nicht Hausbesitzer sind.“

Nachdem das Zentrum jetzt in der dritten Klasse zum ersten Male, und zwar wider alles Erwarten, unterlegen ist, hat es Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um Gründe zu finden, mit denen man die Wahl umstößeln könne. Es ist beabsichtigt worden, daß man zu diesem Zweck geheime Zusammenkünfte mit den Kölner Zentrumsführern Justizrat Teimbom, Justizrat Kaufen und Rechtsanwalt Stein gehabt hat. Den Plan, den das Jesuitenkollegium ausgeheckt hat, hat man bis zum letzten Augenblick geheim gehalten. Die Zentrumblätter haben kein Wort über die Protestgründe verlauten lassen. Erst in der Stadterordnetenversammlung, die über die Gültigkeit der Wahl der drei Sozialdemokraten entscheiden sollte, kam man damit heraus, und man erklärte: Es sind zwar von den zehn Stadterordnetenmitgliedern der dritten Abteilung nach dem Adreßbuch genügend mit Hausbesitzern besetzt; es sind dies aber keine Hausbesitzer im Sinne des Gesetzes; es müssen die Betreffenden als Alleinbesitzer im Grundbuch eingetragen sein; wo die Frau Miteigenin, Mäuerin des Hauses ist, ist kein Hausbesitz im Sinne des Gesetzes vorhanden.

Sein ausgeheult! Und der Zentrumsjesuiten würdig! Die liberale Minderheit war machtlos: mit 15 gegen 14 Stimmen beschloß die Zentrumsmehrheit die Ungültigkeit der Wahl, und es bedurfte der ganzen Energie des Vorsitzers der Minderheit, um zu verhindern, daß die Zentrumskräfte die Wahl ihrer unterlegenen Parteifreunde für „gültig“ erklärten. Das schönste ist, daß die drei unterlegenen Zentrumstadterordneten, die bisher dem Kollegium angehört hatten, selbst mitwirkten, und so einen Beschluß erzwangen, auf Grund dessen sie nun bis zur Neuwahl im Amte bleiben. Es stimmten auch alle solche Stadterordnete mit, deren Wahl auf Grund der jetzigen Darlegungen des Zentrums ungültig war, weil sie eben nicht „Alleinbesitzer“ sind. Man sieht, wie weit die Schamlosigkeit einer Zentrumsmehrheit gehen kann.

Politisch hochinteressant ist auch die Unberechenbarkeit, mit der das demokratische sein wollende Zentrum hier durch eine jesuitische Auslegung eine weitere Verschlechterung des ohnedies elenden Wahlsystems vollzogen hat.

Die alle ehrliche Geld-Partei.

Nachdem der als „objektiver“ Wählerführer und Erzieher gerichtlich erledigte Herr Theodor Geld endlich sein Mandat niedergelegt hat, muß im 6. hannoverschen Reichstagswahlkreise eine Ersatzwahl zum Reichstag stattfinden. Politisch zu beobachten ist in dem bereits sich entzündenden Wahllampfe die nationalliberale Angst, die Wähler möchten jetzt den Stab brechen über eine Partei, der sie die Ehre verdanken, fünf Jahre lang von dem erkrankten Freunde Terloband parlamentarisch vertreten gewesen zu sein. Zu seiner Abendnummer vom 5. Januar sagt der „Hannoversche Courier“ über die schlechten Menschen, die „den Wählern, die doch allgemein nicht die genaue Kenntnis der Tatsachen haben könnten, einzureden, daß in Herrn Geld gewissermaßen die nationalliberale Partei verkörpert sei.“

Es soll dem „Hannoverschen Courier“ nicht bestritten werden, daß er seinem traurigen Helden die Heerodfolge aufgesetzt hat, als es nach dem Schöffengerichtspruch vom Oktober 1907 für ein Blatt, das ernst genommen werden will, nicht mehr anders ging. Von den unentwegten Rosalen des Geldes wurde die Abgabe ihres hannoverschen Parteiblattes an ihr Idol damals aus dem persönlichen Gegensatz des „Courier“-Verlegers, Herrn Dr. Max Jaencke, zu Herrn Geld gebietet. (Vor Wiederaufstellung der Kandidatur Geld zur Reichstagswahl 1907 war eine Zeitlang Herr Jaencke als nationalliberaler Kandidat für Verden-Hoya genannt worden.) Jedenfalls gingen dem aber vier Jahre getreuer Knappenbiens des „Hannoverschen Courier“ für den Mann voraus, der auf die schwersten, in der Öffentlichkeit gegen ihn erhobenen Anklagen den Weg zum Gericht nicht finden konnte! Das nationalliberale Blatt in Hannover hat Herrn Gelds Taktik nicht durchkreuzt, solange er sich gegen seine Verfolger nach Sanzenart totstellte, und als der Erwählte Verden zu den klobigen Schimpfereien überging, die von der Berufsgerichtsammer mit 200 M. Geldstrafe honoriert wurden, leistete ihn der „Hannoversche Courier“ tätigen Weisand, indem er den Beschimpften jede Verächtigung verweigerte! Der „Courier“ ließ endlich die Proklamation der Kandidatur Geld sowohl zur Reichstagswahl 1907, wie danach zur Landtagswahl in Verden ohne Protest geschehen, obwohl doch schon damals der nationalliberale Dienstag-Stammtisch (um mit dem nationalliberalen Parteiführer Platzmann zu reden) genau wußte, „was Geld für ein Kerl ist“...

Zimmerlin muß zugegeben werden, daß der „Hann Courier“ besser abschnidet, als die Reichstagsfraktion und der Zentralvorstand seiner Partei; die „genaue Kenntnis der Tatsachen“ ist freilich für die volle Würdigung der erhabenen Rolle dieser Herrschaften im Heldendrama unerlässlich. „Jeder Grundlage entbehrend (1) und den Tatsachen (2) direkt ins Gesicht schlagend“, nannte Herr Wasseremann die wohlsubstantiierten Warnungen kundiger und ehrlicher Leute der eigenen Partei, die in allen wesentlichen vom Gericht Recht bekommen haben. Wie diese Wasseremannschen „Tatsachen“ beschaffen sind, bleibt weiteren Kreisen verschleiert, obwohl nach dem Ergebnis der Schöffengerichtsverhandlung erwartet werden konnte, daß die Fraktion die Gründe ihrer Entscheidung mitteilen würde. Daß die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Herren Geld und Wasseremann gemeint sind, wenn die Fraktionsjustiz von „Tatsachen“ spricht, ist doch nicht anzunehmen. Vor der Reichstagswahl legte Herr Dr. Krüger seinem Parteivorstand nahe, mit Rücksicht auf den sichergehoch stehenden Anlauf vor Gelds Tür dessen Kandidatur rückgängig zu machen. Der Parteivorstand schweig; dafür begann

aber die berühmte zweitägige „Unterdrückung“ durch die Fraktion mit ihren zahlreichen juristischen Korrupturen. Retärlisch wurde wieder die „völlige Schuldlosigkeit“ des Fraktionsmitgliedes Geld einmündlich festgestellt... worauf Geld würdig war, auch noch den nationalliberalen Landtagsabgeordneten zu spielen! Daß das Parteitribunal sich bald darauf in so hartem Widerpruch befaßte mit der in öffentlicher Gerichtsverhandlung ermittelten Wahrheit über Herrn Geld, daran scheint kein Nationalliberaler Kergeris genommen zu haben.

Der Hof war Schweigen. Und Leute, die selber der öffentlichen Moral so wenig Genugtuung zu schulden glauben und den Geldskandal jahrelang, und nicht immer rein passiv, begünstigt haben, wollen sich über Skrupellosigkeit Ausbeutung des Falles Geld in der jetzigen Wahlbewegung beschweren! Es hieße die Wähler in Verden-Hoya heute einem neuen Betrug opfern, wollte man sie darüber im Zweifel lassen, daß die nationalliberale Partei in ihren obersten Instanzen mitbegraben ist in dem Sturze, den ihre Fierde Geld getan hat!

Württemberg's Finanzlage.

Stuttgart, 9. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Der Haupt- und Finanzetat Württemberg's für die Finanzperiode vom 1. April 1909 bis 30. März 1911 wird heute ausgedruckt im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht. Er gewährt ein trostloses Bild. Der Staatsbedarf berechnet sich für 1909 auf 97 475 000, für 1910 auf 99 197 000 M. Die Mehrausgabe gegen 1908 beziffert sich für 1909 auf 5 750 000 und für 1910 auf 7 1/2 Millionen Mark. Dem stehen Einnahmen von 2 1/2 Millionen und von 3 780 000 M. gegenüber. Zur Deckung des Fehlbetrages soll eine zwölfpromzentige Steuererhöhung bei der Einkommensteuer, der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer sowie der Kapitalsteuer erhoben werden. Dem Landtag ist der Gesetzentwurf betreffs Verlängerung der Gültigkeitsdauer zum Ertragssteuergesetz (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) bis 1918 bereits zugegangen. Die Gültigkeitsdauer der Ertragssteuer läuft nämlich am 1. März 1910 ab.

Zu dem Etat sind die Anforderungen der Reichsfinanzreform noch nicht berücksichtigt. Im Begleitvortrag des Finanzministers wird gesagt: Es darf auch in diesem Zusammenhange den Erwartungen Ausdruck gegeben werden, daß es gelingen möge, die finanziellen Verhältnisse des Reiches dauernd auf eigene Füße zu stellen. Eine weitere Belastung seitens des Reiches wäre von Württemberg kaum mehr zu tragen und müßte für den Staatshaushalt und die Anforderungen an die Steuerkraft die schwersten Folgen nach sich ziehen.

Aus dem württembergischen Landtage.

Die Beratung des Artikels der Volksschulnovelle, die die Schülerzahl in den einzelnen Klassen regelt, nahm die Sitzungen vom Freitag und Sonnabend in Anspruch, ohne zu Ende geführt zu werden. Von sozialdemokratischer Seite sprachen dazu in längeren Reden die Genossen Heymann und Hildenbrand. Die Regierung hatte behauptet, daß die Durchführung des sozialdemokratischen Antrages, der die Schülerzahl pro Lehrer auf 40 normieren will, 7 Millionen Mark dauernden jährlichen Aufwandsvermehrung und 21 Millionen Mark einmaligen Bauaufwands erfordern würde. — Diesen sehr schematisch aufgestellten Berechnungen traten unsere Redner entgegen und betonten die Notwendigkeit, ein gleiches Recht für Volksschule und höhere Schulen einzuführen.

Die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie in Hessen.

Der von uns mitgeteilte Zusatzantrag der sozialdemokratischen Fraktion des hessischen Landtags zur Antwortadresse des Landtags an den Großherzog ist von der nationalliberalen ultramontanen Mehrheit in der Dienstagssitzung der Kammer abgelehnt. Die Genossen Ulrich und Orb vertraten den Antrag, der da fordert, daß die Verfassungsbestimmung, wonach alle Hessen vor dem Gesetz gleich sind, auch den Sozialdemokraten gegenüber angewandt und den sozialdemokratischen Abgeordneten die Befähigung der Regierung nicht verweigert werde, in wirkungsvoller Weise. Von der Mehrheit machte nur der Verlecherterter Zentrumabgeordneter Schmitt einige verlegene Bemerkungen. Dann schritt man zur Abstimmung, und mit allen Stimmen gegen die der vier Sozialdemokraten und der zwei Freisinnigen wurde die in schwalligen Worten gehobene Adresse angenommen, womit der sozialdemokratische Antrag „erledigt“ war.

Das „Offenbacher Abendblatt“ schreibt zu diesem Verhalten der Landtagsmehrheit: „... Die ... Verhandlungen der Zweiten hessischen Kammer haben einen neuen Beweis für die Herabwürdigung der hessischen Verfassung durch ihre berufensten Vertreter erbracht. ... Für das ganze arbeitende hessische Volk ist dieser Antrag, in die ganze Angelegenheit nicht erledigt! Im Gegenteil, immer und immer wieder müssen und wollen wir auf die schreiende Ungerechtigkeit, die Herabwürdigung der Sozialdemokraten zu Bürgern zweiter Klasse, zu Leuten ohne Stimmrecht, hinweisen, wie ein Pfeilchenhieb in das Gesicht des hessischen Volkes muß und wird eine solche empörende Vergeßlichkeit wirken!“

Die Karlsruher Handelskammer hat sich nicht zu der energischen Verurteilung der Sydow'schen indirekten Steuergesetzesvorlage aufgerollt wie ihre hiesigen Kollegen. Wein, Bier, Branntwein gelten ihr als noch mehr besteuerbare Objekte, auch der Tabak. Nur die Gas- und Elektrizitätsbesteuerung findet keine Gnade und an der Nachschaffsteuer wird so herumgedokt, daß sie nichts Erhebliches einbringen würde. So steht die Sorge des liberalen Kommerzienrat-Kingels für das Volkswohl an! —

Ein treuer Kämpfer für Ordnung und Sitte.

Das Kriegsgericht der zweiten Division verurteilte den Rechnungsrat und früheren Oberzahlmeister des dritten bayerischen Infanterieregiments Johann Körber wegen Betrug, Urkundenfälschung und Unterschlagung in Höhe von 50 000 Mark zum Schaden des Regiments und verschiedener Offiziere zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis. Der Betrüger galt als großer Patriot im Kampfe gegen den Unsturz. —

Die Balkanreise.

Der österreichische „Erfolg“.

Wie wir schon gestern betont haben, dürfte der „Triumph“ der österreichischen Regierung über den Rückgang des serbischen Ministers Mikowanowitsch nur von kurzer Dauer sein. In der Hauptstadt wird wahrscheinlich der nachgiebige Minister ein Mikowanowitsch erhalten, der seinen Sturz noch nach sich ziehen wird. Es ist leicht möglich, daß dann sein alter Feind Paschitsch sein Portefeuille erbt, der in noch leidenschaftlicherer Weise zum Kriege gegen Oesterreich gehetzt hat. So sehen aber bisher noch alle Erfolge des Herrn v. Lehrenthal aus, die sich nach einigen Tagen stets in schlimme Mißerfolge verwandeln.

Die Verhandlungen mit der Türkei.

Wien, 9. Januar. Wie der Konstantinopeler Korrespondent der „N. Fr. Pr.“ telegraphiert, unterläßt nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich und Italien nachdrücklich die

Schritte Oesterreich-Ungarns, die Türkei zur Annahme des Prinzips der angebotenen wirtschaftlichen Vorteile zu bewegen. Mit der Forderung einer bosnischen Autonomie stehe Rußland vollständig isoliert. In den Kreisen der englischen Gesellschaft werde jegliches Interesse an der Autonomie gelehnet: England betrachte dies als eine rein österreichisch-ungarische Frage. —

Neue Vorschläge.

Konstantinopel, 9. Januar. Der österreichische Botschafter hat nach Ablauf der Vertrauenslichkeiten die Verhandlungen mit dem Großwesir wieder aufgenommen und auf Grund der erhaltenen neuen Instruktionen Kiamil Pascha folgende Vorschläge gemacht: Oesterreich-Ungarn hält seine Vorschläge betreffend den Abschluß eines Handelsvertrages aufrecht, worin es von vornherein seine Zustimmung zur Erhöhung der türkischen Zölle von 11 auf 15 Proz. und auf Einführung gewisser Monopole erteilt. Unter Berücksichtigung des wiederholt geäußerten Wunsches der Türkei, als Entgelt für die Zedierung ihrer Souveränitätsrechte auf Bosnien eine finanzielle Zuwendung zu erlangen, kommt die österreichisch-ungarische Regierung diesem Wunsche in der Weise entgegen, daß sie sich bereit erklärt, der türkischen Regierung als Ersatz für die in Bosnien und der Herzogewina gelegenen ehemaligen türkischen Staatsgüter einen Betrag von 2 1/2 Millionen türkischer Pfund anzubieten. Nachdem es aber nicht ganz klar ist, ob es sich um ottomanisches Staats Eigentum oder um ein Eigentum der beiden Provinzen handelt, knüpft die österreichisch-ungarische Regierung ihr Anerbieten an die Bedingung, daß diese juristische Frage in authentischer Weise eventuell durch einen Schiedsspruch festgelegt wird.

Damit hat die österreichische Regierung ihren bisherigen abweichenden Standpunkt endlich verlassen. Wenn auch die Türkei voraussichtlich weit höhere Ansprüche stellen dürfte, so ist doch zu hoffen, daß der Weg zu einer Verständigung jetzt leichter gefunden werden kann.

Ein Grenzwischensfall.

Serajewo, 9. Januar. Wie aus Trebenica gemeldet wird, ist eine Gendarmeriepatrouille am Mittwoch auf der Straße Brulnac-Jatobic vom serbischen Ufer aus beschossen worden. Die Patrouille, von der niemand verletzt worden ist, hat das Feuer erwidert und anscheinend einen der Angreifer getroffen.

Oesterreich.

Ein Dementi.

Wien, 9. Januar. Wie das k. k. Telegr.-Korresp.-Bureau erfährt, hat die Prager Polizeidirektion die von mehreren Blättern gemeldete Beschlagnahme von Telegrammen, welche aus Belgrad an die Prager national-soziale Jugendorganisation gerichtet sein sollten, nicht verläßt. Auch hat sie über solche Telegramme keine Mitteilungen erhalten.

Für Sonntag werden Aufhebungen in größerem Maßstabe in Prag nicht befristet, um so weniger, als gestern beim Bürgermeister eine Besprechung stattgefunden hat, an der Abgeordnete aus Prag und Vertreter der interessierten Kreise teilnahmen, und wobei die Hoffnung ausgedrückt wurde, daß die Bevölkerung die Ruhe bewahren werde. Immerhin sind alle Vorkehrungen getroffen worden, um Aufhebungen sofort wirksam entgegenzutreten zu können. —

England.

Die Hoffnungen der Schutzöllner.

London, 8. Januar. (Eig. Ber.) Die englischen Tarifreformer (Schutzöllner) sehen den Ereignissen des Jahres 1909 mit großen Hoffnungen entgegen. Ihr geistiger Führer, Mr. Josef Chamberlain, der jetzt seinen Lebensabend als Invalide zubringt, läßt folgenden Brief veröffentlichen: „Es ist wahrscheinlich, daß das Jahr 1909 nicht ablaufen wird, ohne eine Parlamentsauflösung zu bringen. Die Tarifreformer haben deshalb die Pflicht, eine Bilanz der gegenwärtigen Lage aufzustellen und sich über ihr Aktionsprogramm schlüssig zu werden. Der Fortschritt, den unsere Sache gemacht hat, ist zufriedenstellend, und es ist möglich, daß die allgemeinen Wahlen einen Regierungswechsel bringen werden. Die gegenwärtige Verwaltung des Landes wurde für schlecht befunden, nachdem man ihr Zeit gegeben hatte, ihre Fähigkeiten zu zeigen. Die letzten Nachwahlen bewiesen, daß ein großer Umschwung in der öffentlichen Meinung sich vollzogen hat. Die untergeordnete Gesetzgebung der Regierung erwies sich als unzureichend, und sie hat nichts geschaffen, um dem außerordentlichen Geschäftszuwachs entgegen zu kommen. Sie hängt noch an der alten Handelspolitik, die wohl den früheren Verhältnissen angepaßt war, aber den neuen Bedürfnissen nicht entsprechen kann. Das Volk dieses Landes wird sich — wie wir behaupten dürfen — infolge der Ausflüßungsarbeit der Tarifreformer über die Lage klar; wir haben jetzt nur noch unsere Arbeiten fortzusetzen, um einen definitiven und schnellen Erfolg zu erzielen.“ Chamberlain fordert dann die Tarifreformliga auf, die gesammelten Materialien zu benutzen und einen wissenschaftlichen Tarif aufzustellen, der dem Volk größere Arbeitsgelegenheit und den Fabrikanten mehr Absatzgebiete schaffen könnte. „Sobald sich die Wähler für das Prinzip der Tarifreform erklären, sollen wir bereit sein, ihnen eine klare Antwort zu geben.“

Es ist sicher, daß das Schicksal der englischen Handelspolitik vom Ausgange der nächsten Parlamentswahlen abhängt.

Rußland.

Eine Bombenexplosion.

Petersburg, 9. Januar. Wie „Peterburgskij Listok“ aus Jaroslaje Selo meldet, fand vorgestern abend in einem mitten in der Stadt gelegenen Hause eine starke Bombenexplosion statt. Personen wurden nicht verletzt. Näheres ist bisher nicht bekannt geworden.

Türkei.

Hungernot.

Konstantinopel, 9. Januar. In mehreren Gebieten Kleinasiens nimmt die Hungernot zu. Nach Meldungen an den armenischen Patriarchen sind in der Umgebung von Tassin und Terdschan, ferner im Wajet Erzerum in Ruß mehrere Personen Hungers gestorben. Die Sammlungen seitens der Armerier erweisen sich als ungenügend. Eine größere Hilfsaktion und staatliche Hilfe sind dringend nötig.

Ruhe in Mesopotamien.

Konstantinopel, 9. Januar. Den türkischen Blättern zufolge ist die Ruhe in Mossul wieder hergestellt. Die Unruhestifter werden streng bestraft werden. Von Diarbekir sind zwei Bataillone, drei Eskadronen und eine Gebirgsbatterie dahin abgegangen.

Persien.

Ein politisches Attentat.

Teheran, 9. Januar. Ein Mann versuchte heute nacht den Scheik Fazel Akab zu ermorden, der zu den einfluss-

reihen Mitgliedern der reaktionär-klerikalen Partei und den hauptsächlichsten Ratgebern des Kaisers gehört. Der Täter, der nach seiner Verhaftung einen Selbstmordversuch machte, soll der nationalistischen Partei angehören.

Amerika.

Eine Zurückweisung Roosevelts.

Washington, 8. Januar. In der heutigen Sitzung des Repräsentantenhauses wurde über die in der Jahresbotschaft des Präsidenten Roosevelt aufgestellte Behauptung verhandelt, der Kongress habe Abstriche an dem für den Dienst der Geheimpolizei geforderten Kredit gemacht, weil eine Reihe von Mitgliedern die Aufmerksamkeit dieses Geheimdienstes fürchte. Das Haus hatte den Präsidenten bereits ersucht, seine Erklärung zu rechtfertigen, und dieser hatte ihm eine Sonderbotschaft zugehen lassen, in der er zu seiner Rechtfertigung die Nebenverschiedenen Mitglieder des Hauses anführte. Die mit der Angelegenheit betraute Kommission hat sich nunmehr dahin ausgesprochen, daß die Unterstellung Roosevelts ungerechtfertigt und grundlos sei und das Haus es ablehnen müsse, sich mit einer Mitteilung zu befassen, die in ihrem Urteil die Achtung vor dem Hause verleihe. Die Sonderbotschaft Roosevelts sei keine Antwort auf das Ersuchen des Hauses und bilde einen Eingriff in sein Privileg, da sie den Beweggründen und der Einsicht seiner Mitglieder bei der Ausübung verfassungsmäßiger Funktionen mißtraue. Das Haus lehnte infolgedessen eine Stellungnahme zu der Erklärung des Präsidenten ab.

Die Präsidentschaftswahlen.

Nachdem nun auch das Wahlergebnis vom Staate Michigan bekanntgegeben ist, konnte folgende offizielle Zusammenstellung veröffentlicht werden. Es erhielten die verschiedenen Parteien am 6. November:

Taft, Republikaner	7 637 676	Stimmen
Bryan, Demokrat	6 305 182	„
Debs, Sozialistische Partei	447 651	„
Chasin, Prohibition	241 252	„
Hisgen, Independent-Partei	83 186	„
Nation, Populist	33 871	„
Gilhaus, Soz. Arbeiterpartei	15 421	„
Insgesamt für alle Kandidaten	14 852 841	Stimmen

Im Jahre 1904 entfielen auf die Sozialistische Partei 402 283 Stimmen. Genosse Debs hat die größte Stimmenzahl in Pennsylvanien erhalten und zwar 39 913 Stimmen, Illinois folgt mit 39 711 und dann kommt New York mit 38 451 Stimmen. In der veröffentlichten Tabelle ist das sozialistische Votum in einigen Staaten bedeutend höher, wie zuerst gemeldet wurde; so hat Debs in Maine 1768 Stimmen bekommen, während er nach dem ersten Bericht nur 1494 erhielt. Illinois wird, wie bereits erwähnt, mit 39 711 Stimmen für Debs angeführt, anstatt 34 711, wie im ersten Bericht angegeben wurde.

Die Zunahme entspricht nicht den Erwartungen unserer amerikanischen Genossen. Zurzeit werden namentlich in der deutsch-amerikanischen Parteipresse Diskussionen geführt über die vermeintlichen Ursachen dieser unerfreulichen Erscheinung. Auf diese sehr interessanten Auseinandersetzungen werden wir noch zurückkommen.

Gewerkschaftliches.

Lohnsätze — literarische Leistungen!

Vor einigen Wochen berichteten wir, daß im Bureau des Textilarbeiterverbandes in Neugersdorf i. S. auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Waagen eine Hausdurchsuchung und Beschlagnahme von Lohnsätzen, welche der Verband auf Veranlassung der dortigen Arbeiterschaft hatte in Druck legen lassen, stattgefunden habe. Der Verleger derselben, Genosse Heide, erhielt nun eine Anklage wegen Verletzung des § 33 Ziffer 1 und § 45 des Reichsgesetzes betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur vom 19. Mai 1901 und wegen Vergehen gegen § 9 Absatz 2 und § 12 des Reichsgesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896. Am Freitag fand nun vor dem Landgericht Waagen die Hauptverhandlung statt. Bei Eingang in die Verhandlung stellten die Fabrikanten, deren Lohnsätze veröffentlicht worden waren, den Antrag, als Nebenkläger zugelassen zu werden. Während der Verhandlung wurde die Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes fallen gelassen. Genosse Heide wurde wegen Verletzung des Urheberrechts zu 300 M. Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit zu einem Monat Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Der Antrag auf Zahlung einer Buße wurde abgelehnt, da ein Schaden durch die Drucklegung und Veröffentlichung nicht nachzuweisen war. Auch wurde auf Eingehung der vorhandenen Exemplare und Vernichtung der Platten erkannt.

Das Urteil ist für die gesamte Gewerkschaftsbewegung von großer Tragweite, da die Lohnsätze als Schriftwerke betrachtet werden müssen, deren Veröffentlichung nur dem geistigen Urheber zusteht. Bleibt dieses Urteil bestehen, dann darf in Zukunft kein Arbeiter, keine Gewerkschaft Lohnsätze in Druck legen und veröffentlichen im Interesse ihrer Mitglieder, wenn sie nicht das Einverständnis des Unternehmers besitzen, sofern derselbe der geistige Urheber ist.

Berlin und Umgegend.

Herr Bädermeister Max Hagen und das Koalitionsrecht.

Dieser Herr, welcher unter der Firma Gebrüder Hagen, Daldorfer Straße 10, eine Brotbäckerei betreibt, wird der Arbeiterschaft noch aus der Zeit des Bäderstreiks bekannt sein. Im Jahre 1904 fand Herr Hagen mit der Organisation der Bäder im Tarifverhältnis, hat aber seine Arbeitskräfte niemals vom Arbeitsnachweis der Organisation, sondern durch den Kommissionär bezogen. Im Jahre 1907 wurde von der Firma der Tarif nicht unterschrieben und auch die Organisation nicht anerkannt. Die Organisationszugehörigkeit der Bäder mußte der Firma gegenüber stets geheim gehalten werden und so kam es, daß die beschäftigten Bäder sehr häufig unorganisiert waren. Der Bäderverband sah sich nun gezwungen, die Firma zu sperren.

Zu wiederholten Malen hat der Deutsche Transportarbeiterverband versucht, die bei der genannten Firma beschäftigten Kutscher der Organisation zuzuführen. Herr Hagen war dann stets bemüht, seinen Einfluß in entgegengekehrter Sinne geltend zu machen und machte dadurch das geschlecht gewählte Koalitionsrecht der bei ihm beschäftigten Kutscher illusorisch. Die bei genannter Firma bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse gaben den Kutschern wohl Veranlassung, sich der Organisation anzuschließen. Herr Hagen zahlte ihnen einen festen Lohn von 18 M. wöchentlich und je nach der Tageseinnahme des Kutschers einen gewissen Prozentsatz. Derjenige Kutscher, welcher eine zahlreiche Kundschaft hat, kann einen einigermaßen auskömmlichen Lohn erzielen, anders aber diejenigen Kutscher, welche eine geringere Zahl Kunden haben; ihnen ist es nicht möglich, von dem erzielten Lohn eine Familie anfänglich zu ernähren. Weshalb müssen die Kutscher eine Koalition von 50 M. stellen, welche im Unvermögensfalle in wöchentlichen Raten vom Lohn in Abzug gebracht wird. Diese Koalition verfallt der Firma, wenn nach Lösung des Arbeitsverhältnisses der Kutscher es unternimmt, innerhalb 14 Tagen bei einer Konkurrenzfirma in Arbeit zu treten und Brot bei der Kundschaft der Firma Hagen zu verkaufen. Die tägliche Arbeitszeit der

Kutscher ist je nach der Tour um 10 bis zu leistenden Arbeit eine 12-16stündige, dauert unter Umständen noch darüber hinaus. Auch Sonntags muß gearbeitet werden. Einem Teil der Kutscher erwidert ein berichtigtes Arbeitsverhältnis auf die Dauer unerträglich. Der Transportarbeiterverband nahm deshalb Veranlassung, die Zustände bei Hagen in einer Zusammenkunft der Kutscher am Sonntag, den 3. Januar, zu beleuchten. Auf Grund dessen ließen sich mehrere Kutscher in den Verband aufnehmen. Hieron muß Herr Hagen Kenntnis erlangt haben, denn schon am Mittwoch wurde der eine organisierte Kutscher entlassen und am Donnerstag zwei weitere. Herr Hagen machte auch aus seinem Groll gegen die Organisation gar keinen Hehl, denn er sagte zu dem einen der Entlassenen, indem er dessen Entlassungspapiere in der Hand hielt: „Was ist Ihnen lieber, Ihre Stellung bei mir oder der Verband?“ Und zu dem anderen Entlassenen: „Ich dulde keine Sozialdemokraten in meinem Betrieb und auch den Verband nicht, ich will mit solchen Leuten nichts zu tun haben.“ Der gute Herr wird wohl das Glück haben, daß ihn kein Staatsanwalt beim Kragen kriegt. Der größte Teil der Kundschaft des Herrn Hagen gehört der Arbeiterschaft und unzweifelhaft auch der Sozialdemokratie an; von diesem Geld zu nehmen, hält er nicht unter seiner Würde. Im Betriebe des Herrn Hagen aber muß jede freiheitliche Bewegung erstickt werden. Die Kutscher, die jetzt bei der Firma Gebr. Hagen arbeiten, sind unorganisiert und nicht im Besitze von Legitimationskarten.

Die organisierten Hausdiener, Kutscher usw. aus den Handlung- und Wäscheverleihen Berlins haben seit dem 1. Mai 1908 einen korporativen Lohnsatz zur Durchführung gebracht. Um eine Durchbrechung dieses Lohnsatzes zu verhüten, ist vom Deutschen Transportarbeiterverband eine Kontrollkarte eingeführt worden. Nur von den Firmen ist der Tarif anerkannt, werden die geforderten Lohnsätze gezahlt, deren Arbeiter im Besitze der Kontrollkarte sind. Die Karte ist von brauner Farbe und nur dann gültig, wenn dieselbe ordnungsgemäß jeden Monat abgestempelt ist. Das Verbandsbuch hat in diesem Falle keine Gültigkeit.

Für die Hausdiener, Kutscher usw.
J. A.: Karl Braunert, Rodenbergstr. 3.

Die Krise.

Die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter hat sich nach der „Nachzeitung der Tischlermeister“ von 3735 am 20. Dezember 1908 auf 4065 am 7. Januar 1909 vermehrt.

Deutsches Reich.

Zur beendeten Aussperrung im Bremer Tischlergewerbe.

Die Arbeit wird, wie jetzt bekannt verlautet, morgen Montag in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Die hauptsächlichsten Punkte des von beiden Seiten endgültig angenommenen Schiedsspruchs lauten:

Zu dem bisherigen Lohn erhält jeder Tischler vom 1. April 1909 ab einen Zuschlag von einem Pfennig pro Stunde; vom 1. Juli 1909 ab einen weiteren Pfennig.

Bei der Arbeitszeitverlängerung vom 12. Februar 1910 findet eine Lohnsänkung nicht statt, so daß jeder Arbeiter seinen alten Lohn weiter bezieht.

Für Bauanschläger (Aufschlagen und Einsetzen im Bau) wird ein Akkordtarif aufgestellt.

Die jetzt bestehenden Akkordverträge über Massenartikel bleiben in Kraft.

Die Ausarbeitung von Akkordtarifen für zweitere Artikel soll weiterhin, unbeschadet der Beratungen vorbehalten bleiben.

Für Akkordarbeit findet eine Lohnerhöhung um 5 Proz. vom 15. September 1909 statt.

Für Arbeiten in Neu- und Umbauten, die länger als einen Tag dauern und in Stundenlohn angefertigt werden, wird ein Zuschlag von 2 Pf. die Stunde gezahlt.

Für Bauarbeiten außerhalb des Bremer Stadtbezirks wird in Hemelingen, Ellen, Osterholz, Horn, Sebaldsbrück, Stattenrum und Döbeshäuser eine Zulage von 40 Pf., darüber hinaus eine solche von 70 Pf. gewährt, falls ein Lebernachten notwendig ist.

Bei Arbeiten nach außerhalb, wo Kost und Logis außer dem Hause genommen werden muß, werden pro Tag 2,75 M. Zulage gezahlt.

Für Ueberstunden bis 8 Uhr abends ein Zuschlag von 15 Pf.; nach 8 Uhr abends und Sonntags 20 Pf. die Stunde. Der Tarif hat bis 11. Februar 1911 Geltung!

Ein Bürgermeister als Streifbrotvermittler.

Seit 5 Monaten streiken die Arbeiter der Eisenwerke der Firma R. Klein in Lindlar (Bezirk Köln), weil sie sich gegen eine weitere Kürzung der ohnedies erbärmlichen Löhne sträuben. Es fiel kürzlich schon auf, daß die Firma in ihren Streifbrotvergesuchen inserierte: Für hinreichenden Schutz der Arbeitswilligen wird behördlicherseits gesorgt. Wie nun das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes berichtet, hat der Bürgermeister des Ortes einen Arbeiter durch eine amtliche Vorladung zu sich bestellt, um ihn zu veranlassen, bei der Firma Klein in Arbeit zu treten, für genügenden Schutz werde er sorgen; er möge zum Wachtmeister gehen und diesem erklären, daß er Montag anfangs. Ferner hat der Bürgermeister mehreren, bei Gemeindegewerken tätigen Leuten gekündigt, die früher einmal in der Eisenfabrik beschäftigt waren. Er erklärte den Arbeitern geradeheraus, der Firmeninhaberin versprochen zu haben, daß er ihr die entbehrlichen Gemeindearbeiter abtreiben werde.

Die Eisenbahner Badens haben nun ihre Vertreter wählen zur Generalversammlung der Krankenkasse hinter sich. Der gewerkschaftliche süddeutsche Verband brachte es auf 20, jener des badischen (früher vom Zentrum beherrschten) Verbandes erhielt 70 Vertreter. In Karlsruhe verzeichnet der süddeutsche Eisenbahnerverband einen namhaften Erfolg (1542 gegen 105 Stimmen); seine anderen Erfolge wurden in den Städten Offenburg, Freiburg und Basel errungen; jedenfalls auch in Mannheim, das noch keinen Bericht erhaltete.

Ausland.

Aussperrung und Betrugsdraub in der schwedischen Metallindustrie.

Kurz vor Neujahr kündigte die große Maschinenfabrik „Scania“ in Malmö ihren Arbeitern an, daß die regelmäßige, bisher 54 Stunden die Woche betragende Arbeitszeit vom 4. Januar ab auf 57 Stunden verlängert sein sollte. Verhandeln wollte man mit den Arbeitern nur über die Verteilung dieser Arbeitszeit auf die einzelnen Tage, jedoch nicht über die Verlängerung. Als die Arbeiter damit nicht einverstanden waren, wurden sie am Montag alle ausgesperrt. Die „Scania“ ist Mitglied von Schwedens Verfallensvereinigung, dem Metallindustriellenverband, der erst kürzlich die fürchterliche Wirtschaftskrise dazu ausnützte, der Arbeiterschaft die fünfjährige Verlängerung der allgemeinen Tarifgemeinschaft aufzuzwingen. Dieses Uebererkenntnis bestimmt unter anderem, daß bei Streitigkeiten immer erst ernstlich verhandelt werden soll, ehe es zu Streik oder Aussperrung kommen darf. Von der Arbeitszeit heißt es, daß sie für die einzelnen Orte oder Betriebe durch besondere Uebereinkommen geregelt wird, jedoch höchstens 57 Stunden die Woche betragen darf. Bei der „Scania“ bestand die 54stündige Arbeitszeit seit 11 Jahren. Sollte sie wirklich auf das in der Tarifgemeinschaft als Maximum angeführte Maß verlängert werden, so mußte darüber selbstverständlich mit den Arbeitern verhandelt werden. Es liegt also offenbar ein Bruch des allgemeinen Vertrages vor. Aber die Wer-

stätteneinigung nimmt die Firma in ihren Schuß und erklärt in einem Schreiben an den Eisen- und Metallarbeiterverband, die Leitung des Betriebes habe nur die in der Tarifgemeinschaft „festgesetzte“ Arbeitszeit angeordnet.

Das internationale Schorfmachertum!

Der „Nordböhmische Volksbote“ bringt folgendes Schriftstück:

Verband von Arbeitgebern der tschechischen Textilindustrie zu Chemnitz.
Ortsgruppe: Bittau-Neichenau.

Vertraulich!

Mitteilung.

1. Vom Verband nordböhmischer Industrieller wird mitgeteilt, daß der Puhreiarbeiter aus Ringelbain, bisher bei der Firma Cosmanos in Grottau, daß der Kusstoyer aus Schönbach, bisher bei der Firma J. A. Lindburger jun. in Ketten, wegen Widersetzlichkeiten, daß der Kusstoyer aus Spalow, bisher bei derselben Firma, und der Handdrucker aus Jungbunzlau wegen Teilnahme an der Raifeier entlassen worden sind.
2. Auf Wunsch steht den Herren Mitgliedern eine Abschrift der vom Verband an den Reichstag gerichteten Eingabe betreffend die Novelle der Gewerbeordnung (Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen) zur Verfügung.

Mit Hochachtung

Rechtsanwalt Dr. Rud. Kosa, Schriftführer.

Hier sieht man, daß die Unternehmer in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterbewegung selbst vor den Grenzpfählen nicht Halt machen; auch die schwarzen Listen betreiben sie international. Verbrüdern sich dagegen die Arbeiter international, dann heulmeiert dieselbe Unternehmertierclique.

Aus der Frauenbewegung.

Die bürgerlichen Frauenorganisationen in Deutschland.

Das Kaiserliche Statistische Amt hat Anfang 1908 eine Erhebung über die von Frauen gegründeten oder doch vorwiegend für Frauen bestimmten Organisationen im Deutschen Reich veranstaltet. Die Antworten sind aus bürgerlichen Kreisen und den Kreisen der konfessionellen Arbeiterinnenbewegung ziemlich zahlreich eingegangen und geben so ein wenn auch nicht vollständiges Bild der Rolle, die heute die Frau im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben spielt. Es fehlen die Zahlen der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen; auch unsere Arbeiterinnen-Bildungsvereine haben sich nicht an der Erhebung beteiligt.

In der im Dezemberheft des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlichten Zusammenstellung der vorläufigen Ergebnisse sind die Verbände resp. Vereine nach den von ihnen verfolgten Hauptzwecken in folgenden Gruppen untergebracht: A. Allgemeine Frauenbewegung, B. Berufsorganisationen, C. Soziale Organisationen, D. Wohltätigkeitsorganisationen, E. Frauenbildungsorganisationen, F. Politische Organisationen.

Unter der Gruppe A. ist der große Bund deutscher Frauen einbezogen, der in zehn Unterverbänden und acht lokalen Vereinen 150 000 Mitglieder in allen Teilen des Reiches umfaßt. Ferner der Evangelische Frauenbund mit 9400, der katholische Frauenbund mit 18 000, der Bund für Mutterkudum mit 1932 Mitgliedern usw. Insgesamt sind in dieser Gruppe rund 175 872 Frauen organisiert.

Sehr umfangreich ist die Gruppe B., die die weiblichen Berufsorganisationen umfaßt. Die beiden großen Verbände kaufmännischer weiblicher Angestellter mit dem Sitz in Frankfurt a. M. und Berlin zählen allein 10 200 resp. 23 057 Mitglieder, der Verband katholischer Vereine erwerbender Frauen und Mädchen (Berlin) deren 23 000, der Verband der katholischen Arbeiterinnenvereine der Erzdiözese Köln 12 000, der Verband der Heimarbeiterrinnen Deutschlands für Kleider- und Wäscheherstellung 6500 Mitglieder. Hier finden sich auch die Lehrerinnenvereine, so der Allgemeine Deutsche Lehrerinnenverein mit der 23 000, der Allgemeine Wohlfahrtsverband der Lehrer und Lehrerinnen (Berlin) mit 38 000 weiblichen Mitgliedern, der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (Poppard a. Rh.) mit 10 040 Mitgliedern. Gruppe B. umfaßt — also ohne die freigeberwerblich organisierten Arbeiterinnen — rund 176 252 berufsmäßig organisierte Frauen.

Nur klein ist die Gruppe C.: Soziale Organisationen. Sie zählt 4 Verbände, darunter als bedeutendsten den Deutschen Frauenverein für die Ostmarken (Berlin) mit insgesamt 15 728 weiblichen Mitgliedern.

Eine außerordentlich große Gruppe ist wiederum die Gruppe D., die die karitativen oder Wohltätigkeitsorganisationen umfaßt. Es ist dies ja das Gebiet, auf dem sich von jeher Frauen, wenn auch früher mehr in individueller Weise betätigt haben. Den vorliegenden Angaben zufolge umfaßt die ganze Gruppe 555 697 Mitglieder, unter denen allerdings die den Vaterländischen Frauenvereinen angeschlossenen Männer mitgezählt sind.

In der Gruppe E.: Frauenbildungsorganisationen, finden wir nur 6 Verbände und 19 Vereine mit zusammen 13 102 Mitgliedern.

Obgleich es sich hier also um eine noch in keiner Beziehung vollständige Zusammenstellung handelt, ergeben die mitgeteilten Ziffern doch bereits einen Gesamtbestand von fast 1 Million organisierten Frauen. — Beachtenswert sind die starken Ziffern der speziell katholischen Organisationen, ein Beweis dafür, daß die katholische Kirche trotz ihrer im Prinzip so rückständigen Haltung in Frauenfragen auch in diesem Punkte ihren scharfen praktischen Blick nicht verleugnet, der sie die wachsende Bedeutung der Frau im wirtschaftlichen und politischen Leben erkennen gelehrt hat. In Uebereinstimmung von Prinzip und Praxis hat aber nur die sozialdemokratische Arbeiterbewegung die Frauen stets als gleichberechtigte Mitkämpferinnen um ihre hohen Ziele willkommen geheißen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wegen einer Dampfessexplosion

wurde am Sonnabend nachmittag der Automobil-Böschung der Feuerwehre nach einer Mähfabrik in der Höpferstraße 24 gefahren. Durch die Explosion waren Decken, Fenster u. a. beschädigt. Ein Kutscher namens Weich hatte dabei Brandwunden an den Händen und im Gesicht erlitten, die ihm verbunden werden mußten.

Preussische Sparamkeit.

Wiesbaden, 9. Januar. (W. S.) Aus Sparamkeitrücksichten sind bei einer größeren Anzahl Personenzüge zwischen Wiesbaden und Mainz und umgekehrt die Padmeister und Schaffner abgeschafft worden. Nur ein Zugführer begleitet die Züge.

Es ist erreicht.

Bremen, 9. Januar. (W. S.) Der Senat gibt jetzt bekannt, daß der Lehrer Scharrermann aus dem Schuldienst entlassen sei.

Lohnbewegung in der Budapester Oper.

Budapest, 9. Januar. (W. S.) Die Mitglieder des Orchester und das Chorpersonal der königlichen Oper fordern binnen vierundzwanzig Stunden die Gewährung einer Teuerungszulage, andernfalls sie in den Streik treten wollen.

Russische Ordnung.

Tomsk, 9. Januar. (W. S. B.) In Kowonikolajewsk wurde beim Öffnen der aus Tomsk eingetroffenen Post festgestellt, daß zwei Geldpakete mit 255 000 Rubel Inhalt verschwunden waren.

Aus der Stadt des Schreckens.

(Spezialbericht unseres nach Sizilien entsandten Korrespondenten.)

Messina, 5. Januar.

Man muß stumpf werden, um in dieser Stadt leben zu können, und nur stumpf und schamlos kann das sein, was sich jetzt hier über das Unerhörte schreiben läßt. Das Schreckliche kann uns packen, kann seine Krallen in unser Empfinden schlagen, so lange es vorstellbar ist, so lange es das Maß dessen nicht übersteigt, was an Leidenerfahrung einem einzelnen beschieden sein kann. Auf dem Trümmerfeld von Messina, in dem auch heute noch vielleicht Tausende von Menschen den Todeskampf kämpfen, lebendig begraben, verhungert in endloser Todesqual, auf diesem Trümmerfeld kann man nur leben, wenn man seelisch blind geworden ist für seine Grauen. Und den Stempel dieser Unfähigkeit, lebendige Eindrücke zu empfangen, muß jeder Bericht über Messina tragen — man vermag nicht auf andere zu übertragen, was man selbst nicht hat, nicht haben kann. Merkwürdig ist nur, daß bei diesem Versiegen jeder Aufnahmefähigkeit, bei diesem Kosgelöstsein von allem Lebenswerten des Alltags, der Lebensinstinkt in uns selbst noch so intensiv ist, daß jeder neue Erdstoß uns mit Entsetzen erfüllt.

Seit gestern sind drei neue Erdstöße verübt worden. Auch der Brand dauert noch fort. Obwohl Tausende von Leichen bestattet sind, liegen noch Tausende herum, mit Decken belegt, aus denen hier ein Fuß und dort ein Arm herausragt. Aus den Trümmern hervor zeigt der Geruch an, wo Leichen liegen, zu denen die Luft Zutritt hat. Wo der Schutt sehr dicht ist, wie unter dem Palast am Strande, der den Kommandanten des Panzerschiffs „Rimonte“ und seine Familie begraben hat, ist kein Leichengeruch zu spüren. Lebende werden jetzt wenige geborgen. Gestern aber hat man ein zwanzigjähriges Mädchen ausgegraben, das noch atmete und ein paar unverständliche Worte sprach. Das ganze Gesicht war mit Schaum bedeckt, die Augen voll Eiter. Sie schluckte noch ein paar Tropfen Milch, aber alle Versuche der Ärzte, das fließende Leben zurückzuhalten, waren vergebens: das arme Geschöpf starb, nachdem es sieben volle Tage unter den Trümmern gelegen hatte, starb in dem Augenblick, wo menschliche Hilfe es der Luft wiedergegeben hatte.

Aber es werden auch noch Menschen ausgegraben, die noch voll Kraft und Leben sind. So hat man gestern eine alte Frau hervorgeholt, die auf die Frage, wie es ihr ginge, sehr lebhaft antwortete: „Ganz gut, und Hunger habe ich!“ Man bot ihr Stoffe an und sie sagte: „Aber recht gut muß er sein!“

Unsere Genossen, die Feuerwehrleute von Imola, haben gestern eine ganze Familie lebend geborgen; ihr Kommandeur Gardelli war auf einen 12 Meter hohen Trümmerhaufen gestiegen und hatte dort eine noch gangbare Treppe entdeckt. Er stieg mit einer Lampe hinunter und rief: „Ist jemand da?“ Es antwortete ein schwacher Laut, den er selbst für eine Sinnestäuschung hielt. „Seid still!“ ruft er seinen Leuten zu. Aber auch die Versütteten hören und verstehen die Worte und — schweigen. Nun ruft der Kommandant wieder: „Wo seid Ihr?“ Nur eine Mauer trennt ihn von der antwortenden Stimme. „Gebt uns ein Zeichen, wo wir durchbrechen sollen!“ Ein deutliches Klopfen antwortet. Und jetzt gehen die Feuerwehrleute an die Arbeit, in beständiger Furcht, daß die Erschütterung die Reste des Baues zum Stürzen bringen und die Retter wie die zu Rettenden begraben. Raum ist die Deffnung hergestellt, so schlägt den Rettern ein entsetzlicher Leichengeruch entgegen. „Habt Ihr Lote?“ „Zwei Kinder!“

— Als das Loch so groß ist, daß sich ein Stoß durchdringend läßt, sieht man, daß die einstürzenden Balken eine Art-Zelt gebildet haben. Unter den rettenden Balken liegen die Leichen zweier Kinder. . . . In dem kleinen dunklen Raum ein junger Mann, seine Frau und ein Säugling. Der Mann reicht das nackte blühende Kind durch die Deffnung. Aber die Frau weigert sich herauszukommen. „Laßt mich nur hier, es ist besser so.“ Der als Dolmetscher mitgebrachte sizilianische Offizier sagt zu ihr: „Bist Du denn den Kleinen allein lassen?“ Und sofort läßt sie sich mit herausziehen. So hat man alle drei gerettet und — wunderbar zu sagen — die Frau, die das Kind acht Tage gestillt hatte, ist noch in Stande, dem Kinde die Brust zu reichen, obwohl sie im höchsten Grade erschöpft ist.

In bester Gesundheit hat man am Sonntag einen fünfjährigen Jungen gerettet, der durch zwei Stockwerke in einem Obstladen gefallen war. Der Kleine hatte im Dunkeln sieben Tage von Feigen und Mandeln gelebt. Die wunderbare Rettung hat man aber heute früh vollbracht: ein Soldat, Francesco Gatti, von der 10. Kompagnie des Trains, war aus Neapel hergekommen, um Nachrichten von seiner Braut zu holen, die am 28. Dezember in Messina gewesen. Als er ihr Haus sah — einen großen Haufen von Schutt und Trümmern — gab er alle Hoffnung auf, die Besuche lebend zu finden. So blieb er zwei Tage in der Stadt der Qual, ohne auch nur den Versuch zu machen, Nachgrabungen anzustellen. Gestern nacht — gewiß unter der Einwirkung der anderen merkwürdigen Rettungen — träumte der Soldat, daß seine Braut ihm sagte: „Ich lebe noch! Suche mich unter den Trümmern.“ Der Traum war so lebhaft, daß der junge Mann am nächsten Morgen seinen Offizier beschwor, ihm Leute zu Nachgrabungen zu geben. Es wurde sofort nachgegraben und man hat nach mehrstündiger Arbeit die Braut, Domenica Spadaro, noch lebend befreit. Das junge Mädchen wird leben bleiben: es hat keine schwere Verletzung. Dagegen konnte man einen Mann nur aus den Trümmern heben, nachdem man ihm ein unter einem Balken eingeklemmtes Bein amputiert hatte, und zwar mußte ein Teil des Schnittes von einem Feuerwehrmann gemacht werden. Der Unglückliche starb bald darauf. Gestern nacht haben die Feuerwehrleute von Bologna stundenlang gearbeitet, um eine Frau zu retten. Immer wieder machten nachstürzende Schuttmassen das Rettungswerk zunichte. Als endlich nach Mitternacht der ganze Oberkörper freigelegt war, tat die Frau einen tiefen Atemzug und starb. . . .

Der Umstand, daß man gelegentlich noch kräftige und lebensfähige Menschen ausgräbt, ist es gerade, der die furchtbare Möglichkeit nahelegt, daß noch Tausende lebend unter den Trümmern liegen. Überall, wo die stürzenden Balken einen Stützpunkt gefunden haben, ehe sie alles zermalmt, wo das Dach auf ihnen ruhen kann, da können Menschen eingesperrt sein, mit Luft genug, um noch Tage zu leben, und ihr Verzweiflungsschrei verhallt ungehört, übertönt von dem Schritt der Soldaten, von den Kommandoworten und den Schlägen der Haken. Der Abgeordnete Casciani sagte mir heute, er werde Abteilungen organisieren, um nachts zu graben, weil vielleicht die Stille der Nacht das Hören erleichtern würde. . . .

So unglücklich es scheint, so wird doch durch die Eigentumsverhältnisse das Rettungswerk ungeheuer kompliziert. Man sollte glauben, daß die zyklopische Furchtbarkeit des Geschehnisses den Geldwert gering erscheinen lassen sollte. Das ist aber nicht der Fall. Man hat die Feuerwehrleute von Bologna 6 Tage lang ausschließlich an der Vergung des Schatzes der Banca d'Italia arbeiten lassen, welche Vergung man nicht — wie ich irrtümlich berichtet hatte — aufgab, sondern gestern abend zu

Ende führte. Da nun Geld doch nicht verhungert und in den Staherklassen nicht verbrannt, war es geradezu frevelhaft, die tüchtigsten Arbeitskräfte — und das sind die Feuerwehrleute in diesem Falle — lahmzulegen, während Tausende von Menschen lebendig begraben sind. Die Feuerwehrleute von Imola wurden heute zum Ausgraben einer Kasette aufgefordert, die 600.000 Lire enthält, verweigerten aber jede derartige Hilfeleistung, solange noch die Möglichkeit besteht, lebende Menschen zu finden.

Aber auch in anderer Hinsicht war der Eigennuttstrieb verhängnisvoll. Obwohl ich den Eindruck habe, daß die Schauererzählungen über die Plünderungen stark übertrieben sind, kann man doch nicht ableugnen, daß geplündert worden ist. Man hat Leute verhaftet, die hunderttausend Lire in den Taschen hatten. Auch haben mir viele bei den Rettungsarbeiten Vereitigte gesagt, daß sie in Häuser gekommen seien, auch in solche, in die man ohne Lebensgefahr nicht eindringen konnte, und vielfach Spuren von Plünderung gefunden hätten. Alle Kästen wären aufgerissen gewesen, wie es geschieht, wenn Leute etwas suchen, ohne seinen Platz zu kennen. Auch hat eine Frau, die nach fünf oder sechs Tagen gerettet worden war, ausgesagt, daß, nachdem sie drei Tage eingesperrt gewesen war, Leute gekommen wären, die alles geplündert und noch Steine auf sie geworfen hätten! Es ist also sicher, daß die menschliche Habgier furchtbare Niederträchtigkeit gezeitigt hat. Aber sicher ist gleichfalls, daß die Abwehr dieser entsetzlichen Gier das Rettungswerk gehindert hat! Man hat wiederholt Plünderer erschossen. Die Zahl der auf diese Art Getöteten habe ich trotz aller Erkundigungen nicht feststellen können — man spricht von 12 (?) und auch von 40 Erschossenen. Es wurde nur in den seltensten Fällen ein standrechtliches Urteil gefällt: meist schossen die Schildwachen auf „Plünderer“, die auf Anfordernng nicht von ihrer Arbeit abließen. Auch die russischen Matrosen haben mehrere erschossen, wobei vielleicht hier und da Unschuldige getroffen wurden, die in den Trümmern ihres eigenen Hauses wühlten. Die Russen haben auch einen der ihren erschossen, weil sie ihn beim Plündern betroffen hatten.

Die Folge des Plünderens war, daß jeder, der nach seinen eigenen Verwandten graben wollte, eine Erlaubnis vom Kommandanten der Stadt Messina, dem General Ruffa, haben mußte. Seitdem das Kommando auf die Militärbehörde übergegangen ist — am 2. Januar — konnte man nicht mehr auf der Straße sein, ohne eine Kugel befürchten zu müssen! Die Folge war, daß viele Leute, die Hinweise für die Rettungsarbeiten hätten geben können und selbst mitgraben wollten, nicht bis zu den Stätten gelangen konnten, die ihre Lieben vielleicht noch lebend einschlossen. Das war eine furchtbare Härte und ein schweres Gemüß für die Rettungsarbeiten.

Von unseren Genossen in Messina hat man wenig Kunde. Genosse Roi ist tot, Genosse Salvemini erlitt das schwere Schicksal, seine Frau und fünf Kinder zu verlieren. Zwei der Leichen sind bereits geborgen. Von den Professoren der Universität weiß man wenig: Professor Errera, Dozent der Zoologie, ist tot mit seiner Familie. Von dem Hygieniker San Felice, dessen Arbeiten über ein Krebsserum eben von Erfolg gekrönt zu sein schienen, habe ich nichts erfahren können. Genosse Cicotti, Professor an der Universität von Messina, war am Tage der Katastrophe in Potenza.

Wemerkenswert war in diesen Tagen des Schreckens, wie sich die Grenzen der Parteien und Klassen verwischt haben.

Kleines Feuilleton.

Die Umformung der Landwirtschaft durch Elektrizität. Vor einem Menschenalter hat der schwedische Professor Lemström aus Helsingfors aus der Beobachtung, daß das Pflanzenwachstum in den Polarregionen selbst nach starken Nachfrösten eine ungewöhnliche Schnelligkeit in der Entwicklung aufweist, den Schluß gezogen, daß dieses merkwürdige Phänomen durch die in jenen Breiten sehr stark auftretende atmosphärische Elektrizität verursacht wird. Der schwedische Forscher wurde durch diese Entdeckung dazu angeleitet, Experimente darüber anzustellen, welchen Einfluß die Elektrizität auf das Pflanzenwachstum haben könnte. Er machte seine Versuche zunächst in seinem Mahlhahn an Töpfen, die er in der Weise elektrifizierte, daß er über ihnen ein Netz ausbreitete, das von einer Elektrifiziermaschine positiv oder negativ geladen wurde, während der andere Pol mit der Erde der Töpfe in Verbindung stand. So wurde über den Pflanzen eine Art Gewitterstimmung erzeugt, ähnlich wie sie in der Natur vorkommt. Lemström eröffnete damit der Wissenschaft und Praxis einen höchst bedeutsamen Weg, der längere Zeit nur zögernd und mit bescheidenem Erfolge beschritten wurde, nun aber bereits zu einem ersten bedeutenden Zielpunkt geführt hat. Wie Dr. Max Breslau in der Umschau anspricht, sind die Lemströmschen Versuche nunmehr so umgeformt und verbessert worden, daß eine Umwälzung in der ganzen Landwirtschaft durch die Elektrizität zu erwarten ist. Schon der schwedische Professor hatte seine Experimente von den Töpfen auf das freie Land hin ausgedehnt und auf seinem Versuchsfelde in manchen Fällen mehr als den doppelten Ertrag geerntet als auf den in gleicher Weise aber ohne Elektrizität behandelten Kontrollfeldern. Auch die Zeit des Reifens wurde wesentlich verkürzt; Erdbereen wurden z. B. unter „Elektrifizierung“ in 28 Tagen zur Reife gebracht, auf dem Kontrollfelde in 64; die Ackererüben wiesen einen beträchtlich größeren, bis zu einem Maße von 18 Proz. sich heigenden Zuckergehalt auf als die Rüben der nicht durch Elektrizität beeinflussten Felder. Lemströms Anregungen wurden in Finnland, dann auch in Frankreich, England und Deutschland aufgenommen und befruchtet. Lemström selbst dehnte seine Versuche über ein circa 18 Morgen großes Gebiet auf einem Gute in Schweden aus, und andere folgten ihm darin nach, wie z. B. Dr. Bringsheim in Archangowitsch bei Breslau. Alle diese Experimente litten aber darunter, daß in ziemlich geringer Höhe ein Drahtnetz über das Feld gespannt werden mußte, dessen Entfernung jedesmal notwendig war, bevor die notwendigen landwirtschaftlichen Arbeiten auf dem Felde ausgeführt werden konnten. So wurden die großen Erfolge durch die mit dem Verfahren verbundenen Unbequemlichkeiten mehr als aufgehoben. Erst in England gelang es dem Elektrifizierer Remmon mit Unterstützung des bekannten Physikers Sir Oliver Lodge, vermittelst hochgespannter Wechselströme so zuverlässige Elektrizitätsquellen zu schaffen, daß das Drahtnetz in einer Höhe von fünf Metern über dem Erdboden befestigt werden und nun alle landwirtschaftlichen Arbeiten ohne die geringste Behinderung unterhalb des Netzes vor sich gehen konnten. Dazu ergab sich noch bald,

daß nicht ein eigentliches Netz über das Feld gespannt zu werden brauchte, sondern daß es genügte, dünne Entladungsröhren in weiten Abständen von etwa zehn Meter über das Feld hinzuzuführen. Die Versuche mit diesem neuen Verfahren wurden auf dem Gute des Dr. Bonford bei Birmingham vorgenommen, auf dem auch der erste Dampfzug seinerzeit ausprobiert worden ist. Die Ergebnisse waren auch hier sehr günstige, wiewohl in wesentlichen nur Weizen und Gerste gebaut wurden. Der Prozentgehalt der Junahme konnte aber natürlich auf den großen landwirtschaftlichen Flächen nicht so groß sein, als bei den kleinen wohlgepflegten Gartenstücken. Die Zunahme betrug nach den Berichten von Sir Oliver Lodge bei Gerste und Weizen 30—40 Proz. Doch ergab sich auch, daß der „elektrifizierte“ Weizen sich bei Boderversuchen als ein viel besseres Bodmehl erwies als der unelektrifizierte, und so konnte das elektrifizierte Produkt zu einem um 7 1/2 Proz. höheren Preise verkauft werden. Eine wissenschaftliche chemische Analyse erwies, daß der Gehalt an trocknem Aldehyd bei dem elektrifizierten Weizen 11,15 Proz., bei dem unelektrifizierten nur 10,75 Proz. betrug. Auf feuchtem Boden hat Dr. Breslau auf seinem Grundstück in Doppelgarten eine Versuchsanlage errichtet. Jedenfalls steht nach den bisherigen Erfolgen fest, daß durch Elektrizität ein mächtiger neuer Faktor für die Entwicklung der Landwirtschaft gegeben ist, dessen künftige Resultate mit den gewaltigen Fortschritten zu vergleichen sein dürften, die die Landwirtschaft seinerzeit der Einführung rationaler Düngung zu verdanken hatte.

Theater.

Lesing-Theater (Aufführung der Akademischen Bühne): „Der letzte Streich der Königin von Navarra“, Tragödie von Johann Raff. Raffs Drama — das Antoren-Pseudonym deutet einen österreichischen Dichter — hatte bei seinem Erscheinen Aufmerksamkeit erregt. Stimmen in der Kritik rühmten es als das Ergebnis eines noch unausgeglichenen, aber originalen und starken Talentes. Daß trotzdem bei der herrschenden Bräde auf dem Gebiete der dramatischen Literatur sich kein Theaterdirektor an eine Aufführung heranwagte, diese vielmehr der Initiative einer privaten Vereinigung von Studenten überlassen blieb, mußte freilich, nach den mit solchen Vereinstorstellungen gemachten Erfahrungen, etwas skeptisch stimmen. Inbald, wenn auch ohne Aktenvermerk, es konnte andere Qualitäten haben! Leider sah man im Theater von einem so wenig wie vom anderen. Der Redefluß, der schon im ersten Akt bedenklich einseitig rauscht, wälzt sich dann, jeden Damm durchbrechend, immer breiter und träder fort: ein schaukelndes Meer, dessen Wellen aus unbekannten Gründen bald nach dieser, bald nach jener Richtung laufen. Auch eine bessere Darstellung — die hier geboten blieb in manchen Rollen weit unter Mittelmaß — hätte an dem Gesamteindrucke kaum etwas wesentliches ändern können. Es fehlte nicht viel, und die nervöse Ungebuld des Publikums, das hier und da an besonders provozierenden Stellen sich mit leikam Lachen reibenderte, wäre in offenen Theaterland ausgebrochen. Jedoch konnte bis zu Ende geschickt werden und die Szenen der Geirren ließ sich nach Jansen des Vorhanges in Apollons prästieren.

Was dem Verfasser vorgebildet, in dramatischer Formung überzeugend zu gestalten, dazu hätte es intimer, dem schillernd ber-

schlungenen Gewebe feeltischer Regungen mit dibinatorischem Scharfblick nachspürender Gestaltungsgabe bedurft. Raffs Heldin, die junge Gräfin von Holz, hängt in schrankenloser Hingebung an ihrem Gatten, einem um das Doppelte älteren, aber noch immer bezaubernd schönen Manne, und tut, von seiner völlig grundlosen Eifersucht verfolgt, in der Aufwallung einer ihr selbst unbegreiflichen wahllos blinden Stimmlichkeit, wovor er zittert und was ihr selbst als ein unmögliches erschien. In der Scham über dies Gähliche, in der Verzweiflung, daß nun auch überdies ihre Natur jeder niedrigen Versuchung wehrlos gegenüberstehe werde, geht sie zugrunde. Ihr Schicksal soll und die unheimliche, verborgen lauernde Gewalt des launenhaften Blutes und den tragischen Zwiepsalt, in den der Einbruch dieses Unterirdischen das Bewußtsein treibt, verbildlichen. Der Gatte, der, was er über Frauen weiß, am leichtfertigen Liebeshofe von Navarra gelernt hat, spiegelt in der Furcht und Eifersucht, mit der er das geliebte Wesen quält, nur die Erfahrungen und die Verachtung seines eigenen Lebens wider und unterliegt, wie die Gemahlin, zum Hof zurückgekehrt, der ersten Lösung. Was Raff dem Plan hat abgewonnen können, konzentriert sich in einigen Szenen des ersten Aktes, die weitere Ausführung, in der Margarete, die gelante Königin von Navarra, als Oberintragantin figurirt, verläuft in ein erschlammlich unwahrscheinliches Puppenpiel. Frau Rosa Vertens in der Rolle der Herrscherin trug die Darstellung — soweit dies möglich war. Aber auch ihre Kunst konnte nur vorübergehend hier und da einen Schimmer von Illusion erwecken.

Notizen.

— Kunstchronik. Die Ausstellung sinesischer Gemälde in der Akademie der Künste bleibt noch bis Mittwoch geöffnet. — Eine reichhaltige Ausstellung von Werken des Berliner Malers Hans Baluschel findet Bellevuestraße 16 statt. Sie ist bei freiem Eintritt täglich von 10—6 Uhr geöffnet.

— Für Sizilien und Calabrien. Eine deutsche Kunstsende. Unter diesem Titel wird bei Georg Müller in München eine große Publikation erscheinen, für die jetzt D. F. Bierbaum, Felix Potli und Franz v. Stud Beiträge bei den namhaftesten und bedeutendsten ihrer deutschen Kunstgenossen sammeln. Der ganze Ertrag soll den Unglücklichen im Süden zugute kommen.

— Eigenblattmoral in Paris. Die Liga gegen die Kadette hat nun auch im Pariser Stadthaus einen Sieg errungen. Der Maler Willette, der dort einen Saal zu schmücken hat, hatte eine Fresse entworfen, die in einer Allegorie das Erwachen von Paris darstellte. Man sah darauf die Stadt in der Gestalt eines mit unterhüllten Keizen im Bett ausgestreckten Weibchens, dem Verkur, der Gott des Handels, sein Szepter überreicht. Auch die Fesseln des Gottes war parsam gestimmert, sie zeigte nämlich nur einen Fendenschurz aus — Panfanten. — Die zuständigen Stadtväter fanden aber das Spiel der Künstlerkammer zu frei, und so muß Willette jetzt Frau Lutetia ein ausländisches Regizis ansetzen und auch Richard Gorderode vervollständigen. Dem Panfanten werden alle Klagen wohl im bürgerlichen Leben, aber nicht in der bürgerlichen Kunst.

dem Felde des Schmerzes gibt es keine Parteien, antwortete mir ein Offizier, dem ich sagte, daß ich Sozialdemokrat sei. Und die Klassengrenzen, die ihren äußeren Ausdruck ja hauptsächlich in der Kleidung haben, waren doch schon durch den Umstand verwischt, daß das Erdbeben in der Nacht hereinbrach und die wenigen Gerechteten in dem Gemüde flohen. Jeder trägt die Kleider, die ihm der Zufall bescherte. So sieht man Arabier mit Zivilistenhüten, Zivilisten mit Offiziersjassen, Damen, die Kleider ihrer Dienstmädchen tragen. Der einzig Ueberlebende der Banca d'Italia wurde mir etwa in der Toilette eines Handwerksburschen vorgestellt. Sehr wenig vertrauenswürdig schien mir ein Mann, der sich dann aber als ein englischer Sprachlehrer und Sohn des englischen Pfarrers entpuppte: er hat mich um ein Stück Brot. Die Wolldecken, deren ich durch die Opferwilligkeit des Genossen Rossi aus Turin einige 20 mitbrachte, wurden an Vertreter aller Klassen verteilt, den hohen Adel mit eingeschlossen! Im ganzen hat man übrigens den Eindruck, daß von den Familien der besitzenden Klassen verhältnismäßig weniger Menschen verschont blieben als von denen der Armen. Der wichtige Bau der eleganten Wohnhäuser hat diese nicht vor dem Zusammensturz bewahrt; aber ihr Sturz war vernichtender. Die riesigen Böden der mehrstöckigen Mauern, Böden, die zwanzig Tonnen und mehr wiegen, zeugen von der Vernichtungskraft dieser Bauten. Vom Adel und von der Bourgeoisie Messinas sind wenige übrig geblieben.

Von der Hilfsaktion sei heute nur gesagt, daß die russischen Matrosen des „Kafaroff“, der „Slava“ und eines dritten Kriegsschiffes Unglücklichen, geradezu Unerhörtes an Aufopferung geleistet haben. Sie waren die ersten Hilfskräfte, die in der unglücklichen Stadt an Land kamen. Der größte Teil der Rettungen ist ihnen zu danken. Auch englische Matrosen sollen viel geleistet haben. Das deutsche Schulschiff „Hertha“ hat sich besonders durch Lieferung von Lebensmitteln, Wasser, Arzneistoffen und durch einen schnellen und trefflich organisierten Transport der Verwundeten an ihren Booten Verdienste erworben. Auch den Deutschen sind nicht wenige Rettungen zu danken, aber einem Schulschiff fehlt es natürlich an Mannschaft, um die große körperliche Kraftleistung aufzubringen, die die meisten Bergungen erheischen. Von den Italienern haben alle guten Willen gezeigt, aber sie waren vielfach so schlecht verproviantiert, daß sie weder die Kraft noch die Beherrschung ihrer Glieder hatten, die die Arbeiten erforderten. Ich habe viele Wunden gesehen wie Schlaftrunkene. Ein Matrose ist heute umgekommen, der zwei Tage nichts gegessen hatte, ein Artillerieoffizier, Vater von 6 Kindern, ist im Dienst an Herzschwäche gestorben, infolge der übermäßigen Arbeit. Ein Erbarbeiter kam durch Sturz zu Tode. Die Zahl der Opfer des Rettungswerkes wird sich erst in der Folge und dann auch nur annähernd übersehen lassen. Ich habe seit 4 Tagen keine Zeitung gesehen, und ein Informationsdienst für die Presse wird erst morgen in Funktion treten.

Vom ersten Tage an, wo man Transportmittel hatte, begann man, die Ueberlebenden aus Messina fortzuschaffen. Heute fahren vier große Dampfer nach Augusta, um von dort aus die Heimatlosen dahin zu bringen, wo sie wünschen. In Messina selbst ist es unmöglich, die Verteilung in die verschiedenen Orte auch nur zu versuchen. Viele der Unglücklichen wissen gar nicht, wohin sie sich wenden sollen. Der Transport findet für alle — ausnahmslos — auf Kosten der Regierung statt.

Ueberhaupt ist Messina eine Stadt, in der Geld nicht mehr als Zirkulationsmittel wirkt. Ich habe in vier Tagen an Land nur zehn Centesimi für Lebensmittel ausgeben können: für zehn Mandarinen. Auch bittet niemand um Almosen — kann man doch für Geld nichts kaufen! Brot gibt es jetzt bei den Verteilungen für alle, Fleischkonserven für die meisten. Wasser ist das Kostbarste. Der Mangel an Decken ist jetzt nicht mehr so entsetzlich wie in der ersten Woche.

Was wird nun mit der toten Stadt geschehen, mit dem vertrockneten Riesenkörper, der nach Leichen riecht? So weit es möglich ist, gräbt man die Leichen jetzt an Ort und Stelle ein: wo man sie findet. Vier kolossale Massengräber hat man auf dem einzigen großen Platz außerhalb der Stadt, dem Collegio Militare, ausgehoben. Ins Meer darf man die Toten nicht werfen, weil das zu einer allgemeinen Infektion führen könnte.

Doch was man auch an Bergungsarbeiten ausführen mag, immer bleiben Laufende und Ubertauende von Stadabern, bleibt eine Stadt, in der jeder Schritt todtbringend sein kann, weil die Mauern stürzen, die Säulenbalken herabfallen: es bleibt eine Stadt, die durch die begrabenen Schätze die Habgier anzieht — was soll mit ihr geschehen? Man hat ja die Absicht ausgesprochen, Messina zu bombardieren, aber daran wäre erst zu denken, wenn die Hoffnung — oder richtiger die Befürchtung — erloschen ist, daß noch Lebende unter den Trümmern sind. Nun hat man bekanntlich nach dem Erdbeben von Ischia noch nach 25 Tagen lebende Menschen gefunden. . . .

Also: wenn die Agonie Messinas überstanden ist, wenn nach menschlichem Ermessen die ewige Nacht auch die Lebten einhüllt, die da Tage und Wochen Höllequalen litten, dann will man Messina in die Luft sprengen. Es sind für diesen Zweck schon 60 Tonnen Dynamit im Hafen! Man will sie über die Stadt verteilen und dann das Bombardement beginnen. Das wird das Begräbnis Messinas sein, das Begräbnis der Stadt, die die achte unter den Städten Italiens war. Die Sprengstoffe des eigenen Vaterlandes werden das Werk des Erdbebens vollenden.

Messina, 9. Januar. Der Aquädukt ist wiederhergestellt. Eine Analyse des Wassers ergab dessen vollkommene Reinheit.

Neapel, 9. Januar. Gestern abend traf der Korrespondent des „Matino“ den Herrn Diametino, Inspektor des Norddeutschen Lloyd, welcher berichtet, daß nach seinen Beobachtungen der Zustand des Bodens der Meerenge nicht verändert ist.

Bremen, 9. Januar. Nachdem von den Kapitänen und Inspektoren des Norddeutschen Lloyd sowie von den Hafen- und Marinebehörden in Neapel übereinstimmend berichtet worden ist, daß das Vorfahren der Straße von Messina für Schiffe bei Tage keine Gefahr in sich schließt, hat der Norddeutsche Lloyd seine gleich nach der Erdbebenkatastrophe erlassene Verfügung, wonach die Schiffe seiner verschiedenen Mittelmeerlinien die Straße von Messina meiden und ihren Weg westlich von Sizilien nehmen sollten, wieder aufgehoben. Die Lloyd-Dampfer werden also in Zukunft bei Tage wieder die Straße von Messina passieren.

Angriffe gegen die italienische Regierung.

In Catania hielten die Messinesen eine große Protestversammlung gegen die Regierung ab. Sie beschwerten, daß die erste Hilfe von deutschen, russischen und englischen Schiffen gekommen sei. Sie protestierten gegen

den mangelhaften Eisenbahndienst und erklärten, die Regierung sei zu geizig gewesen. In Anbetracht, daß die Gerechteten vier Tage ohne Speise und Trank gewesen seien, hätte die Regierung die Vorse weiter öffnen müssen. Catania könne auf die Dauer die Masse von Flüchtlingen nicht ernähren. Ferner wird der Wunsch geäußert, die Wohltätigkeitgeber möchten nicht aus Gründen der Protection und des Republikanismus verschleudert werden.

Neapel, 9. Januar. Der Abgeordnete Saranda reklamierte beim Kriegsminister über den General Rizza in Messina. Er tadelt hauptsächlich, daß Rizza in Taormina einen Kordon gezogen habe. Dadurch sei nicht nur den Ueberlebenden von Messina, die ihr Eigentum retten wollten, sondern auch den Journalisten der Weg versperrt.

Rom, 9. Januar. General Rizza telegraphierte aus Messina an den Ministerpräsidenten Giolitti: Am 7. d. M. wurden 6 Verschüttete aus den Trümmern lebend hervorgezogen. Die durch die Truppen wiedergefundenen Beute, die von den Zivilbehörden eingetragene und nach Catania gebracht sind, beziffern sich auf 5 Millionen Lire. Privatpersonen erhalten jetzt die Erlaubnis, unter Ueberwachung durch Truppen Nachgrabungen vorzunehmen. (!) In der Stadt und Umgegend herrscht Ruhe, nur einige Verhaftungen wegen Diebstahls erfolgten.

Reggio.

Reggio (Calabrien), 9. Januar. Die Ingenieure prüfen den baulichen Zustand der öffentlichen Gebäude. Fast alle Umkleen und Verkopiere wurden bei diesen Gebäuden wie bei den Banken wiedergefunden.

Die Deputiertenkammer.

Rom, 9. Januar. Im Sitzungssaal waren etwa vierhundert Deputierte anwesend; die Tribünen waren voll besetzt. Die Kammer setzte die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Maßnahmen zur Linderung des durch das Erdbeben verursachten Elends fort. Saranda gedachte als einer der überlebenden Deputierten Messinas der unglücklichen Opfer des Erdbebens und sprach den herzlichsten Dank der gereiteten Bewohner der Unglückstätten an alle aus, die ihnen Hilfe zukommen werden ließen. . . .

Der am Freitag in der Kammer verteilte Gesetzentwurf betreffend Maßnahmen zur Linderung des durch das Erdbeben verursachten Unpulses ermächtigt die Regierung, 20 Millionen von den Ueberresten des Etats des Rechnungsjahres 1907/1908 vorweg zu entnehmen, um mit den dringlichsten Arbeiten zur Ausbesserung und Wiederherstellung der öffentlichen Gebäude beginnen zu können. Der Entwurf sieht ferner für 1900 und 1910 unter andern einen Zuschlag von fünf Prozent für die Steuern auf ländliche Grundstücke, auf Gebäude verschiedener Kategorien und auf die Einkommensteuer vor und ermächtigt die Regierung zu Ausnahmedeterminungen für die gesetzliche Todeserklärung, die Wiederherstellung der Zivilstandsregister, die provisorische Wiederaufnahme der gerichtlichen und Verwaltungstätigkeit in den Provinzen Messina und Reggio und die einseitige Unterlassung von Neutruenausshebungen in den Erdbebengebieten. Weiter verlangt der Entwurf eine Kommission zur Festsetzung von technischen und hygienischen Normen für die Bautätigkeit im Erdbebengebiet. Schließlich sollen die durch das Erdbeben getöteten oder dienstuntauglich gewordenen Staatsbeamten als im Dienste verunglückt angesehen werden. —

Paris, 9. Januar. „Echo de Paris“ meldet aus Genf: Drei Wochen vor dem Erdbeben in Süditalien gab der Genfer See Anzeichen vulkanischer Erregung. Wiederholt wurden erhebliche Senkungen und Hebungen des Wassers bis zu 30 Zentimeter festgestellt. Ähnliche Störungen waren auch gelegentlich des Erdbebens von San Francisco beobachtet worden.

Konflikt oder Selbstherrlichkeit der Fabrikleitung.

Das war die Frage, welche im Vordergrund eines Streikprozesses stand, der gestern vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I abermals verhandelt wurde.

Der Eisenreicher Westland ist feinerzeit in erster und zweiter Instanz zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hatte bei einem Streik, der sich im Oktober 1906 in einer Abteilung der Siemenswerke abspielte, zu zwei Arbeitswilligen Neuzuerungen getan, die das Gericht als ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung ansah. Die Ursache des Streiks war folgende: Zur angegebenen Zeit hatte die Betriebsleitung der Siemens-Schubert-Werke eine neue Arbeitsordnung erlassen, welche die tägliche Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden festsetzte. Das bedeutete für einen Teil der Arbeiter, nämlich für die im Automobilbau beschäftigten, eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde täglich. Aber die neue Arbeitsordnung in Kraft trat machte die Betriebsleitung durch Anschlag bekannt, daß sämtliche Arbeiter im Automobilbau bis auf weiteres regelmäßig Ueberstunden zu leisten haben, und zwar wurde die erste Ueberstunde nicht mit dem üblichen Zuschlag, sondern ebenso wie die normalen Arbeitsstunden bezahlt. Die Arbeiter waren der Meinung, daß es sich in diesem Falle um eine generelle Verlängerung der Arbeitszeit handele, die sie sich nicht aufdrängen lassen wollten. Da im Betriebe noch viele Arbeitsplätze leer waren, so erbot sich eine von den Arbeitern an die Betriebsleitung gefandte Kommission zur Besetzung der leeren Arbeitsplätze mit tüchtigen Arbeitern. Hätte die Betriebsleitung diesem Anerbieten Folge gegeben, dann wäre die Leistung von Ueberstunden nicht nötig gewesen. Die Betriebsleitung ging aber nicht darauf ein, sondern verlangte, daß die Ueberstunden gemacht werden, und zwar, wie die Arbeiter gehört zu haben glauben, für die Zeit bis zu zwanzig Wochen. Ein Teil der Arbeiter verließ nach Ablauf der regelmäßigen Arbeitszeit die Werkstatt. Sie wurden entlassen und auch allen anderen, welche die angeordneten Ueberstunden nicht machen, die Entlassung angedroht. Infolge dieser Drohung legten auch die übrigen Arbeiter im Automobilbau die Arbeit nieder.

Durch diesen Streik sollte also nichts anderes erreicht werden, als daß die in der Arbeitsordnung festgesetzte Arbeitszeit innegehalten und nicht durch eigenmächtige Verfügung der Betriebsleitung überschritten werde. Von einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen war bei diesem Streik keine Rede. Es fehlte also, sollte man denken, an der Voraussetzung zu einer Verurteilung des Angeklagten nach § 153 der Gewerbeordnung. Trotzdem hat die Strafkammer dem § 153 feinerzeit angewandt. Dazu kam sie infolge dieser Konstitution: Nach der Arbeitsordnung hat die Direktion das Recht, Ueberstunden anzusetzen, wenn solche notwendig sind. Wenn die Arbeiter mitentscheiden wollen, ob eine Notwendigkeit vorliegt, so fordern sie ein Recht, welches ihnen nicht zusteht, und das ist gleichbedeutend mit einer Forderung auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Dies Urteil hat das Kammergericht als Revisioninstanz aufgehoben, weil die Berufungsinstanz nicht genügend festgestellt habe, ob der Angeklagte sich bewußt war, daß eine Verabredung zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen vorlag. Der Angeklagte habe vor der Strafkammer zu erkennen gegeben, daß er der Meinung war, die Arbeiter hätten bei Festsetzung der Ueberstunden mitzubestimmen. War der Angeklagte dieser Auffassung, dann habe er sich bezüglich der Auslegung der Arbeitsordnung in einem tatsächlichen Zeitpunkt befinden, der seine Bekauptung ausschließen würde. Verabredungen,

die nur die Erfüllung bestehender Verabredungen durch den anderen Teil zum Gegenstand haben, fallen nicht unter §§ 153 und 153 der Gewerbeordnung, sagt das Kammergericht in seinem Revisionsurteil. Die Sache ist zur erneuten Verhandlung an die Strafkammer zurückverwiesen wegen der besagten mangelhaften Feststellung.

In der erneuten gestrigen Verhandlung wurde nun zunächst festgestellt, daß die betreffende Arbeitsordnung unter Beobachtung der Vorschriften der Gewerbeordnung erlassen ist. Der Arbeitsausgang ist vor Erlass der Arbeitsordnung zwar gehört worden — wie es die Gewerbeordnung vorschreibt — aber seine Wünsche sind nicht berücksichtigt worden. Das ist allerdings nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung der Rechtmäßigkeit der Arbeitsordnung keinen Abbruch. Die Arbeitsordnung bestimmt, wie gesagt, daß die Direktion in Notfällen Ueberstunden anordnen kann. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, legte den Schwerepunkt auf den Nachweis, ob tatsächlich ein Notfall vorgelegen habe; denn wenn das nicht der Fall gewesen, hätte ja die Direktion selbst auf Grund der Arbeitsordnung kein Recht gehabt, Ueberstunden anzusetzen, und die Arbeiter, welche wegen Innehaltung der regelmäßigen Arbeitszeit straflos hätten keine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gefordert, selbst nach der eigenartigen Begründung des ersten Strafkammerurteils nicht. — Die Anträge, welche Rechtsanwalt Dr. Heinemann nach dieser Richtung hin stellte, stießen zum Teil auf Widerspruch beim Vorsitzenden und wurden auch vom Gericht abgelehnt. Es wurde nun versucht, durch Vernehmung der anwesenden Zeugen festzustellen, ob ein Notfall vorgelegen habe. Hier konnten sich natürlich die Ansichten der Betriebsbeamten und der Arbeiter entgegen. — Der Direktor der „sozialpolitischen Abteilung“ der Siemenswerke, Dr. Bellinger, sowie Direktor Jungheim stellten sich auf den Standpunkt, eine Einstellung neuer Arbeitskräfte sei aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht möglich gewesen. — Schloffer Lücke und Adolf Cohen vom Metallarbeiterverband vertraten dagegen unter Hinweis auf die tatsächlichen Verhältnisse in dem fraglichen Betriebe die Ansicht, daß die Einstellung neuer Arbeiter ohne die geringste Schwierigkeit möglich gewesen wäre. Ein Notfall, der die Ueberstunden rechtfertigte, habe nicht vorgelegen. — Auf eine Frage des Vorsitzenden, weshalb denn die Direktion Ueberstunden anordnen würde, wenn sie nicht notwendig wären, antwortete Cohen: In dieser Hinsicht bestimme im Siemenswerk seit jeher ein Sachverständiger. Die Betriebsleitung sei gar nicht in der Lage, aus eigener Kenntnis der Dinge zu beurteilen, ob Ueberstunden notwendig sind. In letzter Linie liege die Entscheidung darüber bei den Meistern der betreffenden Abteilungen. Diese hätten ein Interesse daran, daß Ueberstunden gemacht werden; denn die Meister, die ja nicht arbeiten, sondern nur in ihrer Uade sitzen, bekämen die Ueberstunden mit 1 bis 1,50 Mark bezahlt. Auch glauben die Meister, dadurch ihre Tüchtigkeit zu beweisen, daß sie Ueberstunden für notwendig erklären. Auf den Antrag der Meister versage dann die Betriebsleitung, daß Ueberstunden gemacht werden. — Wenn wirkliche Notfälle vorliegen, würden die Arbeiter auch Ueberstunden leisten. Anderenfalls aber hielten sie fest an der regelmäßigen Arbeitszeit.

Schließlich verfiel die Verhandlung doch der Vertagung. Das Gericht konnte nicht umhin, den weiteren Anträgen des Verteidigers stattzugeben und die Ladung etwaiger Zeugen zu beschließen, welche Auskunft darüber geben sollen, ob ein Notfall vorlag, der die Leistung von Ueberstunden rechtfertigte.

Aus der Partei.

Genosse August Kaden erkrankt.

Aus Dresden wird vom 9. Januar gemeldet: Genosse Reichstagsabgeordneter August Kaden wurde gestern nachmittag bei einem Spaziergange plötzlich von einem schweren Anfall befallen. Es gelang ihm noch, das nächste Restaurant zu erreichen, wo er ohnmächtig zusammenbrach. Er mußte in einem Automobil nach seiner Wohnung in Gohlis bei Dresden geschafft werden; der Arzt konstatierte Herzlähmung. — Genosse Kaden muß voraussichtlich mehrere Wochen das Bett hüten, den Reichstag wird er geraume Zeit nicht besuchen können.

Mit und wird die ganze deutsche Sozialdemokratie dem allen verdienten Kämpen, der ein Menschenalter lang in der Arbeiterbewegung tätig ist, baldige Genesung wünschen!

Ein liberal-sozialdemokratisches Ministerium in Schweden.

In der neugegründeten sozialdemokratischen Monatschrift „Tiden“ und dann auch in „Socialdemokraten“ hat Genosse Branting einen Artikel veröffentlicht, worin er darlegte, unter welchen Bedingungen ein Zusammenarbeiten zwischen den Sozialdemokraten und Liberalen jweds Durchföhrung demokratischer und sozialer Reformen möglich sein werde. Die Frage erscheint wichtig, da diese beiden Parteien in der neuen zweiten Kammer die Mehrheit bilden und die 33 Sozialdemokraten einen beträchtlichen Teil dieser Mehrheit ausmachen, außerdem aber die Reaktion, wie sie sich unter dem jetzigen konservativen Ministerium geltend macht, auch den Liberalen als ein schweres Hindernis gesunder Entwicklung des Staatswesens erscheint, eine liberale Regierung, die es einigermassen ernst mit ihren Grundsätzen nimmt, aber ohne Unterstützung unserer Parteigenossen nicht möglich ist. Das liberale Blatt „Dagens Nyheter“ hat nun, offenbar mit Zustimmung von Führern der liberalen Fraktion, als Antwort auf Brantings Artikel Vorschläge zur Gründung eines liberal-sozialdemokratischen Regierungsbündnisses gemacht, und verlangt darin unter anderem nichts Geringeres, als daß zwei Sozialdemokraten in das zu bildende liberale Ministerium eintreten. Die beiden sozialdemokratischen Minister sollen dann, wie das Blatt mit anerkennenswerter Offenheit schreibt, gleichsam als Geiseln dafür dienen, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht wieder wie 1906 der liberalen Regierung ihre Unterstützung entzieht, und im übrigen auch dafür sorgen, daß das neue Ministerium nicht wieder, wie damals das Staaffsche, auf reaktionäre Abwege gerät. Die japanische Sozialdemokratie ist selbstverständlich für einen solchen Vorschlag nicht zu haben, und Branting schreibt in „Socialdemokraten“ Donnerstagsnummer unter anderem: „Wir zögern keinen Augenblick, jeden Gedanken an eine verachtliche Kombination auf das Bestimmteste zurückzuweisen, und tun dies scharf im Namen der gesamten Partei. Wir glauben nicht, daß bei den sozialdemokratischen Arbeitern auch nur die geringste Lust vorhanden ist, irgendwelchen ihrer Parteigenossen als Geiseln auszuliefern, und wir glauben ebensowenig, daß man innerhalb der Partei irgendeinen Genossen in verantwortlicher Stellung finden wird, der dazu bereit wäre.“

Branting fährt dann weiter aus, daß für die Sozialdemokratie die Zeit ihrer politischen Macht noch nicht gekommen ist, daß man vielmehr nur auf eine Area bürgerlicher Reformen rechnen könne, deren Durchföhrung Sache einer bürgerlichen Einheitsregierung sein müsse. Selbstverständlich werde die an der Demokratisierung des Gemeinwesens und an sozialen Reformen aufs härteste interessierte vorwärtsstrebende Arbeiterklasse eine Regierung, die dergleichen ernsthaft will, in diesem Streben mit aller Kraft unterstützen. Die zu bildende Regierung solle nur wahrhaft liberale Politik führen, keine sozialistische. Wenn sie sich nur davor hütet, ihr eigenes Parteiprogramm zu verraten, habe die Sozialdemokratie gar keinen Grund, ihr die Arbeit unmöglich zu machen und damit die Agitationsarbeiten wieder zur Macht kommen zu lassen.

Gemeinbewehrung.

In Souren (Baden) errang die sozialdemokratische Partei am 7. Januar bei der Bürgerauswahl der 3. Wählerklasse einen glänzenden Sieg. Die gesamte Vertretung der 3. Wählerklasse ruht nunmehr in den Händen organisierter Parteigenossen.

Aus den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein für die Bayern hielt am Mittwoch seine Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht weist nach, daß die Mitgliederzahl gegen 1907 von 3352 auf 3411 stieg. Der Einfluß der Krise machte sich durch langwieriges Steigen der Mitgliedschaft bemerkbar. Am Jahresfest nahmen dem Vereine 50 Frauen an. Nach Neujahr stieg die Zahl auf weit über 100. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 15 002,87 M., der Kassenbestand beträgt 203,23 M. Im Berichtsjahre wurde ein Bildungsausschuß errichtet, der drei Theateraufführungen und drei Vortragszyklen veranstaltete. Er legt auch die Anfänge einer Jugendorganisation.

Zur Gründung einer Organisation der im Auslande lebenden Sozialdemokraten deutscher Zunge

fordert der Deutsche Sozialdemokratische Lesekreis zu Paris ab. Er hat ein Rundschreiben erlassen, in dem es heißt: I. Welches sind im allgemeinen die Aufgaben der im Auslande bestehenden Vereinigungen?

1. Zusammenfassung der im Auslande weilenden Genossen, Unterführung, Pflege der Bildungsbestrebungen, Geselligkeit.
2. Agitation für die Heranziehung und Aufklärung der indifferenteren ansässigen und der neuemwandernden Arbeiter deutscher Zunge.
3. Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den Genossen der Heimat.
4. Anschluß an die einheimischen Genossen des neuen Aufenthaltsortes.

II. Diese Aufgaben können erweitert und vertieft werden durch eine Organisation der im Auslande bestehenden sozialdemokratischen Vereinigungen deutscher Zunge zum Zweck:

1. der ständigen gegenseitigen Ausfunftverteilung über gewerkschaftliche und politische Fragen,
2. der Entwicklung der einzelnen Vereinigungen im Auslande zu Stützpunkten für die internationalen Beziehungen des Proletariats,
3. der planmäßigen Aufklärung der Neueingewandenen über die Verhältnisse des neuen Aufenthaltsortes: Lohnsätze, Arbeitszeit, rechtliche und soziale Einrichtungen,
4. der Beseitigung des UnterführungsweSENS,
5. der Festlegung regelmäßiger, normierter Beitragsleistungen an die Mutterpartei.
6. der Agitation zum Anschluß an die bestehenden Gewerkschaften der fremden Nationen.

III. Welches sind die ersten Schritte zur Begründung einer freien Organisation im Auslande lebender Sozialdemokraten deutscher Zunge?

1. Sammlung der Adressen der im Auslande bestehenden Vereinigungen deutscher Zunge,
 2. Sammlung ihrer Statuten,
 3. Sammlung von Berichten über die von den Vereinen entwickelte Tätigkeit und ihre Mitgliederzahl.
- Zuschriften sind zu richten an den Genossen
Josef Schreyer,
11, Boulevard d'Enghien — Enghien-les-Bains (Seine-et-Oise), France.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Prekjuder freigesprochen. Noch kurz vor Ablauf des alten Jahres hatte sich der verantwortliche Redakteur der „Norddeutschen Volkstimme“ in Bremerhaven, Genosse Wary, wegen Verleumdung der Angehörigen des preussischen Heeres zu verantworten. Die Verleumdung sollte begangen sein durch einen „Soldaten“ betitelten Artikel, in dem unter Führung einiger kaiserlicher militärischer und polizeilicher Verfehlungen Kritik an dem System des Militarismus geübt wurde. Dieser Artikel veranlaßte den preussischen Kriegsminister, Strafantrag zu stellen. Der von dem Genossen Dr. Herz-Altona verteidigte Angeklagte wurde jedoch vom Gericht freigesprochen.

Aus Industrie und Handel.

Flotte Beschäftigung.

Eine Industrie, welche heute Hochkonjunktur hat und Hunderte neuer Arbeitskräfte einstellt, ist die Patronenfabrik der Mannheimer Gewerkschaft zu Oberndorf. Die Nachfrage nach Projektile zum Menschenmaschinenkampf gewinnt in letzter Zeit so sehr an Umfang, daß gegenwärtig schon auf Jahre hinaus Arbeit für ein wesentlich vermehrtes Personal vorhanden ist.

Roggen- und Weizenpreise im In- und Auslande.

Die unheimlich hohen Getreidepreise des Jahres 1907 haben in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres einen kleinen Abschwächung erfahren. Dennoch kann von einer Rückkehr zu normalen Preisen noch keine Rede sein. Das letzterjähren Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches enthält eine vergleichende Uebersicht der Roggen- und Weizenpreise im III. Quartal 1900 bis 1908 an deutschen und fremden Vorkursplätzen, der wir die Zahlen für das erste und die beiden letzten Jahre der Periode entnehmen. Es folgten 1000 Kilogramm in Mark:

	Roggen			Weizen		
	1900	1907	1908	1900	1907	1908
Berlin	143,5	201,5	170,9	150,0	215,5	210,6
Mannheim	156,1	206,5	183,0	170,9	227,6	236,2
Wien	125,8	164,2	172,0	143,7	211,8	215,4
Budapest	113,1	152,3	160,0	125,3	180,4	198,0
Odessa	93,8	140,3	143,0	115,4	180,8	176,0
Paris	117,3	149,5	139,9	184,1	203,9	184,7
Amsterdam	113,9	161,4	151,4	133,6	176,2	183,8
London (weiß, bester)	—	—	—	141,1	—	158,5
(Bazette average)	—	—	—	134,6	—	146,0
Chicago	—	—	—	116,7	141,8	144,9
Buenos Aires	—	—	—	108,4	157,7	157,8

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich, kann Deutschland nach wie vor auf den Ruf Anspruch erheben, die höchsten Getreidepreise der Welt zu beziffern. Nur Österreich, wo gleichfalls das Agrarierturneum triumphiert, weist einen annähernd so hohen Stand der Getreidepreise auf. Ja, wir haben es sogar so weit gebracht, daß die Preise für deutschen Roggen noch um 24—37 M. höher stehen als die Preise für den besten englischen Weizen, ein Erfolg, auf den unsere Agrarier wahrhaftig stolz sein können. Interessant ist es auch, die Spannungsweite der Preise zwischen den Jahren 1900 und 1908 zu vergleichen. Während diese Differenz für Weizen 3 M. in London 12—14 M., in Paris 20 M. betrug, war sie in Berlin und Mannheim circa 55 M. Noch erheblicher ist der Unterschied bei Roggen. Es kommt hierin die in der Zwischenzeit in Deutschland stattgefundenen Preissteigerung für Getreide zum Ausdruck.

Auch eine Begründung.

Au der Frage der Eisenbahntarife für Eisen und Stahl nimmt die Hamburger Handelskammer in ihrem Jahresbericht also Stellung: „... Der Bezirks-Eisenbahnrat Altona hat sich auf Grund des ihm von der k. k. Eisenbahndirektion vorgelegten reichhaltigen Materials nahezu einstimmig für die Beibehaltung der erwähnten Ausnahmetarife ausgesprochen. Wir haben gleichfalls diesen Standpunkt nachdrücklich vertreten. Das vorliegende Material ergibt,

daß die Aufhebung der Tarife für 20 hamburgische Empfänger eine Frachterhöhung um 550 000 Mark verursachen würde, wobei zu erwähnen ist, daß für 17 weitere Empfänger, von denen Angaben über die bezogenen Quantitäten nicht gemacht waren, Berechnungen nicht aufgestellt werden konnten; die Gesamterhöhung würde also noch weit höher sein. Die beantragte Maßnahme würde daher nicht nur für die hiesige Eisen verarbeitende Industrie, sondern ganz besonders für die deutsche inländische Eisenindustrie von außerordentlichem Nachteil sein.“ — Umgekehrt wird ein Schuß daraus. Weil die befristeten Tarife dazu dienen, den ausländischen Verbraucher von Rohmaterial und Halbzug mit deutschen Erzeugnissen billiger zu bedienen als den Inlandsverbraucher und diese dadurch in dem Wettbewerb ungünstiger gestellt sind, daher ja gerade die Forderung einer Tarifreform. Bei Gelegenheit der Bestenliste wurden Fälle besprochen, nach denen deutsche Firmen im Auslande mit deutschem Material Aufträge erledigen — weil das Material im Auslande billiger war als in Deutschland.

Die Landwirtschaft der Welt in Zahlen. Aus London wird berichtet: Einen interessanten Uebersicht über den Umfang und die Bedeutung der Landwirtschaft des britischen Weltreiches gibt ein soeben erscheinender offizieller Bericht des englischen Landwirtschaftsministeriums. Der Flächeninhalt des bebauten Bodens im britischen Reich beträgt über 907 Millionen Acres, während der angebaut Boden der übrigen Welt 1020 Millionen zählt. Das britische Reich besitzt über 77 Millionen Stück Vieh, die übrigen Länder zusammen 202 Millionen und in der Schafzucht ist das Verhältnis gar rund 17½ Millionen englischer Lämmer zu 240 Millionen der übrigen Welt. Weizen ist auf 88 Millionen Acres angepflanzt; Europa daneben kann 124 Millionen und Amerika 100 Millionen Acres verwenden. In Bezug auf die Fruchtbarkeit beim Weizenanbau steht England hinter Holland an zweiter Stelle; in Holland gibt der Acres 38,40 Kubikfuß, in England 33,98, an dritter Stelle steht Deutschland mit 29,62, an vierter Neu-Seeland mit 27,19 und endlich an fünfter Frankreich mit 22,49. Auch über den Stand der Viehzucht der Welt gibt der Bericht einen interessanten Uebersicht. In der Hühnerzucht steht Amerika mit 234 Millionen Hühnern an der Spitze; es folgen Deutschland mit 65 396 000, Frankreich mit 54 103 000, England mit 17 688 000, Kanada mit 16 500 000 usw. In der Gänsezucht steht Deutschland mit 6 229 000 an erster Stelle, Amerika folgt mit 5½ Millionen, Frankreich mit 2 290 000 und England mit 1 838 000. Die meisten Trüffelbauer züchtet Amerika mit einem Stande von 6½ Millionen Tieren; es folgen Frankreich mit 1 006 000, England mit 1 051 000, Kanada mit 585 000; hier steht das Deutsche Reich mit 201 000 erst an fünfter Stelle.

Eine russische Anleihe.

Ueber die Platzierung einer neuen russischen Anleihe in Frankreich meldet die „Frankfurter Zeitung“ aus Paris: „Nach langen Unterhandlungen hat nunmehr die russische Regierung mit einem französischen Konsortium eine 4½ proz. Anleihe von 1350 Mill. Francs abgeschlossen, wovon 1200 Millionen in Paris und 150 Millionen in London durch das Haus Baring Brothers am 22. Januar zum Kurse von 80½ Proz. zur Ausgabe gelangen. An der Anleihe ist auch Holland beteiligt. Die definitive Unterzeichnung des Vertrages und die Uebernahme der Anleihe dürften erst in den nächsten Tagen in Petersburg erfolgen.“ Die letzte Auslandsanleihe, die Rußland aufgenommen hat, war die von 1906. Es wurden 250 Millionen Francs fünfprozentiger Anleihe zu einem Kurse von 88 Proz. angelegt. Von dieser Anleihe übernahmen französische Banken 1200 Mill. Fr. Wenn Rußland diesmal auch nicht so harte Bedingungen eingehen muß wie damals, so kann das Konsortium mit dem Geschäft doch zufrieden sein. Ein erheblicher Teil der neuen Anleihe bleibt übrigens in Frankreich; er dient zur Verdrückung von 800 Millionen Francs im Mai fälliger Prozentiger Staatsanleihen, die Rußland im Jahre 1904 aufgenommen hat. Am 1. Januar 1909 betrug Rußlands Anleihestand bereits rund 5½ Milliarden Rubel. Der Zinsendienst beansprucht nach dem Etat für 1908 bereits 306 Millionen Rubel oder circa ein Sechstel ihrer Gesamtangaben. Der Zinsdienst mit seiner Kapital- und Beschäftigungswirtschaft legt dem Volke ungeheure Lasten auf.

Soziales.

Eine abgewiesene Boykottentschädigungsklage.

Vor kurzem gelangte vor der Zivilkammer des Landgerichts Altona eine die Gewerkschaft interessierende Entschädigungsklage in Höhe von 3000 M. gegen das J. & H. oer G e m e r k s t a f f e n a r t i k e l l zur Verhandlung, die mit der kostenpflichtigen Abweisung der Klage endete. Den jetzt vorliegenden Verdrückungsgründen entnehmen wir folgendes: Im Frühjahr 1907 entstanden auf der Aktienbrauerei in J. & H. oer G e m e r k s t a f f e n a r t i k e l l Differenzen, die zur Arbeitseinstellung führten. Auf Antrag der Brauereiarbeiter wurde vom Gewerkschaftsartikel der Boykott über die Brauerei verhängt. Den zielbewußten Arbeitern wurde zur Pflicht gemacht, solange kein boykottiertes Bier zu trinken, bis der letzte stehende Arbeiter wieder eingestellt sei, d. h. es sollten alle Wirtschaften gemieden werden, in denen Aktien ausgeführt würde. Im Arbeiterparteiorgan wurde der Beschluß bekanntgegeben und eine Liste der Wirte veröffentlicht, die boykottiertes Bier führten. Unter den boykottierten Lokalitäten befand sich auch der Restaurateur Vornholdt. Im April 1908 fragte das Gewerkschaftsartikel bei Vornholdt an, ob er dem Artikel seinen Saal zu Versammlungszwecken zur Verfügung stelle, was V. ablehnte; ebenso wurde bei anderen Lokalitäten angefragt. Ueber die Lokalverweigerung wurde der Boykott verhängt und der Beschluß hierüber in der „Schleswig-Volkeinsichten Volkszeitung“ publiziert. In wiederholten Ratigen wurde an diesen Beschluß erinnert. Ferner wurden Sonntags vor den boykottierten Lokalen Posten aufgestellt.

Dies der Tatbestand, der den Wirt Vornholdt zur Erhebung des genannten Schadensanspruchs bewog. Er beantragte ferner, die Beklagten sollten bei einer Strafe von 1000 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung es unterlassen, die bisherige Maßregel zur Durchführung des Boykotts weiter in Anwendung zu bringen. Begründend ließ V. ausführen, der Boykott verstoße gegen die guten Sitten und gegen die öffentlichen Ordnung, während der Betreiber der Beklagten, Dr. Herz-Altona, die Klagenabweisung unter Belastung des Klägers mit den Kosten beantragte.

Das Gericht führt in seinen Gründen u. a. aus: „... Das den Klagenanspruch selbst angeht, so ist in erster Linie davon auszugehen, daß der Boykott im gewerblichen Kampfe und im Klassenkampfe nicht schon an sich eine unzulässige und gegen die guten Sitten verstoßende Maßregel darstellt, und zwar auch dann nicht, wenn durch ihn auf dritte Personen, die mit der einen Seite der kämpfenden in wirtschaftlichen Zusammenhänge stehen, ein Druck ausgeübt wird, um den betreffenden Gegner durch die Einwirkung der dritten auf ihn zum Nachgeben zu bestimmen. Der Boykott zählt ebenso wie der Streik und die Aussperrung zu den erlaubten Kampfmitteln zur Durchführung der in § 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Streikthaten.“ Es wird dann weiter ausgeführt, daß die von den Be-

klagten angewendeten Mittel zur Durchführung des Boykotts nicht gegen die bestehenden Sittenanschauungen verstoßen, denn die Veröffentlichungen enthielten eine wahrheitsgemäße Klarlegung des Sachverhalts. „... Aber auch das Aufstellen solcher Streikposten an sich ist nicht unzulässig, noch verstößt es gegen ein Schuttsgebot. Es kommt vielmehr in erster Linie darauf an, welche Tätigkeit diese Posten instruktionsgemäß ausüben sollten, sodann aber auch darauf, wenn die Streikposten die offizielle Anweisung übertritten, ob sie das mit Wissen und Willen oder doch im stillschweigenden Einverständnis mit der Streikleitung taten. Ist solches der Fall, so wird aus dem an sich zulässigen Kampfmittel ein unzulässiges.“ Das sei aber nicht der Fall, mithin seien die angewandten Mittel keine solchen, die eine Schadenerschaftpflicht begründen. Ein geschäftlicher Ruin des Klägers komme ebenfalls nicht in Frage. „Ebensowenig erscheinen die erstrebten Ziele bei beiden Boykotts als unbedeutend, denn der erste leidet seine Verdrückung aus dem Gesichtspunkte des § 152 der Gewerbeordnung, der zweite aus der Notwendigkeit, für die politischen Bestrebungen der Arbeiterschaft die genügenden Lokalitäten zur Verfügung zu haben.“

Zur Besteuerung des Einkommens von Aktiengesellschaften.

Die Deutsche Bank (Aktiengesellschaft) klagte nach Heranziehung zur Gemeinde-Einkommensteuer für 1907 gegen den Berliner Magistrat, indem sie beantragte, sie soweit freizustellen, als ihr im außerdeutschen Auslande gewonnenes gewerbliches Einkommen bei der Heranziehung mit Berücksichtigung worden war. Sie wurde jedoch mit der Klage abgewiesen und das Ober-Berwaltungsgericht bestätigte, am Dienstag das Urteil. Es steht auf dem Standpunkt, daß § 33 Nr. 3 des Kommunalabgabengesetzes eine Ausdehnung des ausländischen Einkommens bei den Gewerkschaften nicht zulasse. Die Novelle vom 30. Juli 1896 habe daran nichts geändert. Sie beschränke in der Hauptsache durch den Artikel 2 nur die Bestimmung, wonach den preussischen Wohnortsgemeinden auch die Besteuerung des im Auslande realisierten Einkommens physischer Personen freistand.

Die Arbeitslosigkeit in Nürnberg.

Ueber das Resultat der Arbeitslosenzählung, die der Stadtmagistrat Nürnberg am 10. Dezember von Haus zu Haus vorgenommen ließ, wird endlich einiges mitgeteilt. Es wurden als arbeitslos gezählt 2205 männliche, 220 weibliche, zusammen 2515 Arbeitslose, die auf eine Reihe von Berufsgruppen entfallen. Das Baugewerbe stellt 604, die Maschinenindustrie 512, die Metallverarbeitung 379, die Holzindustrie 201, das Handels- und Transportgewerbe 158 Arbeitslose usw. Von den Arbeitslosen sind 525 verheiratet, 55 verwitwet, 11 geschieden, die übrigen unverheiratet. 1282 sind in Nürnberg beheimatet; mehr als die Hälfte der Arbeitslosen, 1321 sind seit mehr als sieben Jahren in Nürnberg anständig, die Zahl derer, die erst bis zu einem Jahre in Nürnberg wohnen, ist gering, sie beträgt 600. Zu berücksichtigen ist, daß bei den Notstandsarbeiten, die Gemeinde und Staat veranstalteten, über 1000 Arbeitslose beschäftigt wurden haben und diese hier nicht mitgezählt sind. Konstatiert wurde, daß nur ein ganz geringer Bruchteil der Arbeitslosen die Armenpflege in Anspruch genommen hat. Derartige Zählungen sollen in Zukunft regelmäßig, die nächste im kommenden Sommer veranstaltet werden.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen und Wahlrecht.

Inseren wiederholten Aufforderungen an die Arbeiterinnen, bei Wahlen ihr Wahlrecht auszunutzen und für die Durchbringung der Forderungen der freien Gewerkschaften einzutreten, ist in vielen Städten mit großem Eifer entsprochen worden und es wurden auch hübsche Erfolge erzielt.

Als nun kürzlich die Vertreterwahl zur Handwerkerkassenklasse in Krefeld stattfand, veranlaßte die Christen mit Unterstützung der Prinzessale und deren Frauen bei Brautwattmännern und weiblichen Angestellten durch Wahrung religiöser Gefühle arbeitserfeindliche Gesinnung zu machen. Bei einer Agitation von Haus zu Haus wurde den frommbedrückten Arbeiterinnen erzählt: Wenn die „Koten“ liegen, werden die frommen Brüder und Schwestern sofort aus den Krankenhäusern verbannt usw. — Der Erfolg blieb auch nicht aus. Von fanatischem Haß getrieben, beteiligten sich die Arbeiterinnen zu Hunderten an der Wahl, so daß die Liste der Christen mit 1100 gegen 300 Stimmen siegte.

Die Kasse ist immer in Händen der Christlichen geblieben. Ihre Erfolge verdanken diese lediglich der Unausgeklärtheit der Frauen. In so großer Zahl wie diesmal sind diese bisher noch nie zur Wahlurne getrieben worden.

Dieses Vorkommnis beweist erneut die Notwendigkeit, in der Agitation und Aufklärungsarbeit unter den Arbeiterinnen nicht zu ruhen. Alle Arbeiterinnen müssen den gewaltigen Massenkampf des Proletariats nicht nur verstehen lernen, sondern ihn mitkämpfen. Kämpfen und streiten auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens.

Korrespondenz des Frauenrechtskomitees in Oesterreich. Die stets zunehmende Zahl der organisierten Frauen in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Partei hat das Frauenrechtskomitee veranlaßt, eine eigene Korrespondenz zu gründen, die allen Parteiblättern Material zur Aufklärung der Frauen zur Verfügung stellen wird. Die Korrespondenz wird monatlich erscheinen und wird von Genossin Freundlich redigiert werden. Günstlich wird das neue Unternehmen bei der Aufklärung der Frauen und Mädchen helfen, deren Teilnahme am öffentlichen Leben immer mehr als notwendig erkannt wird.

Lesende.

Teget. Donnerstag, den 14. Januar, 8½ Uhr, bei Hälbes, Brunowstraße 23.

Freie Jugendorganisation Charlottenburg. Gute nachmittags 3 Uhr im Volkshaus, Rönneke 3: Versammlung aller Charlottenburger Mitglieder. Vortrag: Allgemeine Familien-Verhältnisse. Gute Nacht und Schlafmetag von 8-9 Uhr im Restaurant Kärkerstr. 123.

Wasserstands-Nachrichten

der Landeshauptstadt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 8. I.		am 7. I.		Wasserstand	am 8. I.		am 7. I.	
	am	teil	am	teil		am	teil	am	teil
Remel, Mühl	221,5	+17	221,5	+17	Saale, Großh.	76	—	76	—
Regel, Jüterbog	439	+15	439	+15	Havel, Spandau	57	+2	57	+2
Wesjel, Thora	118,9	+9	118,9	+9	Havel, Potsdam	67	+3	67	+3
Oder, Ralbitz	133	-7	133	-7	Spree, Spandau	74	+2	74	+2
„ „ „ „	108,9	+4	108,9	+4	„ „ „ „	73	-1	73	-1
„ „ „ „	106,9	+2	106,9	+2	„ „ „ „	—	0	—	0
„ „ „ „	112	+12	112	+12	„ „ „ „	80,9	+0	80,9	+0
„ „ „ „	44,9	-10	44,9	-10	„ „ „ „	291	0	291	0
„ „ „ „	117,9	-5	117,9	-5	„ „ „ „	78	+1	78	+1
„ „ „ „	—	—	—	—	„ „ „ „	55,9	0	55,9	0
„ „ „ „	—	—	—	—	„ „ „ „	85	-2	85	-2
„ „ „ „	—	—	—	—	„ „ „ „	100	+4	100	+4
„ „ „ „	8	-5	8	-5	„ „ „ „	38	-6	38	-6

+) + bedeutet Hoch, = Null, -) Unterpegel, = 2 Ueberflut.

A. WERTHEIM

PORZELLAN

GLAS

weiss

Speiseteller tief 15, hoch 13 Pf.
Dessertteller 8 Pf.
Kompotteller 5 Pf.
Terrinen 1.15, 1.35
Kartoffelschüsseln 68 Pf.
Saucieren 45 Pf.
Salatieren 10 bis 45 Pf.
Bratenschüsseln 15 bis 75 Pf.
Salzgefäße 5 Pf.
Kaffeekannen 45 Pf.
Milchtöpfe 8 und 12 Pf.
Zuckerdosen 15 Pf.
Tassen 9 Pf.
Kaffeetassen mit Golddekor 20 Pf.
Kaffeetassen blau dekoriert 42 Pf.
Kuchenteller blau dekoriert 55 Pf.
Kaffeesevice für 6 Personen 2.25, 3.15

Tafelgeschirr „Violetta“

zartes blaues Blumenmuster

Speiseteller tief und hoch 55 Pf.
Dessertteller 35 Pf.
Kompotteller 25 Pf.
Terrinen 4.75, 6.10
Kartoffelschüsseln 3.40
Saucieren 2.50
Salatieren 1.05, 1.50
Bratenschüsseln oval 1.50, 1.70, 3 Mk., 4.75, 5.25
Salzgefäße 57 Pf.
Senfgefäße 1.05
Eierbecher 25 Pf.

Kaffeesevice für 6 Personen, mit dünnen Tassen 5.90

Tafelservice
hieraus zusammengestellt

30 teilig, für 6 Pers. 26 Mk.
60 teilig, für 12 Pers. 49 Mk.
78 teilig, für 12 Pers. 66 Mk.

Neue Serie Frühstück- und Küchengeschirr

glatte Form mit modernem Randdekor

Kaffeekannen 70 Pf. bis 1.25
Teekannen 75 Pf. bis 1.15
Schokoladenkannen 90 Pf.
Zuckerdosen 30, 35, 40 Pf.
Zuckerschalen 8, 12 Pf.
Milchtöpfe 10 bis 50 Pf.
Tassen 22, 27, 32 Pf.
Tassen für Restaurants 33, 35 Pf.
Kaffeeteller 13 bis 22 Pf.
Frühstück- u. Kuchenteller 18, 23, 30 Pf.
Kuchenteller gross 48, 68 Pf.
Kannenuntersätze 23, 27 Pf.
Aufschnittschüsseln 55 Pf.
Menagen Salz, Pfeffer, Senf 40 Pf.
Butterglocken 48, 68 Pf.
Eierbecher 9 Pf.
Salatschüsseln 48, 63 Pf.

Vorratsstößen 65 Pf.
Gewürstößen 22 Pf.
Essig- u. Ölflaschen 68 Pf.
Salz- u. Mehlstößen 1.35

Fischservice
15 teilig 12 Mk., 14.50

Bierbecher $\frac{1}{10}$ und $\frac{1}{8}$ Liter 5 Pf.
Bierbecher $\frac{1}{10}$ und $\frac{1}{8}$ Liter m. stark. Boden 13 Pf.
Teebecher mit Bordüre 10 Pf.
Wasserbecher gepresst 5, 6 Pf.
Wasserbecher geschliffen 20 Pf.
Groggläser geschliffen 23 Pf.
Römer 18 bis 25 Pf.
Weingläser glatt 20 Pf.
Weingläser geschliffen 24 Pf.
Bowlkannen 85 Pf. bis 2 Mk. reich geschliffen
Salatieren geschliffen 25 bis 85 Pf.
Teller geschliffen 20, 22 Pf.
Sturzflaschen glatt 22 Pf.
Sturzflaschen geschliffen 38, 48 Pf.
Käseglocken reich geschliffen 1.20

Press-Kristall

Steinschliff-imitation mit abgeschliffenen Böden.

Kompotteller 10 Pf.
Kuchenteller 50, 65, 80 Pf.
Kompottschalen 11 bis 65 Pf. rund
Kompottschalen 30 bis 70 Pf. eckig
Kompottschalen 14 bis 80 Pf.
Fruchtschalen 95 Pf.
Tortenplatten 95 Pf.
Zuckerschalen 22 Pf.
Butterdosen 35 Pf.
Honigdosen 22 Pf.
Käseglocken 60 Pf.

Trinkgarnitur „Kristall“

mit graviertem Kelch

Rotweingläser 40 Pf.
Rheinweingläser 40 Pf.
Madeiragläser 32 Pf.
Likörgläser 30 Pf.
Likörbecher 20 Pf.
Bowlengläser 50 Pf.
Wasserbecher 30 Pf.

Trinkgarnitur „Gaston glatt“

Rotweingläser 23 Pf.
Rotweingläser extra groß 25 Pf.
Rheinweingläser 23 Pf.
Portweingläser 20 Pf.
Likörgläser 16 Pf.
Bowlengläser 27 Pf.
Champagner-Kelche 27 Pf.

Grosse Auswahl in feinen deutschen und französischen Tafelservices zu ermässigten Preisen.

Ein Restposten feiner Kaffee-Service für 6 und 12 Personen zu herabgesetzten Preisen.

Restbestände von Kaffee-, Tee- u. Mokka-Tassen 25, 50, 75 Pf., 1 Mk. früher 35 Pf. bis 2 Mk.

STEINGUT

Butterdosen dekoriert 25 Pf.
Tafelservice für 6 Pers., moderne glatte Form und Randdekor 8.25
Waschgarnituren mod. glatte Formen, mit Dekoration, 5 teilig 7.40, 9.80
rot und blau Fond, 5 teilig 2.75, Golddekor, 5 teilig 3.75, Kobaltband und Golddekor, 5 teilig 4.75

Ein Posten feiner Fayence-Dekorations-Gegenstände, Vasen, Jardinieren, Tiere usw. Grosse Posten feiner durchbrochener und geflochtener Körbchen, Schalen, Töpfe, Teller zu besonders billigen Preisen.

EMAILLE-GESCHIRRE

Schmortöpfe ohne Ring 8 Größen 45 Pf. bis 1.80
Schmortöpfe mit Ring 6 Größen 65 Pf. bis 2.25
Gasschmortöpfe m. Deck. 6 Gr. 75 Pf. bis 2.10
Gaskasserollen m. Deckel 4 Größen 65 Pf. bis 1 Mk.
Kasserollen ohne Ring 8 Größen 15 bis 80 Pf.
Kasserollen mit Ring 6 Größen 65 Pf. bis 1.20
Ringtöpfe 6 Größen 80 Pf. bis 2.75
Pfannen rund, 6 Größen 25 bis 70 Pf.
Bratpfannen lang 8 Größen 1.10 bis 2.60
Wasserkessel mit Absatz 5 Größen 70 Pf. bis 1.60
Wasserkessel für Gas 6 Größen 60 Pf. bis 1.40
Kaffeekannen gerade 6 Größen 60 Pf. bis 1.40
Milchtöpfe gerade 6 Größen 35 Pf. bis 1.30
Schüsseln tief, 3 Größen 45 bis 65 Pf.
Schüsseln hoch, 8 Größen 12 bis 75 Pf.
Schüsseln rund, mit Napf, ca. 24 cm Durchmesser 85 Pf.
Schüsseln oval, m. Seifnapf 2 Größen 95 Pf. bis 1.20
Essnäpfe 3 Größen 20 bis 28 Pf.
Bratenschüsseln 2 Gr. 32 und 65 Pf.
Essenträger 3 teilig 2 Größen 1.50 und 2.10
Toiletten-Eimer 6 Sort. 2 Mk. bis 3.50
Toiletten-Eimer 3 Mk., 4.50, 5 Mk. dekoriert, 3 Ausführungen
Waschgarnituren dekor. 2.60 und 9.50
Wannen runde 4 Größen 1.25 bis 2.50
Wannen ovale 6 Größen 1.20 bis 5.75
Eimer ca. 30 cm Durchmesser, marmoriert 1.30
Eimer ca. 28 cm Durchmesser, marm. 90 Pf., grau 65 Pf.

WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

Nickelwaren etc.	Tabletts oval, Steingut, mit vernickeltem Rand 2.25	Waschtische mit Marmorplatte 32 Mk.	Wäscheklammern Schöck 15 und 20 Pf.
Kaffeesevice mit Tabletts, 4 teilig 7.50 bis 11.50	Menagen für Essig und Oel etc. 2 Mk.	Schirmständer Eisen, lackiert 3 Mk., 3.50	Plättbretter mit Bezug 3.75 bis 4.50
Teemaschinen Kupfer u. Messing 7.50, 8.50	Weinkühler Kupfer 3.50, 4.50	Ofenvorsetzer Eisen, bronzt., 2 Mk., 3 Mk., 3.50	Tabletts eichen, mit Rand, 5 Größen 1.40 bis 2.85
Schokoladenkannen Steing., m. vernick. Deckel 2.25	Eisen- und Blechwaren	Waschmaschinen Holzfuß 25 Mk.	Holzstoffschüsseln 50 Pf.
Heißwasserkannen ganz Metall 2.60, 3.10	2 Gasplatten mit Tür und Erhitzer 4.75	Dampfwashmaschinen verzinnt 17 Mk.	Frauenlob, Apparat zum Messerputzen 1.25
Weinkannen Glas mit vernick. Beschlag 2.25 bis 3.50	Gaskocher 2 Brenner 8.50 und 9.50	Waschzuber mit Bendelasaufuß 8 Mk.	Haarbesen grau 80 Pf.
Saftkannen Glas mit vernick. Beschlag 70 Pf. bis 1.60	Reibemaschinen 85 Pf.	Waschfässer m. Draht-Einlage 7.50, 9 Mk., 11 Mk.	Abstäuber Straußfedern, 4 Größen 90 Pf. bis 1.75
Kaviardosen Glas mit vernickeltem Beschlag 1.25	Fleischhackmaschinen 1.40, 2.65, 3 Mk.	Waschfässer mit Wulst 11 Mk., 12.75	Fensterleder 6 Größen 50 Pf. bis 1.25
Sahnenservice Glas mit vernickeltem Beschlag, 3 teilig 2.25	Wirtschaftswagen 10 Kilo 1.25, 1.40	Holz- und Borstenwaren	Lederschwämme 15 Pf.
Tortenplatten 3 Sorten 2.85, 3.50	Waschtische 5.85	Wäschelinen 2 Qualitäten, 3 Längen 1.75 bis 8 Mk.	Kleiderbürsten 4 Sorten 55 bis 90 Pf.
Tabletts rund, Steingut, mit vernickeltem Rand 1.50, 1.75		Waschbretter 3 Sorten 50 bis 60 Pf.	Kleiderbürsten mit Halter 1.80
			Teppichkehrmaschinen 7.50, 13 Mk.

In der Lebensmittel-Abteilung: **Ananas** Pfund 60 Pf.

Preußen vor hundert Jahren.

V.

Nach Herrn v. Meier hat der „ureigene deutsche Geist“ die Reformen von 1807 und 1808 geschaffen. Nur aber sind diese Reformen, namentlich das Oktoberedikt von 1807, auf den heftigen Widerstand des preussischen Junkertums gestoßen, das sich somit in heftigen Widerspruch mit dem „ureigenen deutschen Geiste“ gesetzt hätte.

Dies Pentagonum macht Herrn v. Meier jedoch keine Pein. Denn für ihn versteht es sich von selbst, daß, wo das Junkertum mit dem „ureigenen deutschen Geiste“ zusammenstößt, dieser zu kapitulieren hat, nicht aber jenes. Zwar kann er das Junkertum nicht völlig davon freisprechen, seine Vorrechte auf Kosten des allgemeinen Interesses verstoßen zu haben, so zum Beispiel die Steuerfreiheit der Rittergüter. Aber er meint, man könne von den ostelbischen Junkern doch nicht verlangen, daß sie geradezu Engel seien. „Es wäre das einzige Mal in der Geschichte gewesen, daß eine ständische, oder auch eine Zensurvertretung, zumal in der Zeit ohne Presse und Öffentlichkeit und ohne Angst vor der Sozialdemokratie, ihre Steuerpflicht nicht auf andere Schultern abgewälzt hätte.“ So dankbar wir für das gute Zeugnis sind, daß Herr v. Meier der „Angst vor der Sozialdemokratie“ ausstellt, so übersieht er leider doch die wohlthätige Wirkung dieser Angst, denn im Abwälzen ihrer „Steuerpflicht“ auf andere Schultern sind die heutigen Junker ihren Vorfahren durchaus gewachsen.

Bei alledem — das Oktoberedikt von 1807 haben die Junker nach Herrn v. Meier gar nicht bekämpft. Er bequemt sich jetzt dazu, einen „Fortschritt“ darin anzuerkennen, daß dies Edikt die „lastenartige Absonderung der Stände von einander“ aufgehoben habe. Aber er fügt hinzu, „diese Befreiung des Ständestaats“ habe nur „wirtschaftliche, nicht auch politische Folgen“ gehabt. Die politischen Vorrechte der Rittergüter, die ortsbürgerschaftliche Gewalt, die Patrimonial-Gerichtsbarkeit und die gutsherliche Polizei, das Kirchenpatronat, das Jagdrecht, die Teilnahme eines jeden Rittergutsbesizers an den Land- und Kreisständen, die Grundsteuerbefreiung seien aufrecht erhalten geblieben. Und noch weniger war an dem zweiten Teile des Edikts, der die bürgerliche Erbuntertänigkeit aufhob. Er sei von den Junkern mit Vergnügen angenommen worden, da er ihnen materiell große Vorteile gewährt habe. Indem er den Bauern zwar die Freiheit der Person, aber nicht die Freiheit des Eigentums gewährte, habe er nicht nur kein Verdienst um infieren heutigen Bauernstand, sondern habe ihn in die gefährlichste Lage gebracht, worin er sich jemals befunden habe. Von ihrer persönlichen Freizügigkeit hätten die Bauern nur spärlichen Gebrauch machen können, dagegen hätten die Junker sie nunmehr von ihrer Scholle jagen und diese zum Ritterader einziehen können. Die hörigen Bauern seien durch das Edikt zu besitzlosen Tagelöhnern herabgesetzt worden.

Also um zu betonen, daß die Junker gegen die aus „ureigenem deutschen Geiste“ entsprungene Reform nicht rebelliert hätten, macht Herr v. Meier das Produkt des „ureigenen deutschen Geistes“ zu einer lässlichen Stimperei. Es soll damit nicht bestritten werden, daß an seiner Kritik des Oktoberedikts sehr viel Wahres ist; wenn er nachweisen wollte, daß die preussische Reformgesetzgebung nach Jena nur ein trauriges Bild- und Stückwerk gewesen sei, so müßte man anerkennen, daß er seine Sache nicht übel geführt hätte. Aber er stellt die Dinge auf den Kopf, wenn er die Schuld an diesem Bild- und Stückwerk auf die Reformer schiebt und nicht auf den Widerstand der Junker. Soweit Stein davon entfernt war, in der radikalen Weise der französischen Revolution aufzuräumen, was auch Lehmann nicht behauptet, so war er eben so weit davon entfernt, es bei dem Oktoberedikt bewenden zu lassen. Er war ein grimmiger Feind des junkerlichen Bauernlegens, und er wollte auch nichts von den politischen Vorrechten der Rittergüter wissen; in unmittelbarem Anschluß an das Oktoberedikt machte er sich daran, die Patrimonialgerichtsbarkeit zu beseitigen. Wenn er damit nicht ans Ziel kam, so lag das eben an dem Widerstande der Junker, die ihn kaum ein Jahr nach seiner Wiederberufung stürzten und sich gegen das Oktoberedikt wie namentlich gegen die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit mit Mitteln sträubten, deren heuchlerische Niedertracht nach dem treffenden Ausdruck Lehmanns nur durch einen Molldre richtig geahnt werden könnte. Hier zeigten sich die Junker „ganz ohne Feigenblatt“, und der Versuch, sie als Freunde des Oktoberedikts darzustellen, ist so unqualifizierbar, daß auch Herr v. Meier in seiner Streitschrift einen Schritt von der heroischen Position zurücktritt, die er im zweiten Bande seines Werkes eingenommen hat.

Er legt sich nunmehr auf die weinere Seite und sagt: Ja, das sei nun doch einmal so in der Welt, daß diejenigen, die bei einer Reform zu verlieren hätten, sich zur Wehr setzten, „da ohne ein solches Gegenpiel die Welt aus Sand und Sand“ würde. Es sei ganz natürlich, daß den Widerstehlichen zur Zeit, wo der Kampf tobe, von dem scharf entgegengesetzten werde, die nach ihrer Überzeugung in den Neuerungen das allgemeine Wohl verlorstörten. Aber es sei unhistorisch, eine solche Opposition zu verunglimpfen, in der oft mehr Charakter stehe als im Mittäufertum.

Rein, „verunglimpfen“ wie nicht diesen ehernen „Charakter“ der Junker, die heute ihren Vrot- und Fleischwucher auch nur treiben, damit „die Welt nicht außer Rand und Band“ gehe! Wir wissen nicht, ob die Ähnen des Herrn von Meier auch schon bei Jena geduldet haben oder ob er sich nur jenes Briefadels erfreut, den geschaffen zu haben er als besonders denkwürdige „Eigenart“ der Hohenzollern preist, aber kein Zweifel, daß in ihm „Charakter“ steht. Und noch dazu was für einer!

VI.

Lehmann sagt ganz richtig, daß der Sturz Steins im November 1808 in letzter Instanz durch „objektive Realitäten“ verursacht worden sei. Stein setzte sich ein unmögliches Ziel, indem er den preussischen Staat reformieren, das will sagen, die Junkerherrschaft beseitigen und gleichzeitig den Krieg mit Napoleon führen wollte, für den er zunächst, wie die Dinge damals lagen, die Hilfe der Junker nicht einbehalten konnte.

Inzwischen erlennt auch Lehmann an, daß sich diese „objektiven Realitäten“ in einem häßlichen Intrigenkrieg gegen Stein ausgewirkt hätten. Die Junker machten sich die unflößliche Verletzung der auswärtigen und der inneren Politik in ihrer Weise zunutze, indem sie einen franzosenfeindlichen Brief Steins der französischen Regierung denzogen und Stein dadurch bei Napoleon in Mißkredit brachten, wodurch sie die Angst des Königs vor dem ihm durch Napoleon aufgezwungenen Reformminister so weit lähmten, daß der souveräne Dämel wieder obstinat wurde und die Courage zur abermaligen Entlassung Steins gewann.

In diesem Intrigenpiel hatte nun auch die Königin Luise eine hervorragende Rolle übernommen, was namentlich durch die Denkwürdigkeiten Bohens und Schöns bekannt geworden ist. Auch Lehmann berührt in seiner Biographie Steins das Verhalten der Königin bei der Beseitigung Steins, wobei er nicht so weit geht wie Bohens, immerhin aber Dinge berichtet, die das Bild der Königin in einem nicht eben strahlenden Lichte erscheinen lassen. Gegen diese Herabsetzung des preussischen „Schutzgeistes“ ist an maßgebender Stelle offenbar nicht als ausreichendes Gegengewicht be-

funden worden, daß die Vrot- und Fleischwucherer Kreis und Dirlken im Reichstage ihre Krone in frommer Andacht vor der „Nationalheiligen“ gebeugt haben, neben inbrünstiger Verfluchung der Sozialdemokratie, die sich am Andenken der Königin jedenfalls viel weniger veründigt hat als der königlich preussische Staatsminister Schön und der königlich preussische Generalfeldmarschall v. Boyen. So ist denn Herrn Paul Wailen, einem preussischen Archivar, wie er sagt, durch die „hohe Gnade Sr. Majestät des deutschen Kaisers, König Wilhelm II. von Preußen“, das Hausarchiv geöffnet, insbesondere sind ihm auch die Sammlungen des hochseligen Kaisers Friedrich III. zur Geschichte der Königin Luise zum ersten Male zugänglich gemacht worden, und mit diesem Material hat er „ein Lebensbild“ entworfen, das den Lebenslauf der Königin Luise getreu widerpiegelt.

Es ist eine ziemlich undankbare Arbeit, den umfangreichen Quartband von etwa 400 Seiten durchzuarbeiten, da er zu drei Vierteln, wenn nicht zu neun Zehnteln, nur über höfische Nichtigkeiten berichtet, getreu dem Leben, das die Königin geführt hat. Doch ist anzuerkennen, daß dies „Lebensbild“, ohne in den byzantinischen Ton zu verfallen, den die Vorrede befristet läßt, in gewissem Sinne eine Ehrenrettung der Königin bedeutet, wenn sie auch als „Rationalheilige“ nur ein solches Unikum darstellt wie der preussische Staat nach der Behauptung des Herrn v. Meier.

Schlecht erzogen und mangelhaft unterrichtet, war die Königin Luise ein lustiges Kind, leicht und oberflächlich, aber gutmütig und im letzten Grunde doch lebenswürdig, so daß Alexander v. Humboldt sie wohl zu scharf beurteilt hat, wenn er sagte, sie sei äußerst selbstschuldig, verschlagen und verdeckt gewesen. Alles das lag nicht im Wesen dieser niedlichen Grifette, die eher offenerzig und opferfähig war, wenigstens für die ihr Rahstehenden, und zumal auf Regimentenankosten. Ihr „Lebensbild“ bestätigt durchaus, was Stein von ihr schrieb: „Aus blinder Liebe zu ihrer Familie überließ sie die Fehler ihrer beiden verderbten Schwestern v. Taxis und v. Solms, die List und Intrige der ersteren und die gemeine Sinnlichkeit der letzteren, und entschuldigte die Feigheit ihres Bruders, des Prinzen Karl.“ Dieser Bruder der Königin Luise war nach der Schlacht bei Jena in so schmählicher Weise ausgerissen, daß es selbst in der Zeit der Festungskapitulationen preinliches Ansehen erregte; unter herbarem Wutren sogar der junkerlichen Offiziere wurde er auf Verreiben der Königin 1810 wieder in die Garde eingestellt; in den zwanziger und dreißiger Jahren gehörte dieser Feld zu den giftigsten Führern der preussischen Reaktion.

Am deutlichsten prägt sich das Wesen der Königin Luise in ihrer Ehe aus. Der König Friedrich Wilhelm III. gehörte zu den unglücklichsten Individuen, von denen selbst die deutsche Fürstengeschichte zu erzählen weiß; er war ein so eigen- wie stumpfsinniger Trotz, und man kann es der Königin nicht so sehr verargen, wenn sie sich gelegentlich kleine Extratouren erlaubte, erst mit dem Prinzen Louis Ferdinand und dann namentlich mit dem Zaren Alexander, zumal da sie aus diesen Fahrten ihre „anatomische Anstalt“ gerettet zu haben scheint. Aber mit einem Gatten dieses Kalibers sechzehn Jahre hausgehalten, ihm zehn Kinder geboren und ihn sozusagen ein wenig menschlich aufreißt zu haben, das ist eben ein Beweis dafür, daß die Königin ein gutmütiges Herz besessen hat, als auch dafür, daß sie eine recht starke Natur gewesen sein muß.

Sie ging ganz und gar im Taumel der höfischen Vergnügungen auf, über deren entsetzliche Geistesdole und Langeweile selbst ihre Oberhofmeisterin, die Gräfin Voh, oft in ihren Memoiren klagt, und diese Frau, ein Urbild und eine Urquelle des Gemeinen und Plattens, wie Stein sie treffend nannte, konnte auch noch keine geistigen Ansprüchen erheben. Zeitweise versuchte eine Frau v. Berg, die freundliche Beziehungen zu Goethe und Hebel, wie zu Stein unterhielt, die Königin für die klassische Literatur zu interessieren, wie es scheint, nicht ganz ohne Erfolg, aber behindert durch den König, der in der „vernachlässigten Bildung“ seiner Frau ihren schönsten Schmuck sah, und die nicht unbegründete Furcht hegte, daß die Königin ihn nicht mehr würde ausstehen können, wenn sie mit der „Modeliteratur“ bekannt würde.

Schon ihr gänzlich Aufgehen in höfischen Nichtigkeiten entlastet die Königin von dem Verdacht, daß sie ihre Finger unzeitig in die Politik gesteckt habe. Das waren für sie zu ernste und schwierige Dinge. Sie ist vielmehr von den Kabinetsräten und Ministern, von Boyen ebenso wie von seinem Gegner Stein, die daran verzweifelten, mit dem Stolz des Königs irgendwie fertig zu werden, in die Politik gezogen oder doch zu ziehen versucht worden. Sie hat sich den Verurteilen Steins, noch vor Jena das Unheil abzuwenden, gänzlich verweigert; aber auch der oft gehörte, von ihr selbst stets bestrittene Vorwurf, daß sie durch ihren Einfluß auf den König den Krieg von 1806 verurteilt habe, scheint nach der Darstellung des Herrn Wailen in der Tat nicht berechtigt gewesen zu sein. Erst nach dem Ausbruch des Krieges hat die Königin mit gänzlichem Mißerfolg die Jungfrau von Orleans zu spielen versucht. Diese Rolle lag ihr wirklich nicht.

Nach Jena hat sie sich dann freilich mit Politik beschäftigt, aber immer nur so weit, als die Politik ihre höfischen Vergnügungen durchkreuzte, immer nur mit Mitteln, wie sie einer kleinen netten Person nahe liegen. Dahin gehört namentlich ihr Versuch, durch den Einbruch ihrer Liebesherrschaft von Napoleon in Tilsit mildere Friedensbedingungen zu erlangen. Die horriblen Historiker haben daraus eine tragische Mißtrage machen wollen, was natürlich lächerlich ist; tatsächlich war es eine peinliche Komödie, aber die Königin ist insofern entschuldigbar, als sie weder den Charakter noch den Geist besaß, um die beschämende Würdelosigkeit dieses Spektakels zu erkennen; noch ein Jahr später hat sie selbst nach Paris reisen wollen, um Napoleon noch einmal zu bearbeiten, was durch Stein verhindert wurde, und bis kurz vor ihrem Tode hat sie mit dem Gedanken gespielt, den „Duell aller Vögel“, die „Geißel der Welt“, den „Teufel, der sich aus dem Roten emporschwingen“, in Frankfurt a. M. zu begräben. Uebrigens spricht es für die Königin, daß sie in Tilsit auf Napoleon gar keinen üblen Eindruck gemacht hat, wenn er auch seiner Frau schrieb, die Kofferreise der Königin sei an ihm abgeglitten wie das Wasser vom Kopfstein.

Auf Stein hatte die Königin anfangs ihre Hoffnungen gesetzt, in einer Art abergläubischer Zuversicht, daß dieser Wundermann nun alles zum Guten kehren werde. Aber als Stein darauf drängte, daß die verschwenderische Hofhaltung eingeschränkt würde — wohlgerne zu einer Zeit, wo die Rassen vor Hunger starben — da begann die Königin zu jammern, sie müsse von der Lust leben, mittags gebe es nur vier, abends nur drei Gerichte; man begreift, daß die heutigen Vrot- und Fleischwucherer diesen Verzugs- und Schmerzensfarei des höfischen Dämchens nur mit schauernder Andacht vernehmen. Vollends verdarrt es aber Stein mit der Königin, als er eine prunkhafte Vergnügungsreise hindern wollte, die die Königin am Ende des Jahres 1808 plante, um ihren „einzig Alexander“ auf dessen Einladung in Petersburg zu besuchen. Diese Reise zeigte wieder von einer beschämenden Würdelosigkeit; der „einzig Alexander“ hatte im Frieden von Tilsit seinen preussischen Verbündeten aufs schändlichste betrogen, und eben jetzt, im Sommer 1808, durch die Zusammenkunft in Erfurt von neuem sein enges Bündnis mit dem „Teufel“ besiegelt, in dessen offener Faust der preussische König nach wie vor aufs jämmerlichste zappelte. Auf der

Milchkehr von Erfurt hatte der Zar seine Einladung an das preussische Königspaar erlassen, das sich nach der Ansicht der preussischen Reformer moralisch und politisch gleich arg blödsinnig mißte, wenn es ihr folgte.

Es kam hinzu, daß kein Geld da war, um die ansehnlichen Reisekosten zu bestreiten. Der Plan, für diesen Zweck Gelder anzuzureifen, die dem verheerten Ostpreußen gehörten und für die Wiederherstellung dieser Provinz bestimmt waren, war natürlich nicht nach Steins Geschmack; dafür wäre er nie zu haben gewesen. So war er denn der Stein des Anstoßes für die Behauptung der Königin nach dem „einzig Alexander“; die Wohnung ihrer Oberhofmeisterin, der durch sechzigjährigen Postdienst korrumpierten Gräfin Voh, wurde das Hauptquartier der gegen Stein gerichteten Intrigen. Als Hauptwerkzeug dieser Intrigen wählte die Königin aber den Staatsrat Nagler, den Stein, Schön, Boyen und selbst der milde urteilende Scharnhorst als eine gemeinpfähige, zu jedem Schmutzgerichte bereit Kanaille schildern, ein Urteil, das Nagler später durch seine Diebstahlthaten als preussischer Generalpostmeister und durch seine nichtswürdige Demagogenvorfolgungen als preussischer Gesandter am deutschen Bundestage vollstättigt hat. Mit diesem verächtlichen und verworrenen Subjekte ließ sich die Königin in die größte Intimität ein, um ihn gegen Stein zu hetzen; wie weit sie darin ging, zeigt schon die Tatsache, daß sie sich später veranlaßt sah, ihre an Nagler gerichteten Briefe zurückzufordern, zeigt noch mehr die Tatsache, daß Nagler sich weigerte, diese Dokumente herauszugeben, daß sie ihm ein zu heiliges Andenken seien, als daß er sich jemals davon trennen könnte, zeigt am schlagendsten die Tatsache, da ihn dieser dreifache Hohn in seiner preussischen Beamtenkarriere wenn nicht gefördert, so doch auch nicht gehindert hat.

Alles das ergibt sich aus den Briefen und Denkwürdigkeiten Bohens, Schöns, Steins, Scharnhorsts u. a. Auch Lehmann macht kein Hehl daraus, daß die Königin in erster Reihe dazu beigetragen habe, den Reformminister zu stürzen, weil ihm die Interessen des Staats und die Bedürfnisse der ausgepörrten Bevölkerung höher standen als Luise'sche Begeisterung für den „einzig Alexander“ und ihre höfische Vergnügungslust. Lehmann schreibt: „Die Entfremdung begann, als der Zar auf seiner Rückreise von Erfurt durch Königsberg kam und das preussische Königspaar zu sich nach Petersburg einlud. Die Königin bestand darauf, daß die Einladung angenommen wurde, Stein widersprach. Der Gegensatz der Charaktere trat zutage: die Königin glaubte nach all den schweren Tagen der letzten drei Jahre ein Anrecht auf die Huldigungen und Zeremonien zu haben, die in Petersburg winkten; Stein, puritanisch gestimmt wie er war, meinte, daß jetzt keine Zeit sei, Feste zu feiern, und daß das für die Reise erforderliche Geld dringend für andere Zwecke gebraucht werde; man legte ihm das Wort in den Mund, das verheerte Rußland habe es nötiger. Und dazu die politischen Bedenken: nachdem soeben der Zar sein Bündnis mit Napoleon befestigt hatte, war eine Reise des preussischen Königspaares an den russischen Hof starken Mißdeutungen ausgesetzt. Aber die Königin wollte davon nichts wissen.“ In der Tat hat sie nach dem Sturze Steins die Reise durchgeführt, die auf die preussische Reformer wie ein „Donnerkeil“ wirkte und auch nach Treitschkes Darstellung die Vorfälligkeit Preußens unter den russischen Oberherren von neuem verbriefte hat.

Es fragt sich nun, wie sich der neue Biograph der Königin zu diesen Dingen stellt; gerade hieran knüpft sich das lebhafteste Interesse, das seine Arbeit erweckt. Jedoch in diesem Punkte vermag er völlig. Herr Wailen kann das Perwärtis der Königin mit Stein nicht leugnen, aber er meint, die Meinungsverschiedenheit über die Reise nach Petersburg sei dabei nur von „geringem Einfluß“ gewesen, wollte er freilich nicht das geringste Zeugnis beibringen. Die Angabe Bohens, daß öffentliche Notstandsgelder angegriffen worden seien, um die Reise zu ermöglichen, übergeht er mit völligem Stillschweigen, was — da das Zeugnis eines preussischen Generalfeldmarschalls doch am Ende ins Gewicht fallen muß — wohl dahin ausgelegt werden muß, daß er sie nicht bestritten kann, aber nicht bestätigen will. Daß die Oberhofmeisterin der Königin die Entlassung Steins „kaum habe erwarten können“, gibt er zu, aber er meint, Stein habe der „waderen Frau“, die „jedem patriotischen Entschluß immer zugestimmt“ hatte, „unrecht getan“. Auch daß die Königin sich gewohnt habe, den Stadtrat Nagler, der ein entschiedener Gegner Steins gewesen sei, in auswärtigen Dingen um Rat zu fragen, räumt Herr Wailen ein; daß Nagler sich später gewiegt habe, Briefe der Königin herauszugeben, will er jedoch nur als Gerücht aufgestellt wissen, obendrein mit der — sehr unwahrscheinlichen — Einschränkung, es habe sich in diesen Briefen „vermutlich“ um einige Anzeigen über Napoleon gehandelt. Hätte es sich nur darum gehandelt, so wäre Nagler nicht so frech aufgetreten, denn eine Denunziation der Königin bei Napoleon hätte ihn haben unmöglich gemacht und drüben nicht gefördert; am wenigsten wäre er dann nach Napoleons Sturz ein „gefürchtet Haupt im Staate“ geblieben.

In diesem Punkte, der das Andenken der Königin Luise am schwersten belastet, hat also Herr Wailen sie keineswegs gerechtfertigt; indem er um die Dinge herumredet, bezeugt er nur seine Verlogenheit, die Anlagen zu entlassen, die die preussischen Reformer gegen die Königin Luise erhoben haben. Er muß nun aber doch zu erklären suchen, weshalb die Königin an dem Sturze Steins mitgearbeitet hat, und so meint er, Steins nationale Bestimmung hätte nichts mit dynastischer Abhängigkeit zu tun gehabt; „sein deutscher Patriotismus war bereit, über jede Dynastie, auch über die der Hohenzollern, hinwegzutreten.“ Stein habe die Anmut und Liebesherrschaft der Königin nicht verkannt, aber dergleichen Dinge hätten niemals Raum über ihn besessen; seiner ernsten Würde habe die in Freude und Schmerz leicht überquellende Ungezogenheit der Königin mißfallen. „Die Königin fühlte wohl, daß sie in den Augen Steins nur eine Femmelette war, ein Weiblein, auf deren Schwächen seine taktische Perrenatur geringfügig herab sah.“ Wonach denn also dynastischer Größenwahn und verlegte Weibereitelkeit die Königin veranlaßt hätten, den Reformminister zu stürzen.

Darin ist Falsches und Wahres wunderbarlich gemischt. Steins nationale Bestimmung pffiff allerdings auf die Dynastie der Hohenzollern, aber weiblicher Anmut und Liebesherrschaft war er keineswegs unzugänglich. Gerade Männer von so ausgesprochenen männlichen Eigenschaften, wie sie Stein besaß, sind Frauen, die Kopf und Herz auf dem rechten Fleck haben, immer sehr sympathisch, wie ihnen wiederum solche Frauen; bei Stein wird diese psychologische Tatsache auch durch die Erföhrung bestätigt; sein Leben war reich an echten Frauenfreundschaften. Wenn er also auf die Königin geringfügig herab sah als eine Femmelette, so lag das nicht an jenem mangelhaften Verständnis für weibliche Naturen, sondern eben nur daran, daß sie wirklich nicht mehr war.

In der Tat bestätigt das Auch Wailen, wenn man es halbwegs mit kritischem Blicke liest, das Urteil, das Stein über die Königin Luise gefällt hat: „Sie hätte wegen des Königs zärtlicher Abhängigkeit an sie bei mehr Bildung, Konsequenz und tieferen Gefühlen einen wohlthätigen Einfluß auf ihn haben können. Sie war eine angenehme, sehr gutmütige Frau, gefällig, ihre Bildung mangelhaft, ihre Gefühle fürs Gute leicht anflodernd, aber wegen der Oberflächlichkeit ihres Geistes war sie unglücklich in der Wah-

*) Siehe Nr. 1 des „Vorwärts“.

der Mittel, wenig ausdauernd in ihrer Anwendung. Sie erfüllte sehr unvollkommen ihre Pflichten als Mutter. Als Gattin opferte sie ihre Zeit und ihre Neigungen ihrem Gemahl auf, der, an sie durch Gewohnheit gewöhnt, ihr alles anvertraute, ohne übrigens auf ihre Meinung besonders zu achten. Danach hat die Königin ganz richtig gefühlt, daß Stein sie nur als eine Ziemliche betrachtete, aber die Wichtigkeit seines Urteils wird durch alle neuen Offenbarungen des Hausarchivs nicht bestritten, sondern bestätigt.

Womit wir jedoch nicht bestreiten wollen, daß sie den bescheidenen Ansprüchen, die die junkerlichen Brot- und Fleischwucherer an eine „Nationalheilige“ stellen können, immerhin noch genügen mag.

VII.

Nachdem Stein unter entscheidender Hilfe der Königin Luise gestürzt worden war, kam vor hundert Jahren ein Ministerium von Mittelmäßigkeiten aus Ruder, das Ministerium Dohna-Altenstein-Wehme, hinter dessen Kulissen der allzeit geschäftige und pfiffige Ragler, der Schwager Altensteins, seine Händchen im Spiel hatte. Altenstein selbst hatte zu Steins Mitarbeitern gehört und war später der Freund und Schützer Hegels, aber, ein schwacher und unselbständiger Charakter, wählte er die Karre nicht aus dem Dreieck zu schieben.

Nur wenig über ein Jahr, und die neue Ministerium war völlig bankrott. Es konnte auf der einen Seite die Kriegskontributionen nicht mehr ausführen, die der preussische Staat an Frankreich zu zahlen hatte, auf der anderen Seite ging es auch nicht mehr weiter mit dem völligen Stillstande der bürgerlichen Reformen, mit denen nimmere das von Napoleon neugegründete und seinem jüngsten Bruder Jerome übergebene Königreich Westfalen wirklich der Erde vorging. Zum größten Teile bestand dies Königreich aus ehemals preussischen Landesstellen; es sollte nach Napoleons Willkür als moderner Staat eine Hauptstütze seiner Herrschaft über Deutschland werden; wie einst beim Oktoberedikt das Vergehen des Herzogtums Warschau, so braunte jetzt die napoleonisch-westfälische Gesetzgebung den preussischen Junkern auf die Finger.

Selbst die Königin Luise ließ nun ihren geliebten Ragler fallen, der ihr eben deshalb mit der Veröffentlichung ihrer Briefe drohte, und bemühte sich, den Freiherrn v. Hardenberg an die Spitze der Geschäfte zu berufen, der zwar an allen Sünden der vorjenseitigen Politik reichen Anteil hatte, aber in seiner Weise die Reformen Steins fortzusetzen beabsichtigte. Von ihm wußte sie, daß er Höflich genug war, sie nicht als Ziemliche zu behandeln. Dabei war sie aber weit von einer ernsteren Auffassung des Lebens entfernt. Als das preussische Königspaar um die Jahreswende von 1809/1810 aus Königsberg nach Berlin zurückkehrte, wußte es nichts Besseres zu tun, als wieder ein prunkhaftes Hofleben zu beginnen. Nicht nur Reformen, wie Gneisenau, sondern auch Junker, wie Hork, wurden dadurch tief erbittert, und trotz der devoten Sprache der damaligen Zeitungsprelle vermochte doch ein Hamburger Journal nicht seine „Verwunderung“ darüber zu unterdrücken, daß sofort nach der Rückkehr des Königspaares in den Berliner Zeitungen ein Publikandum über Courtoisie, Höflichkeit, Präsentation, Hofkleidung usw. erschien, daß zwei neue Klassen des preussischen Adels, dazu ein allgemeines Ehrenzeichen in zwei Klassen gestiftet und sonstige höfliche Einkerbungen getrieben wurden, die ein blutiger Hohn auf die entsetzliche Not der Bevölkerung waren.

Allein dieses höfische Treiben stand auf tönernen Füßen, solange nicht Napoleon befriedigt und die gefährliche Nebenbuhlerchaft des Königreichs Westfalen nicht beseitigt war. Die Sache kam zum Klappen, als sich das Ministerium im Frühling 1810 nicht anders zu helfen wußte, als daß es die Abtretung der Provinz Schlesien an Frankreich empfahl, was ein vernichtender Schlag für alle dynastische und höfische Herrlichkeit gewesen wäre. So betrieb die Königin die Vertreibung Hardenbergs, beziehungsweise durch den Urjunker v. Wittgenstein, der sich, ein heimtückischer und intriganter Charakter,

mit ihrem verstorbenen Liebling Ragler reichlich messen konnte, und ebenso wie dieser und der Herzog Karl, der Bruder der Königin, später zu den geringfügigsten Vertretern der preussischen Reaktion gehört hat. Im Juni 1810 wurde dann Hardenberg an die Spitze der Geschäfte berufen, und kurz darauf starb die Königin, nicht an gebrochenem Herzen über das Unglück des Vaterlandes, wie die berruffliche Legende fabuliert, sondern auf einer Vergnügungstour in ihre mecklenburgische Heimat, die sie mit einem lustigen „Hussaja, Trallala“ angetreten hatte.

Hardenberg aber erfüllte die Aufgabe, die ihm gestellt wurde, indem er nimmere die napoleonisch-westfälische Gesetzgebung kopierte. Daß seine Reformen ihr entlehnt waren, ist schon zu seiner Zeit und später bemerkt worden; der Junker Marwig wies sofort darauf hin, und so schrieb auch Bismarck im Jahre 1861 an den General Gerlach, daß die Hardenbergische Gesetzgebung aus dem westfälischen Vultein überseht worden sei. Aber gründlich fährt diesen Nachweis erst Herr v. Meier im zweiten Band seines Werkes; nachdem er 400 Seiten daran gesetzt hat, um Stein von dem Rakel zu befreien, mit seiner Reform die französische Revolution nachgeahmt zu haben, legt er 80 Seiten lang dar, daß Hardenberg allerdings ein Anhänger der französischen Revolution gewesen sei und sie habe nachahmen wollen.

Das erscheint auf den ersten Blick als ein erstaunlicher Widerspruch in der Tendenz des Herrn v. Meier, nachzuweisen, daß sein Unfug von preussischem Staat niemals durch die Verührung mit der französischen Revolution bestedt worden sei. Inzwischen die Sache hat ihren Haken. Denn, trotzdem hat Hardenberg niemals den Plan verfolgt, die Gesetzgebung der Konstituante, der Legislative, des Konvents oder des Direktoriums auf Preußen zu übertragen. Was er unter französischer Revolution verstand, war doch nur die napoleonische Gesetzgebung. Hardenberg war ein aufgeklärter Absolutist. Mit solchen „aufgeklärten Absolutisten“ hat das Junkertum immer gute Geschäfte zu machen verstanden, mit Hardenberg so wohl wie mit dem alten Fritz. Und nicht minder gute Geschäfte hat es mit den Liberalen zu machen gewußt, wie man denn von Hardenberg wohl sagen kann, was auf Stein ganz und gar nicht zutrifft, daß er ein Liberaler im modernen Sinne des Wortes gewesen sei.

Herr v. Meier sagt, das Oktoberedikt von 1807 hätte mehr dem Adel genügt als den Bauern, es habe nur wirtschaftliche, nicht politische Zwecke verfolgt; es habe die politischen Vorrechte der Rittergüter nicht beseitigt, dagegen die Bauern recht- und schutzlos den Junkern in die Hände geliefert. Zu schneidenden Gegenstand dieser unzulänglichen Gesetzgebung, die gleichwohl dem „ureigenen deutschen Geiste“ entflohen sein soll, stellt Herr v. Meier dann die Gesetzgebung Hardenbergs, die durch das Regulierungsedikt von 1811 die bäuerlichen Besitzverhältnisse dauernd beseitigt habe. Und doch ist, nach Herrn v. Meier, Hardenberg nur ein Nachahmer wenn nicht der französischen Revolution, so doch der napoleonisch-westfälischen Gesetzgebung gewesen!

Die ganze Konfusion löst sich in die einfache Tatsache auf, daß die ostelbischen Junker mit dem geschmeidigen Hardenberg weit bessere Geschäfte gemacht haben, als mit dem steifnackigen Stein. Stein wollte es keineswegs bei dem Oktoberedikt bewenden lassen, sondern er wollte auch den politischen Vorrechten der Junker an den Krügen; er wollte auch den Bauern das Besitztum an ihren Häfen sichern. Deshalb mußte er so schnell wie möglich um die Erde gebracht werden. Hardenberg aber löstete die politischen Vorrechte der Rittergüter gar nicht an, die bekanntlich erst durch die Revolution von 1848 aus der Welt gesetzt worden sind, und sein Regulierungsedikt vom 14. September 1811 war ein bloßes Augenverblenden, um die Bauern zum Kampf gegen die Franzosen auf die Beine zu bringen. Raum waren die Feinde aus dem Lande geschlagen, als dies gepriesene Edikt am 29. Mai 1816 durch 121 Artikel „dekoriert“ wurde, die alle nicht spannfähigen Bauern, das heißt ihre große Masse, in aller Form rechtens den Junkern recht- und schutzlos ausstuferte, während sich die Kinder-

heit der spannfähigen Bauern durch kolossale Opfer an Ader und Geld — im ganzen sicher nicht unter einer Milliarde Mark — einen Teil des Landes erwerben mußten, das ihre Vorfahren als freie Leute besessen hatten. Das war die tatsächliche Bauernemanzipation Hardenbergs, bei der die Junker ein viel zu glänzendes Geschäft gemacht haben, als daß sie ihren Ueberer nicht eine gewisse Nachsicht für seine liberalen Sünden gewähren sollten.

Eine gewisse Nachsicht immerhin nur, denn der rührende Eifer, den Herr v. Meier bekundet, um nachzuweisen, daß Hardenberg mit seiner Gewerbe- und Steuerreform, mit seinem Gendarmereiedikt, mit seiner Gesetzgebung und seinem Staatsrat, mit seiner Judenemanzipation, mit seiner Nationalfahne, mit der Vollziehung der Todesstrafe nicht mehr durch das Schwert, sondern durch das Peil usw. in mancher selbst „grotesker“ Weise die westfälische Gesetzgebung abgelöst habe, hat kaum den Zweck und sicherlich nicht die Wirkung, Hardenbergs Bild in den Augen der heutigen Patrioten mit einem Strahlenkranz zu umgeben. Deshalb darf jedoch nicht verkannt werden, daß der Radikale selbst Herr v. Meier durchaus gelungen und der einzig lesenswerte Teil seines Buches ist. Zudem ist noch eins anzuerkennen: Herr v. Meiers Empörung darüber, daß die französische Revolution die preussische Gesetzgebung beeinflusst haben soll, weicht einer edlen Fassung, sobald er sich mit der Tatsache abfinden muß, daß ein französischer König — und sei es auch nur der König Morgen-Wieder-Lustig — das Vorbild der preussischen Gesetzgebung in ihrer berühmtesten Periode gewesen ist. Und verhöhnt wirkt auch der Gedanke, daß der brave Jerome in den Gefilden der Seligen sicherlich eine Träne der Rührung vergießen wird, wenn er sieht, wie ihm nun doch auch irdische Gerechtigkeit widerfährt: von links her krängt eine dankbare Trennelein sein Haupt mit den Asten der Liebe und von rechts her schiebt ein publizistischer Vorkämpfer des preussischen Junkertums den Vorberzweig eines gesetzgeberischen Kastens hinein.

Somit aber wird durch die historische Literatur, die wir hier besprochen haben, die alte Erfahrung bestätigt, daß die preussischen Junker zu jener Klasse gehören, die nichts lernt und nichts vergißt. Was ihnen vor hundert Jahren mit Ach und Krach abgemungen worden ist, das hat ihnen die Revolution und ihr Testamentvollstrecker Napoleon entrisen — wie Laskalle sagen würde: mit dem Damm auf's Auge und dem Arie auf die Brust — und es ist die schwerste Anklage gegen die deutsche Bürgerklasse, daß diese Erfahrung des Jahres 1808 nicht mehr bloß historisches Interesse hat im Jahre 1908.

J. Mehring.

Eingegangene Druckchriften.

- Das eigene Heim und sein Garten von Dr. G. E. Seep. 5 B., geb. 6 M. — Landhaus und Villa. Heft 7/8. Herausgegeben von G. Wigt. 150 M. Verlags-Gesellschaft in Wiesbaden.
- Der Naturarzt. Nr. 1. Schriftleitung: Dr. J. Schönberger u. W. Siegel. Jährlich 3 M. Verlag: Berlin SW. 11.
- Kapital und Erfindung. November-Dezemberheft. Herausgeber: D. Wiedner. Verlag: Schöneberg, Prinz-Georg-Str. 9.
- Die Schaubühne. Nr. 1. 1909. Herausgeber: G. Jacobsohn. 30 Pf. C. Reiz, Berlin-Weißensee, Kallertdamm 26.
- Unklarlich aber wahr! Eine Entfaltung aus dem Rechtsleben des deutschen Volkes. 1 Teil. Von G. Müller. 1 M. H. Walthers, Berlin W. 30.
- Die Kunst, sich glücklich zu fühlen. Von Th. Rudert. 100 Seiten. Verlag für aktuelle Philosophie. Halensee-Berlin.
- Das perverse Berlin. Kulturkritische Gänge. 3 B., geb. 4 M. R. Göttsch in Berlin, W. 37.
- Moderne Dramatik in kritischer Beleuchtung von Dr. R. Wiedner. 30 Pf. 2 B. Verlag, Berlin SW. 13.
- Die Klischenés und die Verhütung der hohen Säuglingssterblichkeit und die Ernährung und Pflege des Säuglings. Ein vollständiger Vortrag von Dr. med. Jetter, Kinderarzt. Preis 1,50 M. Würzburg, Rini Städtisch (H. Eubers Verlag.)
- Der Kunstwart. Januarheft. Verlag G. D. W. Callwey, München. 4 M. im Einzelheft.

Nach beendeter Lager-Aufnahme

Grosser Inventur-Räumungs-Verkauf

Den grössten Teil meines bekannt enormen Kleiderstoff-Lagers habe ich heruntergesetzt und in 4 Serien eingeteilt

Serie I.

Ein grosser Posten einfarb. u. gemusterter Kleiderstoffe 60 Pf. passend zu Blusen, Kostümröcken, ganzen Kleidern, Kinderkleidern, doppeltbreit, zum Teil reines Woll. Jetzt Meier

Serie II.

Ein grosser Posten Kleider- und Kostüme, 75 Pf. zum Teil reine Wolle, einfarbig, meliert, gestreift, kariert. Jetzt Meier

Serie III.

Ein grosser Posten Fantasie-Kleiderstoffe, 95 Pf. sowie einfarbige reinwollene Cheviots, grosse Breite, sehr grosse Bordüren, Jetzt Meier

Serie IV.

Ein grosser Posten moderne Fantasie-Kleiderstoffe 125 Pf. in Streifen und Karos, zum grössten Teil reine Wolle und grosse Breite, sowie schwarze, weisse und einfarbige, ganzwollene Einwegungs-Stoffe, Jetzt Meier

Ferner 4 Serien Velour-Barchent

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
jetzt Meier	jetzt Meier	jetzt Meier	jetzt Meier
25 Pf.	35 Pf.	40 Pf.	50 Pf.

passend für Morgenröcke, Matinées, Hausblusen.

Ferner 3 Serien farbig. Seidenstoffe

Serie I	Serie II	Serie III
jetzt Meier	jetzt Meier	jetzt Meier
95 Pf.	125 Pf.	150 Pf.

passend für Kleider und Blusen in grosser Musterauswahl hell und dunkel

Ausserdem im Preise ganz bedeutend ermässigt:

Konfektion

- Blusen
- Kostümröcke
- Englische Paletots
- Kinder-Mäntel u. Kleider

Wäsche

- Damen-Hemden
- Damen-Beinkleider
- Nachtjacken
- Stickerei- u. Spitzenröcke

Leinen- u. Baumwollwaren

- Bett-Damaste und Dimiti
- Laken-Dowlas und Leinen
- Bett-Inletts und Züchen
- Hemdentuche u. Rauhpiqués

Trikotagen

- Normal-Hemden
- Normal-Hosen
- Kinder-Trikots
- Strümpfe u. Handschuhe

Brunnenstr. 198
am Rosenthaler Tor

Julius Haack

Manufakturwaren
und Konfektion

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Görlitzer Viertel,
Bergl. 219, Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Friedrich Schröter
Grimmstraße 7
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Montag,
den 11. Januar, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Grimmstraße-Kirchhofes in
Zehlendorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Ortsverwaltung Berlin 2.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Lagerarbeiter
Friedrich Schröter
am Donnerstag, den 7. Januar,
im Alter von 28 Jahren an der
Proletariatkrankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 11. Januar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Grimmstraße-Kirchhofes in
Zehlendorf, Hermannstraße, aus-
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verwaltung 2.

**Zentral-Verband
der Zimmerer Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirk 10.
Den Berufsgenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied
August Böttcher
infolge eines Unfalls verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 11. Januar, nach-
mittags 2 Uhr, vom Arbeiter-
Krankenhaus aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Zentral-Kranken-Unterstützungs-
Verein der Schmiede.**
Zahlstelle Berlin II.
Todes-Anzeige.
Am 7. Januar verstarb unser
Mitglied
Max Giese.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des
Grimmstraße-Kirchhofes, Zehlendorf,
aus statt. Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Anschläger
Karl Stadthaus
am 7. d. M. durch Ertrinken ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 11. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Grimmstraße-Kirchhofes,
Zehlendorf, Hermannstraße, aus-
statt. Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.**
Berlin. Bezirk IV.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Hermann Schwarzer
am 8. Januar an Lungenschwinds-
ucht verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen,
Montag, den 11. Januar, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
des Dantes-Kirchhofes, Bismarck-
straße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Bekannten die traurige
Nachricht, daß meine liebe Frau
Klara Kirchhof
geb. Späth
im Alter von 28 Jahren und acht
Tagen verstorben ist. Dies geht
mit der Bitte um stille Teil-
nahme an
Oswald Kirchhof
nebst Tochter.
Die Beerdigung findet heute
Sonntag 1/2 Uhr vom Trauer-
haus, Sprengelstr. 17, aus nach
dem Bagatellkirchhof in Zehlendorf
aus statt.

Adlershof.
Dienstag, den 12. Januar, nachmittags 2 Uhr, bei Kauf
in Adlershof, Bismarckstr. 16:
Arbeitslosen-Versammlung.
Wir erlauben die Arbeitslosen von Adlershof und Umgegend
um vollständiges Erscheinen.
Das Gewerkschaftskartell von Adlershof und Umgegend.

Sterbekasse ehem. Pflugscher Arbeiter (Hetzelsche Kasse).
Montag, 21. Januar 1909, vorm. 10 Uhr, in Wilkes Saal,
Brunnenstraße Nr. 188:

General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bekanntgabe des Protokolls von der Generalversammlung am 26. Juli 1908
durch den Schriftführer Herrn Bauer.
2. Kassenbericht des Kassendirektors Herrn Schulz über das Jahr 1908 und
Bericht der Revisoren.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten: Antrag des Vorstandes betreffend
Erhöhung des Sterbegeldes und Ausfertigung eines technischen Gut-
achtens im Jahre 1909.
4. Wahl des ersten Vorsitzenden, Wahl des Kassendirektors und des Re-
visoren-Schiffbüchlers.
5. Wahl von drei Revisoren.
Mitgliedsbuch legitimiert. 280/4
Der Vorstand. R. U.: Otto Binkler.

**Staats- und Gemeindefreier-
Verband.**
Sektion Lichtenberg.
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 9. d. M.,
verstarb unser Mitglied
F. Semmling.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienst-
tag, den 12. Januar, nachmittags
2 1/2 Uhr, vom Trauerhaus,
Kammelsburger Straße 20, aus
nach dem Kirchhof in der Bornitz-
straße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme beim Begräbnis meines
lieben Vaters **Berthold Krenz**
sage allen Freunden, Kollegen und
Bekanntem sowie der Direktion der
Union-Brauerei meinen herzlichsten
Dank.
Rosa Krenz, geb. Korb.

Bekanntmachung.
Für die ordentliche Generalver-
sammlung der Nationalen Kranken-
und Sterbekasse der Dreifacharbeiter
und verw. Berufsgenossen (C. H. St. Nr. 75)
sind folgende Anträge eingegangen,
welche wir gemäß § 48 des Statuts
hiermit zur Kenntnis bringen.
Von der Filiale Bremen: I.
den § 13 des Statuts, Abs. 2 zu b
folgende Fassung zu geben: Im
Falle der Erwerbsunfähigkeit vom
Tage nach dem Tage der Erkrankung
ab für jeden Kalendertag, einschließ-
lich der Sonn- und Feiertage ein
Krankengeld in Höhe von 2 Mark.
Die Erhöhung tritt mit dem
1. August 1909 in Kraft. II. Den
Rassendirektoren sämtlicher Verwaltungsg-
stellen eine Zeitung gratis zuge-
sagt.
Von der Filiale Dresden: Den § 47
Abs. 2 des Statuts dahingehend zu
ändern, daß die Revisoren für jede
Sitzung 1 Mark Vergütung erhalten.
Der Vorstand.

Arbeitseinstellung
sind in unserem Betriebsbereich nicht
statt. Deshalb macht sich aber eine
Ueberproduktion bemerkbar. Wir legen
uns daher bemühen, unsere rühmlichst
bekannte Victoria Dampf-
Waschmaschine mit Ofen, komplett,
für 90 mit 60 Mark zu ver-
kaufen. 463b
Rheinische Dampf-Waschmaschinen-
Fabrik, Kommandantenstraße 18.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 118/1, a. d. Grab-
-Tor. Weg. Rad, Gebroch.
1,50, Dole 1,00, Belle 50 Pf.

**Orts-Krankenkasse
für das
Goldschmiedegewerbe
zu Berlin.**
Am Montag, den 18. Januar 1909,
abends 8 Uhr,
findet im Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15, Saal 8, die
ordentliche

General-Versammlung
ämtlicher Herren Delegierten statt.
Tages-Ordnung:
1. Wahl von 4 Arbeitnehmern und
3 Arbeitgebern für den Vorstand für
die Jahre 1909-10.
2. Wahl von 3 Revisoren zur Prü-
fung der Jahresrechnung für das Ge-
schäftsjahr 1908.
3. Mittellungen.
Der Vorstand.
J. U.: Otto Altmendinger,
Vorstandsr. 270/4

**Krankenunterstützungs-
und
Begräbnisverein gewerb-
licher Arbeiter zu Berlin.**
Sonnabend, den 16. Januar 1909,
abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
in den Industrie-Neustädten,
Bismarckstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Kloth**
über: „Vulkan und Erdbeben“.
2. Rechnungslegung pro 1908.
3. Verschiedenes.
Gäste, auch Damen, willkommen!
Der Vorstand. 290/6
J. U.: Friedr. Freudreich,
Vorstandsr.,
S. 50, Bismarckstr. 30 II.

Direkt anschließend an den Bahnhof
Seegefeld
20 Pfennig-Tour.
R. v. 10 M. an
Verkaufsstelle am Bahnhof
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16.

Die Harnleiden
Ihre Gefahren, Verhütung und
Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN - Preis 1 Mark.
Steigensend
Kaiser Max Richter Frankfurt (Oder)
Kochschüssel-Gewinn

**JOSETTI
VERA**
CIGARETTEN m. u. o. Mandst.
erfreuen sich des besten Rufes.
Sie verbinden vorzüglichste
Qualitätseigenschaften mit
grösster Preiswürdigkeit
und bieten für beides
volle Garantie.



10 St. für 30 Pfg.

Höchste Leistung:
„Eppstania-Zigarren“
tadellos hell, mit Ring 10 Stück 50 Pf.
„Talmon“
garantiert Handarbeit,
beste 3 Pfg.-Zigarette.
General-Agentur:
Dagobert Rund
Berlin N. 21,
Gr. Hamburger Straße 1.
— Zu haben in den Zigarrenhandlungen. —



Wegen Abzug des Hauses verkaufen wir bis 1. Februar
Stoffreste
von feinerer Qualität für Anzüge, Paletots und
Hosen zu den billigsten Preisen.
J. Stock & Co., Friedrich-
straße 61.

S. Kaliski frühero Baby
Firma Baby
tätig in der Nähmaschinenbranche
seit circa 30 Jahren.
Spezialhaus für Nähmaschinen,
Kinderwagen und Metallbestellen.




1. Kleiststr. 21, am Wittenbergplatz.
2. Brunnenstr. 173, a. d. Invalidenstr.
3. Chausseestr. 50, a. d. Boyenstr.
4. Brunnenstr. 92, a. d. Köpenicker Str.
5. Schönhauser Allee 115, a. d. Ringbahn.
6. Frankfurter Str. 115, a. d. Andreestr.
7. Oranienstr. 28, an der Hochbahn.
8. Bellevuestr. 107, a. d. Hallesch. Tor.
9. Bismarckstr. 18, an der Turmstr.
10. Rixdorf, Reuterstr. 61.
11. Spandau, Havelstr. 59.
Feste u. billige Kasapreise
für Wagen u. Bestellen, die nur ich
bei dem enormen Umsatz machen
kann, auch bei 2-3 Raten.
Liefer. d. Post-Spar- u. Lehrvereine,
Bezirksv. Norden etc.
Auf Wunsch kommt Vertreter mit
Katalog.
Reparaturen in u. außer dem Hause.
6.10-55.00.

Arbeiter finden für den Winter
gute und billige Unterkleider in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Gelber Laden.

Billigste Bezugsquelle
gedieg. Trauergarderobe
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mehrstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genaue Beachtung
meiner Firma u. Haus-
nummer geboten!

Wer - Stoff - hat
fertige Anzüge nach Maß 20 M.
Ladeteiler sich, halbbare Futterlagen.
Bei Stofflieferung billigste Preise.
Franke, Adelsstraße 143,
44022* Ecke Invalidenstr.

Hygienische
Bekanntmachung, Neuost. Katalog
u. Empfehlung. Aerzte u. Prof. grat. u. n.
H. Pagar, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 61/62

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7. Sonnt. 10-12 Uhr.

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

**Arbeiter-
Notiz-Kalender**
1909
Geb. 60 Pf. Porto 10 Pf.
Ein nützlicher Ratgeber, ein un-
entbehrliches Nachschlagewerk
für alle in Partei und Gewerks-
schaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender ent-
hält u. a.: Die Reichstags-
wahlen 1909 und die Reichswahlen.
— Biogr. Notizen unserer Reichs-
tagssitzungen. — Reichs-
tagstagesberichte. — Die Bedeutung
der Landtage. — Sozialdemo-
kratische u. Gewerkschaftspresse.
— Die Gewerkschaften Deutsch-
lands. — Internationale Gewerk-
schaftsbewegung im Jahre 1908. — Uebersicht der Ge-
werkschaftssekretariate und der Vor-
stände der Zentralverbände. —
Die deutschen Gewerbe-Inspek-
toren. — Kalenderium und Ge-
schichtskalender. — Rüst- und
Geschichtstabelle. — Portofare. —
Wichtiges Adressenmaterial.
Außerdem enthält der Kalen-
der ein künstlerisch ausgeführtes
Wort-Portrait.
Er bestanden durch jede Partei-
buchhandlung und bei den Hol-
porteurin.
Der Verlag:
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68.

Man staunt Ist denn das möglich?
Fast umsonst werden jetzt im
Spezial-Konfektionshause Westmann
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a
und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115
die neuesten **Originalmodelle, Reismuster und Kopien**
in jeder Größe, auch die stärkste Figur passend, am Lager abgegeben!
Abend- u. Theatermäntel in tausendfacher Auswahl
Phantasiepaletots, Frauenmäntel, Capes, Golfjacken, Paletots, Kimonos,
== Imitierte Persianerjackets ==
Pelzjackets * Pelzmuffen * Pelzstolas
Astrachan- und Plüschkonfektion



kein Eckhaus, 2. Haus
von der Jerusalem Str.
kein Eckhaus, 2. Haus
von der Andreestr.

Wert . . . bis Mk. 42.— bis Mk. 50.— bis Mk. 60.— bis Mk. 100.— bis Mk. 275.— bis Mk. 450.— usw.
heute . . . nur Mk. 10 nur Mk. 13 nur Mk. 20 nur Mk. 30 nur Mk. 54 nur Mk. 108

Besonders billig: **Mohair-Astrachan-Mäntel, Wert das 5-fache, für 20,— Mark pro Stück.**
Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr. — Genaue Beachtung meiner Firma und Hausnummer dringend geboten!

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Koifbuser Damm

Montag
Dienstag
Mittwoch

Wirtschafts-Artikel

Waschwannen Zink mit Holzboden, starke Qualität 7.50, 8.75, 11.50
Waschzuber Zink mit Holzboden, starke Qualität 8.50, 9.75, 11.50
Füllfässer Zink 1.45
Wringmaschinen ^{1a} Qualität 9.75, 10.50

Reibemaschinen grob u. fein mahlend 95 Pf.
Gaskocher 2 Kochlöcher, emaillierter Rand und vernickelte Füsse 8.50
Gaskocher 2 Kochlöcher, 2 Wärmestellen, email. Rand u. vernick. Füsse 12.50
Teeglashalter ff. vernickelt mit Glas... 42, 75, 95 Pf.
Tee-Eier vernickelt, mit Kette 20 Pf.

Kopfbürsten 75, 95 Pf.
Kleiderbürsten 75, 95 Pf.
Kakesdosen mit vernickeltem Griff und Deckel 95 Pf.
Deckelhalter komplett mit 6 Deckeln ... 95 Pf.
Küchentisch gestrichen 5.95

Waschgarnituren 5 teilig, dekoriert 2.10, 2.60, 3.25, 4.75 grosse Form 5.75, 8.50

Porzellan weiss

Speiseteller flach 12 Pf. tief 15 Pf.
Dessertteller 5, 7 Pf.
Bratenplatten oval 48, 65, 85 bis 1.15
Gemüseschüsseln rund 25 Pf.
Saucieren verschiedene Formen 42 Pf.
Kartoffelschüsseln 68, 95 Pf.
Butterglocken 38 Pf.
Kompottschalen 3, 5, 6 Pf.
Kaffeetassen mit Untertassen 8, 10 Pf.
Kaffeekannen 48 Pf.
Zuckerdosen 10, 15 Pf.

Emaile

Schmortöpfe ohne Ring 35, 48, 60, 70 Pf.
Schmortöpfe mit Ring 48, 60, 75, 85 Pf.
Kasserollen ohne Ring 25, 30, 35, 40 Pf.
Kasserollen mit Ring 48, 55, 65, 75 Pf.
Wasserkessel mit Sack 45, 65, 75, 95 Pf.
Milchtöpfe 35, 48, 55, 65 Pf.
Waschschüsseln m. Self-napf... 48, 55, 65 Pf.
Küchenschüsseln 15, 22, 25 bis 75 Pf.

Kaffee-Service

9 Teile, ff. dekoriert 2.85, 3.25, 3.75

Porzellan dekoriert

Tafel- und Kaffeegeschirre mit modernem Rankendekor

Speiseteller flach oder tief 30 Pf.
Dessertteller 18, 22, 28 Pf.
Terrinen 2.65, 3.85
Bratenplatten rund 95 Pf., oval 90 bis 3.50
Beilageschalen 65 Pf.
Kartoffelschüsseln 2.25
Saucieren 95 Pf.
Kompottschalen 65, 90 Pf.
Kaffee- oder Teekannen 95 Pf.
Kaffee- od. Teetassen mit Untertassen 23 Pf.

Ein grosser Posten **Wachstuch-Küchentischdecken** ca. 60/100 cm 45 Pf. **Prima Wachstuche** ca. 100 cm breit 1.10

Neu eröffnet! Hubertus-Säle

Provinzstr. **Schönholz** direkt am Bahnhof.
 77/79. Telephone: Reinickendorf 180. Besitzer Rudolf Schmidt.
 Empfehle meine **Säle**, bis 2000 Personen fassend, zu **Vereins- und Familienfestlichkeiten.**
Großer Garten, zirka 4000 Plätze.
 Jeden Sonntag: **BALL** im großen Saale bei stark besetztem Orchester. 5500L*

Inventur-Ausverkauf

Unsere grossen, noch reichhaltig sortierten Lager müssen bis zum 1. Februar geräumt sein. Wir verkaufen daher **für die Hälfte bis dritten Teil des normalen Wertes**

Plüschmäntel und Jackets statt u. mit reicher Stickerei und mit Bordangarnierung **Astrachanpaletots**
Elegante Abend- u. Theatermäntel u. Capes hell und dunkel, aus weichen dicken Stoffen mit Absteife und feinem Tuch, warm gefüttert auf Seide und Wolle.

Frauenmäntel □ Eskimopaletots u. Jackets □ Backfischpaletots
Kostüme mit langen Paletots □ **3000 Kostümröcke**
 10, 15, 20, 30, 40 M. Wert bis 135 M. 3, 5, 7, 10, 12, 15 M. Wert bis 35 M.
1500 Paletots aus englischen Stoffen
 Gross Posten wollene Blusen 2 M., Sammetblusen 3 M., Spitzenblusen 5 M., Unterröcke 2 M.
Tanzstundenkleider — Ball- und Gesellschaftskleider
 Weisse Röcke und Blusen

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse
 12 Schaufenster — 2 Häuser vom Dönhoffplatz
 ☞ Sonntags geöffnet. ☜

Zu Engrospreisen

kauft man direkt in einer Herrenkleiderfabrik **Winterpaletots und Anzüge** wegen vorgerückter Saison und Umzugs. Die Fabrik hat sonst nur engros an bedeutende Herrenkonfektionsgeschäfte Berlins verkauft, daher diese **diskrete** Bekanntmachung. Bei schriftlichen Anfragen unter **A. 1** an die Haupt-Expeditoren des "Borsdorfs" wird Ihnen diese vortheilhafte Bezugsquelle umgehend angezeigelt. Auch über die Wahrfähigkeit viele Anerkennungs-schreiben vorhanden.

Heinrich Franck
 Berlin, Brunnenstr. 185
Sumatra-Decke Nr. 1401 ganz hell, Vollblatt unter 1 1/2 Pfd. deck., flatter schneeweisser Brand nur **2,90 verz.** Geschäfts-schluss 7 Uhr.

Lenkester-Cigaretten

in aller Munde.
NEW-YORK - BERLIN
 Generalvertr. f. Deutschland: S. Rund, Berlin O. Marsillusstr. 23.

Raucht Réunion-Cigaretten

Genau nach *Capo d'Or*
VINETA N°30 9PF
HARMONIE = 2PF.

Charlottenburg

F. Kunsmann Wallstr. 1
 Moderne Uhren u. Goldwaren
Teilzahlung
 monatlich 10 M. liefert Herren-Garderobe nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage.
 Nähe Bellevueplatz.
 Kasse 10%, billig.

Billige Rohtabake.
 Max Jacoby, Strelitzerstr. 52.

W. Hermann Müller, Berlin, Magazinstr. 14.
Sumatra Decke Nr. 6108 a 1,70 M. verzollt.
Java-Sumatra Nr. 6195 a 2,50 M. verzollt.
 Goldblätter mit guten Farben und feinem Brande.

Epochemachende Erfindung! Vollkommenster orthopädischer Apparat für Erwachsene und Kinder!

Bei Rückgrat-Verkrümmung

Unsymmetrie der Schulterblätter u. Hüften wirkt unbedingt bessernd mit überraschendem Erfolg der **Haas'sche lenkbare Gradehalter-Apparat**
 Patente in allen Kulturstaaten.
 Generalvortreter: **F. Menzel**, Berlin W., Potsdamer Str. 66e.
 Sprechstunden 9-12, 3-6, Sonntags 11-1.
 Verlangen Sie gratis Prospekt 5.
 Fachmännische Beratung unentgeltlich. 12/4*

Für Berlin neu und bedeutungsvoll.

Mühlhauser Rahtabak

von **Hugo Karl Hagenbruch**, Mühlhausen (Thüringen).
 Vertreter: **August Kleinert**, Berlin SW.
 Amt 6, 10 560. Großbeerenstrasse 39.

Rote Radler!

Hervorragende Qualitäts-Zigarre!
 Etwa zu 5, 7 1/2, und 10 Pfg.
 In haben in Zigarrengeß, Defilät, Restaurants, Gast- u. Schank-Lotheln.
 Vertreter für Berlin u. Umgegend:
Alfred Dieck, O. 17, Koppstr. 72.
 Telephone: Amt VII, 6178.

Rauchen Sie Phänomen Cigaretten!

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Spionageprozeß Huber vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 8. Januar. Ein eigenartiges psychologisches Problem war es, mit dem sich heute der vereinte zweite und dritte Senat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Jahn, v. Bülow zu beschäftigen hatte. Wo wäre es jemals vorgekommen, daß ein Spion selbst zum Staatsanwalt geht und sich eines mit Kuchthaus bedrohten Verbrechens selbst bezichtigt, und daß er bei seiner Behauptung beharrt hätte, obwohl ihm der Staatsanwalt wohlmeinend riet, nach Hause zu gehen? Franz Josef Huber, Maurergeselle und Gadarbeiter, ursprünglich Kammerjäger, geboren am 1. November 1861 in Morfisch, Amt Eßlingen in Baden, ist ein solcher Sonderling. Sein Mensch hatte ihn im Verdacht, für Frankreich zu spionieren. Und doch ging er vor etwa neun Monaten zum Staatsanwalt in Karlsruhe und gab an, er fühle sich durch Gewissensbisse veranlaßt, zu bekennen, daß er im Jahre 1906 einem Agenten der französischen Regierung, der ihn in seinem damaligen Wohnort Eimeldingen aufsuchte, gegen einen Vorbehalt von 300 Fr. und eine monatliche Bezahlung von 500 Fr. eine Zeichnung der Festung Stein und andere Notizen geliefert. Nur weil er mit großer Beharrlichkeit bei seiner Behauptung verblieb, wurde er schließlich in Haft genommen. Herr Huber war, wie sich herausstellte, von jeher ein großer Plinker gewesen, der lange Geschichten erfand, um andere damit zu narren. Als Sohn eines Lehrers ist er erblich belastet. Während er auf der Festung Rastatt Soldat war, hat ihn ein Pferd mit dem Hufe am Kopfe verletzt. Seitdem soll er öfter sogenannte Dämmerzustände gehabt haben, die etwa eine Woche andauern. Was er während eines solchen Zustandes getan, dessen will er sich nicht mehr erinnern können. Als er nun einige Zeit in Untersuchungshaft saß, wollte er auf einmal von dem, was er bei seiner Selbststellung behauptet hatte, nichts mehr wissen; er leugnete jegliche Schuld. Während der Untersuchungshaft selbst soll auch wieder ein Dämmerzustand eingetreten sein. Huber bildete sich ein, man wolle ihn vergiften, und er aß vier Tage lang nichts. Erst, nachdem ihm der Arzt gut zugeredet hatte, nahm er wieder Nahrung zu sich.

In der heutigen Verhandlung machte er einen vorteilhaften Eindruck. Er sprach wie ein gebildeter Mann und gab Beweise eines vorzüglich funktionierenden Gedankensinnes. Er war keineswegs bemüht, zu leugnen und erzählte eingehend, wie sich eines Tages im Jahre 1906 ein Mann, der die Züricher Mundart sprach, mit ihm befreundet und nach der Festung Stein gefragt habe. Da er dort früher gearbeitet, habe er Auskunft geben können. Der Fremde, der sich Jähny nannte und nach Ansicht der Anklage ein Agent des französischen Nachrichtenbureaus war, habe von ihm eine Zeichnung der Festung verlangt und ihm im voraus 500 Fr. dafür gegeben. Er habe die Zeichnung nur aus dem Gedächtnisse anfertigen können, aber absichtlich falsche Angaben gemacht. Auf die Bemerkung des Präsidenten, daß er dann doch den Fremden beschwindelt habe, gab er zu, unrecht gehandelt zu haben. Er versicherte, er sei ein durchaus patriotischer Mann, der nichts tun würde, um sein Vaterland zu verraten. Trotzdem behauptete er, nach Ablieferung der Zeichnung noch 500 Fr. von dem Fremden erhalten zu haben. Daraus folgert die Anklage, daß die Auftraggeber des Jähny die Zeichnung nicht für wertlos gehalten haben können. Huber meint, er habe geglaubt, Jähny sei ein Ingenieur, der sich um einen Festungsbau in der Schweiz bewerben und dazu die Notizen benutzen wolle. Nach 10 Uhr wurde die

Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen. Erschienen waren 15 Zeugen, ein militärischer Sachverständiger und drei medizinische Sachverständige. Medizinalrat Dr. Thannler erklärte den Angeklagten für verhandlungsfähig. Bei der Vernehmung der beiden anderen medizinischen Sachverständigen handelte es sich lediglich um die Frage, ob bei dem Angeklagten geistige Störung vorliegt und er die Tat in einem Zustande geistiger Unzureichungsfähigkeit begangen hat. Daß Huber an Dämmerzuständen leidet, wurde zugegeben, auch daß er seine Selbstbezichtigung in einem solchen Zustande vorgenommen habe. Während Medizinalrat Dr. Veymann aus Berlin der Meinung war, daß die Tat selbst, die sich durch mehrere Wochen hinzog, nicht in einem Dämmerzustande begangen sein könne, vertrat Privatdozent Dr. Dumke aus Freiburg (Breisgau) die Ansicht, daß man dies doch wenigstens für möglich halten müsse. — Nachdem gegen 3 Uhr die Öffentlichkeit wieder hergestellt war, ergriff der Vertreter der Reichsanwaltschaft, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Pfeiffer, das Wort. Er war der Meinung, daß der Angeklagte bei Vergebung der Tat sich nicht in einem Zustande von Geistesstörung befunden habe und daß das, was er dem französischen Agenten geliefert hat, von dessen Auftraggebern als wertvoll angesehen sein müsse, weil man sonst nicht soviel dafür bezahlt haben würde. Die Pläne der Festung Stein seien geheimzubehalten und der Angeklagte als ehemaliger Soldat, der auf einer Festung gedient habe, müsse dies auch gewußt haben. Zugabe sei, daß der Angeklagte erblich belastet und geistig minderwertig sei. Dies könne aber nur bei der Strafabmessung in Betracht kommen. Er beantrage die Mindeststrafe nach § 1 des Spionagegesetzes, zwei Jahre Kuchthaus, außerdem 5 Jahre Ehrenrechtsverlust und Polizeiaufsicht. Da die Untersuchungshaft sich ohne Schuld des Angeklagten sehr verlängert habe, beantrage er, neun Monate derselben auf die Strafe anzurechnen. — Die Beratung dauerte nur kurze Zeit. Das gegen 5 Uhr verkündete Urteil lautete auf Freisprechung. Die Begründung war nur kurz. Das Gericht hat den Beweis, daß der objektive Tatbestand festgestellt sei, nicht für erwiesen angesehen, weil nicht festzustellen war, wie die Zeichnungen beschaffen waren, die dem französischen Agenten überliefert sein sollen. — Der Angeklagte wurde sofort aus der Haft entlassen.

Führung der Verschlechterung in den Wagenbauereien ins Zeug gelegt. In einigen Großbetrieben sei ein starker Druck zum Eintritt in die gelben Vereine auf die Kollegen ausgeübt worden, daß viele Mitglieder dem Druck nicht widerstehen konnten. In den Werkstätten der Großen Berliner Straßenbahn sei im März das Verlangen, dem gelben Verein beizutreten, an die Kollegen gestellt worden. Eine Anzahl der Kollegen habe dem Verlangen stattgegeben. Die anderen, welche standhaft blieben und sich nicht in den gelben Verein pressen ließen, seien entlassen worden, so daß in den Werkstätten der Straßenbahn kein gewerkschaftlich organisierter Kollege mehr beschäftigt sei. Ganz derselbe Vorgang habe sich bei den Firmen Siemens u. Halske und Siemens-Schuckert abgespielt. Die Meister seien bei den Kollegen herumgegangen und hätten jedem bedeutet, wenn er Arbeit haben wolle, müsse er dem gelben Verein beitreten. Als durch diese Einschüchterung erst einige Kollegen sich in die Liste des gelben Vereins eingetragen hatten, zeigte der Meister diese Unterschriften den anderen Kollegen und sagte, die Unterzeichner seien freiwillig dem gelben Verein beigetreten. Diese falsche Vorpiegelung habe wieder einen Teil der Kollegen veranlaßt, dem Druck nachzugeben. Nur eine kleine Zahl sei dem Verbands treu geblieben, die seien dann kurz vor Weihnachten entlassen worden. 150 Blöße in den genannten Firmen, die früher von Verbandsmitgliedern eingenommen wurden, seien jetzt durch Gelbe besetzt. — Unter diesen Umständen sei es begreiflich, daß die Sektion in vergangenen Jahre keine Zunahme ihrer Mitgliederzahl verzeichnen konnte. Doch dürfe das die Kollegen nicht nutzlos machen. Die Sektionsleitung habe getan, was sie tun konnte, sie rechte auf die Unterstützung der Kollegen, um deren Interessen auch ferner noch besten Kräften wahrnehmen zu können.

Nachdem die Diskussion des Geschäftsberichts erledigt war, fand die Neuwahl der Sektionsleitung statt. Der bisherige Sektionsleiter Haase lehnte eine Wiederwahl aus Gesundheitsrücksichten ab. Gewählt wurden: Pelt, Sektionsleiter, Stender, Schriftführer, Schlöffer, stellvertretender Schriftführer, Linde, Kassierer, Kummel und Reine, Beisitzer, Bölgel und Schner, Protokollföhrer.

Vermischtes.

Folgeschwere Explosion in der Freiburger Gasanstalt. Aus Freiberg i. S. wird gemeldet: In der hiesigen Gasanstalt erfolgte heute früh eine schwere Explosion, wodurch das Reinigungshaus zerstört und sechs Arbeiter verletzt wurden. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß sich in dem Reinigungsraum zu viel Gas angesammelt hatte.

Ein dreizehnjähriger Luftmörder. Nach einer Meldung aus Prag sind in Radeschowitz in den letzten Tagen drei Luftmorde an kleinen Kindern verübt worden. Als Täter ist gestern der dreizehneinhalb Jahre alte Knabe Rotzschel aus dem Orte verhaftet worden.

Ein Millionendiebstahl. Von einem der Paris—Lyon—Mittelmeer-Bahn gehörigen Lastwagen wurde nach einer Meldung aus Paris gestern aus dem Frachtbureau der Ostbahngesellschaft ein Sack mit Wertpapieren in Höhe von 1 Million Francs gestohlen. Sämtliche Banken sind von dem Diebstahl verständigt. Da die Papiere auf den Namen lauten, werden sie von den Dieben nicht leicht veräußert werden können.

Verfammlungen.

Die Radierersektion des Malerverbandes hielt am Donnerstag eine Versammlung ab, in der der Sektionsleiter Haase den Jahresbericht erstattete. Der Redner sagte unter anderem: Die wirtschaftliche Depression habe sich auch im Beruf der Radierer sehr stark bemerkbar gemacht. In den Betrieben seien viel weniger Radierer beschäftigt, als im Jahre 1907. Infolgedessen sei auch der Besuch der Werkstätten und Sektionsversammlungen schwächer gewesen als im Vorjahre. Infolgedessen habe von Lohnbewegungen im größeren Umfange keine Rede sein können. Wo kleine Bewegungen und Differenzen stattfanden, seien sie ungünstig verlaufen. Die Kollegen hätten sich sogar Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gefallen lassen müssen, um Kämpfe zu vermeiden, die ausichtslos waren. In den Wagenbaubetrieben seien die Errungenschaften des Jahres 1908 größtenteils wieder verloren gegangen. Das sei juriauzuführen auf die Preisereien des Kartells der Wagenbauunternehmer. Der Wagenfabrikant Weich habe sich mit besonderem Eifer für die Durch-

Billige Verkaufsmesse

Dauer von Dienstag, dem 12. bis Montag, dem 25. Januar

Preise teilweise bis **70%** billiger als früher.

Jackett-Anzüge für Herren . . . 30.—, 24.50, 15.—, 12.—	8⁰⁰ M.	Winter-Paletots für Herren . . . 30.—, 24.—, 15.—, 12.—	7⁵⁰ M.	Knaben-Anzüge und Mäntel von	2²⁵ an
Rock - Anzüge für Herren . . . 36.—, 27.—, 21.—, 15.—	12⁰⁰ M.	Winter - Ulster für Herren 36.—, 27.—, 21.—	18⁰⁰ M.	Knaben-Stoff-Hosen von	70 an
Gehrock - Anzüge für Herren . . . 40.—, 36.—, 30.—, 24.—	21⁰⁰ M.	Kaiser-Mäntel für Herren 27.—, 21.—, 15.—	10⁰⁰ M.	Herren-Westen von	75 an
Gummi - Regen - Mäntel für Herren 20.—, 15.—, 12.—	9⁰⁰ M.	Winter - Joppen für Herren 12.—, 10.—, 6.—	4⁵⁰ M.	Herren Filz-Hüte von	75 an

Feine Anzüge, Hosen, Westen
aus Resten der Mass-Abteilungen, unter Preis

In allen Abteilungen
bedeutend zurückgesetzte Posten

Herren-Krawatten von 10 Pf. an
Wäsche, Hüte, Mützen, Schirme spottbillig.

Spezial-Haus
größten Maßstabes

Baer Sohn

Chausseestr. 29-30
11 Brücken-Str. 11
Grosse Frankfurterstr. 20

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

(Siehe Wochen-Spielplan.)

Freie Volkshöhle.
Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 3 Uhr: 2. Abteilung im Neuen Schauspielhaus: Rabagas.
Montag, den 11. Januar, abends 8 Uhr: 11. III. Abends-Abteilung im Neuen Schauspielhaus: Rabagas.

Neue Freie Volkshöhle. Am Sonntag, 10. Januar, nachm. 3 Uhr: im Deutschen Theater: Was ihr wollt; in den Kammertheatern: Hedda; im Neuen Theater: Schmarren in Fußstapfen; im Neuen Operetten-Theater: Der Opernball; im Berliner Theater: Emilia Galotti; im Schiller-Theater: Erde; im Friedrich-Wilhelms-Theater: Schachmatt; im Schiller-Theater: Ein Volkstheater; im Schiller-Theater Charlottenburg: Julius Cäsar.

Hebbel-Theater
Königsplatz 57/58. Anf. 8 Uhr.
Der Liebhaber.

Berliner Theater.
Hofstr. 8 Uhr:
Einer von unsers Leut'.
Nachm. 9 Uhr: Emilia Galotti.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Israel.
Morgen und folgende Tage:
Israel.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 35, a. d. Lindenstr. 8 Uhr: Das verwunschene Schloß.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.
Heute nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ein Walzertraum.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:

„Kümmere Dich um Amelie.“
Schwan in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feytaud.
Sonntag, 10. Jan., nachm. 3 Uhr:
Der Fisch im Ohr.
Sonntag, den 17. Januar, nachm. 3 Uhr: Wohlthätigkeitsvorstellung für den Unterhaltungsverein der Berliner-Gesellschaft: Kümmere Dich um Amelie.

Luisen-Theater.
Nachmittags 3 Uhr:
Gastspiel Hr. Bernhard Kofe.
Othello.
Abends 8 Uhr:

Fliegende Berliner.
Montag: Fliegende Berliner.
Dienstag: Die Kinder des Kapitäns Grant.
Mittwoch: 2. Gastspiel Hr. Bernhard Kofe: Othello.
Donnerstag: Die Kinder d. Kapitäns Grant.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonntag, 10. Januar, nachm. 3 Uhr:
Madame Sans-Gêne.
Abends 8 Uhr:
Sufarensieber.
Montag 8 Uhr: Sufarensieber.

Lustspielhaus.
Nachm. 3 Uhr: Inifere Käte.
Abends 8 Uhr:
Die glücklichste Zeit.

Rixdorfer Theater
Reichstraße 147.
Sonntag, den 10. Januar 1900:
Der Weg zum Herzen.
Aufspiel in 4 Akten von Ad. L'Arronge.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 68. 8 1/2 Uhr:
Gastspiel Hr. Hedwig Lange:
Zaza.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der
Kompagnieball

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der
Kompagnieball

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der
Kompagnieball

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der
Kompagnieball

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der
Kompagnieball

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der
Kompagnieball

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der
Kompagnieball

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der
Kompagnieball

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:

Sizilien.

Montag 8 Uhr: Sizilien.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Straße No. 14.
Hofstr. Sonntag Eintrittspreis:
50 Pf.

Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seeottern, Reptilien etc.

Passage-Theater.

Heute 2 Vorstellungen:
Nachm. 3-7 (kleine Preise),
abends 8-11 Uhr.

Willi Agoston
in der tollen Burlesko

Berlin im L. L.

(Berlin im leibbaren Luftschiff)
und das grandiose:
Januar-Programm.
10 erstklass. Nummern:

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadellos!

Novos in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie:
Direktor Schultz.

Massary — Perry
Holden — Bender
Giampietro — Kettner
Pfann — Thielischer.

WINTERGARTEN

Heute Sonntag:
2 Vorstellungen 2
Nachm. 3 Uhr (kleine Preise!)
Abends 8 Uhr

In beiden Vorstellungen
Fragson
der polyglotte Vortragskünstler am
Klavier in seinem Repertoire.

Olga Desmond
die Berühmtheit der Schönheits-
abende in ihr. neuen Schöpfung,
u. d. hervorragenden Jan.-Attraktionen

APOLLO Theater

Nachm. 3 1/2 Uhr: Kleine Preise!
Familienvorstellung mit: **Eine lustige Spreewaldfahrt.**
Musik von Paul Lincke.

Dazu die gewöhnlichen Spezialitäten
und Radrennen um die goldene
Armbinde v. Berlin.

Abends 8 1/2 Uhr: Das Attraktions-
programm.
Onkel Casimir.
Operette von Max Winterfeld.

Folies Caprice.

Durchschlagender Erfolg:
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Bürgerliches Schauspielhaus

Kothenstr. 7-9.
Nachmittags 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Abends 8 Uhr:

Wilhelm Tell.

Montag: Staatsanwalt Alexander.

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Neumärkter Str. 132
Abends 8 Uhr:
Brüderlein fein.

Vollständ. mit Gesang in 5 Akten von
Falkenberg. Musik von Leo Fall.
Sonntag: 8 Uhr halbe Preise: Der
Clackner von Notre-Dame.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom
Bahnhof Börse.
Das Monstre-Januar-Programm.
12 Attraktionen 12

unter anderen:
der beste Dejanoffkünstler der
Welt. Inhaber der Welt-
meisterschaft u. d. Auszeichnungen
Amerikanischer Weltkämpfer.
Zum 1. Male in Deutschland.
Ada Marcell. Preisgekrönt
Schönheit.

Am Brannen vor dem Tore.
Vollständ. mit Gesang in 1 Akt.
Familienlokale, halbe Preise,
wochentags überall gratis.

Athos.

unter anderen:
der beste Dejanoffkünstler der
Welt. Inhaber der Welt-
meisterschaft u. d. Auszeichnungen
Amerikanischer Weltkämpfer.
Zum 1. Male in Deutschland.
Ada Marcell. Preisgekrönt
Schönheit.

Am Brannen vor dem Tore.
Vollständ. mit Gesang in 1 Akt.
Familienlokale, halbe Preise,
wochentags überall gratis.

Am Brannen vor dem Tore.
Vollständ. mit Gesang in 1 Akt.
Familienlokale, halbe Preise,
wochentags überall gratis.

Am Brannen vor dem Tore.
Vollständ. mit Gesang in 1 Akt.
Familienlokale, halbe Preise,
wochentags überall gratis.

Am Brannen vor dem Tore.
Vollständ. mit Gesang in 1 Akt.
Familienlokale, halbe Preise,
wochentags überall gratis.

Am Brannen vor dem Tore.
Vollständ. mit Gesang in 1 Akt.
Familienlokale, halbe Preise,
wochentags überall gratis.

Am Brannen vor dem Tore.
Vollständ. mit Gesang in 1 Akt.
Familienlokale, halbe Preise,
wochentags überall gratis.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Ein Volksfest.
Schauspiel in 5 Akten von G. Böfen.
Deutsch von B. Lange.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Kontesse Guckerl.
Aufspiel in 3 Akten von Franz von
Schubert und Franz Koppel-Wald.

Montag, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Julius Cäsar.
Trauerspiel in 5 Akten von
William Shakespeare.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Schauspiel in 3 Akten von Brandon
Thomas.

Montag, abends 8 Uhr:
Vater und Sohn.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Kontesse Guckerl.

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165 (Pschorr-
Palast)
Ohne Schneewittchen und die sieben
Extra-Klitsch und Klitsch lebenden Zwerge.
Entree: Klitsch und Klitsch. Variété-Vorstellung der Zwerge.
Vereinbillets: Halbe Preise.

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. B. Jährlich.
Jeden Sonntag und Dienstag: [2161b]
Hamburger Sänger.
Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

Brauerei Friedrichshain

Heute Sonntag, sowie täglich:
Große Münchener Bockbier-Feste
Der berühmteste Festwirt
Schorsch Ehrengruber
aus München mit seiner Truppe (ca. 60 Mit-
wirkende). — Bedienung durch ca. 25 Oberbayr.
Mad'ln in Nationaltracht.
Täglich:
Großer Bock-Jubel u. Trubel.
Anfang Sonntags 5 Uhr. Entree 50 Pf.

Neue Welt

Hasenheide 108-114
Heute: Eröffnung
des Gr. Bayrischen Bockbier-Festes
Baron Huckls Bauernkapelle. Max von Heedes Tyrolertruppe.
Bedienung durch 30 echte Bayrische Madl.
Anfang 4 Uhr. Wochentags 7 Uhr. Entree 50 Pf. 30 "

Schöneberg.

Alle hierdurch den geehrten Vortragsgenossen, Freunden und Be-
kannten ganz ergebenst mit, doch ist das Lokal von Kreheyn,
Sachsendamm, Ecke der Geneststraße,
in Schöneberg
übernommen habe.
Zimmer zu Werkstatt-Beschreibungen, 30-150 Personen fassend,
reichen den geehrten Gewerblichen freundlich zur Verfügung.
Um gütigen Zuspruch bitte!

Schwarzer Adler

Friedrichsberg Frankfurter
Chaussee 5
(früher 120).
Inh.: Gehr. Arnold. Fernsprecher
Frankfurter Allee. Friedrichsberg No 8

Große Tanz-Reunion.

Jeden Sonntag:
Große Tanz-Reunion.

Schöneberg.

Alle hierdurch den geehrten Vortragsgenossen, Freunden und Be-
kannten ganz ergebenst mit, doch ist das Lokal von Kreheyn,
Sachsendamm, Ecke der Geneststraße,
in Schöneberg
übernommen habe.
Zimmer zu Werkstatt-Beschreibungen, 30-150 Personen fassend,
reichen den geehrten Gewerblichen freundlich zur Verfügung.
Um gütigen Zuspruch bitte!

Albert Ende, Gastwirt.

Restaurant „Zum Oder-Spree-Kanal“ — Inhaber: —
Wernsdorf. Paul Schwedler.
Dampfer u. Motorbootstation. Neue Kegelbahn für Boots-
Kreis Beckow-Storkow. Bahnhofsstation Eichwalde.
Telephon: Amt GutsMuth Nr. 15.

Die geehrten Vereine, Freunde und Gönner erlaube ich
mir während der Sommerferien auf mein in Wernsdorf am
Oder-Spree-Kanal gelegenes Restaurant ergebenst aufmerksam zu
machen. Dasselbe eignet sich sowohl, da Dampfer- und Motorboot-
station vorhanden, zu Dampferausflügen als auch zu schönen
Kreuzfahrten und Touristenfahrten. Das Lokal liegt an den beiden
schönsten Bächen des Landes, von Wald und Wasser um-
geben und ganz in der Nähe der GutsMuth'schen. Zwei große
schattige Gärten, Parkettball, Veranda, zwei neue Kegelbahnen,
große neue Sommerhalle, mehrere Zimmer stehen dem geehrten
Publikum jederzeit zur Verfügung, wie auch in allerhöchster
Reife für Speisen und Getränke zu solchen Festen bestens ge-
eignet. Zur persönlichen Rücksprache bitte ich jederzeit gerne zur
Verfügung, auch heute im wochentags wie Sonntags Dampfer in
jeder Größe zu den günstigsten Bedingungen.
In der Hoffnung, sich meiner Freundlichkeit zu erinnern, zeichnet
Hochachtungsvoll Paul Schwedler.

Verbindungen per Bahn: Station Eichwalde (Ostlicher Bahn).
Dampfer Sonntag
Montag
Mittwoch
Donnerstag

Abends 8 1/2 Uhr, nachm. 3 Uhr
u. d. Schiffsbahnstraße.
Mittwoch 7 1/2 Uhr abds.

Während der Ferien täglich außer Sonnabend und Sonntag.

Restaurant „Zum Oder-Spree-Kanal“

Inhaber: — Paul Schwedler.
Dampfer u. Motorbootstation. Neue Kegelbahn für Boots-
Kreis Beckow-Storkow. Bahnhofsstation Eichwalde.
Telephon: Amt GutsMuth Nr. 15.

Die geehrten Vereine, Freunde und Gönner erlaube ich
mir während der Sommerferien auf mein in Wernsdorf am
Oder-Spree-Kanal gelegenes Restaurant ergebenst aufmerksam zu
machen. Dasselbe eignet sich sowohl, da Dampfer- und Motorboot-
station vorhanden, zu Dampferausflügen als auch zu schönen
Kreuzfahrten und Touristenfahrten. Das Lokal liegt an den beiden
schönsten Bächen des Landes, von Wald und Wasser um-
geben und ganz in der Nähe der GutsMuth'schen. Zwei große
schattige Gärten, Parkettball, Veranda, zwei neue Kegelbahnen,
große neue Sommerhalle, mehrere Zimmer stehen dem geehrten
Publikum jederzeit zur Verfügung, wie auch in allerhöchster
Reife für Speisen und Getränke zu solchen Festen bestens ge-
eignet. Zur persönlichen Rücksprache bitte ich jederzeit gerne zur
Verfügung, auch heute im wochentags wie Sonntags Dampfer in
jeder Größe zu den günstigsten Bedingungen.
In der Hoffnung, sich meiner Freundlichkeit zu erinnern, zeichnet
Hochachtungsvoll Paul Schwedler.

Verbindungen per Bahn: Station Eichwalde (Ostlicher Bahn).
Dampfer Sonntag
Montag
Mittwoch
Donnerstag

Abends 8 1/2 Uhr, nachm. 3 Uhr
u. d. Schiffsbahnstraße.
Mittwoch 7 1/2 Uhr abds.

Während der Ferien täglich außer Sonnabend und Sonntag.

Restaurant „Zum Oder-Spree-Kanal“

Inhaber: — Paul Schwedler.
Dampfer u. Motorbootstation. Neue Kegelbahn für Boots-
Kreis Beckow-Storkow. Bahnhofsstation Eichwalde.
Telephon: Amt GutsMuth Nr. 15.

Die geehrten Vereine, Freunde und Gönner erlaube ich
mir während der Sommerferien auf mein in Wernsdorf am
Oder-Spree-Kanal gelegenes Restaurant ergebenst aufmerksam zu
machen. Dasselbe eignet sich sowohl, da Dampfer- und Motorboot-
station vorhanden, zu Dampferausflügen als auch zu schönen
Kreuzfahrten und Touristenfahrten. Das Lokal liegt an den beiden
schönsten Bächen des Landes, von Wald und Wasser um-
geben und ganz in der Nähe der GutsMuth'schen. Zwei große
schattige Gärten, Parkettball, Veranda, zwei neue Kegelbahnen,
große neue Sommerhalle, mehrere Zimmer stehen dem geehrten
Publikum jederzeit zur Verfügung, wie auch in allerhöchster
Reife für Speisen und Getränke zu solchen Festen bestens ge-
eignet. Zur persönlichen Rücksprache bitte ich jederzeit gerne zur
Verfügung, auch heute im wochentags wie Sonntags Dampfer in
jeder Größe zu den günstigsten Bedingungen.
In der Hoffnung, sich meiner Freundlichkeit zu erinnern, zeichnet
Hochachtungsvoll Paul Schwedler.

Verbindungen per Bahn: Station Eichwalde (Ostlicher Bahn).
Dampfer Sonntag
Montag
Mittwoch
Donnerstag

Abends 8 1/2 Uhr, nachm. 3 Uhr
u. d. Schiffsbahnstraße.
Mittwoch 7 1/2 Uhr abds.

Während der Ferien täglich außer Sonnabend und Sonntag.

Restaurant „Zum Oder-Spree-Kanal“

Inhaber: — Paul Schwedler.
Dampfer u. Motorbootstation. Neue Kegelbahn für Boots-
Kreis Beckow-Storkow. Bahnhofsstation Eichwalde.
Telephon: Amt GutsMuth Nr. 15.

Die geehrten Vereine, Freunde und Gönner erlaube ich
mir während der Sommerferien auf mein in Wernsdorf am
Oder-Spree-Kanal gelegenes Restaurant ergebenst aufmerksam zu
machen. Dasselbe eignet sich sowohl, da Dampfer- und Motorboot-
station vorhanden, zu Dampferausflügen als auch zu schönen
Kreuzfahrten und Touristenfahrten. Das Lokal liegt an den beiden
schönsten Bächen des Landes, von Wald und Wasser um-
geben und ganz in der Nähe der GutsMuth'schen. Zwei große
schattige Gärten, Parkettball, Veranda, zwei neue Kegelbahnen,
große neue Sommerhalle, mehrere Zimmer stehen dem geehrten
Publikum jederzeit zur Verfügung, wie auch in allerhöchster
Reife für Speisen und Getränke zu solchen Festen bestens ge-
eignet. Zur persönlichen Rücksprache bitte ich jederzeit gerne zur
Verfügung, auch heute im wochentags wie Sonntags Dampfer in
jeder Größe zu den günstigsten Bedingungen.
In der Hoffnung, sich meiner Freundlichkeit zu erinnern, zeichnet
Hochachtungsvoll Paul Schwedler.

Verbindungen per Bahn: Station Eichwalde (Ostlicher Bahn).
Dampfer Sonntag
Montag
Mittwoch
Donnerstag

Abends 8 1/2 Uhr, nachm. 3 Uhr
u. d. Schiffsbahnstraße.
Mittwoch 7 1/2 Uhr abds.

Zirkus Schumann.

Heute Sonntag, 10. Januar:
2 große Vorstellungen!
Nachm. 3 1/2 Uhr. Abds. 7 1/2 Uhr.

In beiden Vorstellungen
ungekürzt
das Pracht-Ringkampfspiel
der **Golo u. Mädchen-**
Seeräuber **Golo** u. Mädchen-
händler.
Der unüberwindliche vierbeinige
Radsport-Champion
Paet

Gloria Arnandos boxendes
Känguruh sowie das übrige ge-
samte Golo-Programm.
Nachmittags hat jed. Erwachsene
1 Kind unter 10 Jahr. frei
auf allen Plätzen außer Gallerie.
— Jedes weitere Kind halbe Preise.

Berliner Eis-Palast

Täglich geöffnet von morgens 10 Uhr
bis nachts 12 Uhr.

Konzert u. Kunstlaufen

B. O.
Blüthner-Orchester
Sonntag, d. 10. Jan., 7 1/2 Uhr:
Populäres Konzert.
Dirig.: Ferdinand Holzer.
Karten 1.50, 1.00, 0.75 M.
Blüthner-Orchester
Blüthner-Orchester
Donnerstag, d. 11. Jan., 8 Uhr:
XIV. Sinfonie-
Konzert.
Dirigent: Fritz Cassirer.
Solistin: Frä. E. v. Voigtlander.
255/15 (Viol.)
Karten 3, 2, 1 M.
Vorverk. b. Bote & Bock, Worth-
heim usw., Orchesterbureau
Lützowstr. 70a u. d. Abendkass.
am Konzerttage.

Casino-Theater

Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 21. Januar!
Über 70 Mal ausverkauft!

Die Dianabäder.

Ab Freitag, den 22. Januar
neu: „Kustand“ neu:
Sonntag 4 Uhr: Winter Grabert.

Gebüder Herrnfeld-

Theater. Vorverk.
8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.

Die beiden Bindelhands Künfterteil

und der neue
Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Das Riesen-Januar-Programm!
Franz Sobanski
Hilf Sobanski, Big Bala, G. Sonne,
Koll-Holand, The Redlocks,
The Sandermanns, Doppel-Red,
Am Brannen vordem Tore.
Hiederpiel von Lito Müller.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz nach der Vorstellung.

Wahalla Variété-Theater

Weinbergweg 19/20. Rosenk. Tor
Heute Sonntag: 2 Vorstellungen,
nachmittags 3 1/2 Uhr, keine Preise!
Jeder Besucher ein Kind frei!
u. abends 8 Uhr. In beiden Vorst.
die großen Januar-Spezialitäten.
Kass. wird d. ganz. Tages geöffnet.
Tumult: Regimentskapellen etc.
Theater-Besucher hab. freien Eintritt

Gustav Behrens-Theater.

Coltzstr. 9.
Das vollständig neue
Januar-Programm:
„Die tolle Lolo“
Gefüllt mit Gesang in 1 Akt.
„Ein Berliner muß es sein“
Gefüllt mit Gesang in 1 Akt
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.

XIV. Saison. Zirkus Busch

Sonntag, 10. Januar 1900.
Große außerordentliche
2 Gala-Vorstellungen 2

Nachm. 4 und abds. 7 1/2 Uhr.
Um 4 Uhr hat jeder Erwachsene
ein angehöriges Kind unter
10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei.
(Galerie volle Preise.)

In beiden Vorstellungen:
Lebendig begraben!
Mit Surajah, der weibliche Fakir.

In beiden Vorstellungen:
Mascotte Trio!

In beiden Vorstellungen:
Das Moto-Baby!

In beiden Vorstellungen:
Vorführung u. Reiten d. bestdressiert.
Schul-, Reit- u. Springsport.

In beiden Vorstellungen:
Sämtl. Gloriosa mit dem neuesten
Wagen und Späßen.

Nachmittags 4 Uhr:
Barbarossa!
Die besten Szenen und Balletts
aus der Pantomime.

Abends 7 1/2 Uhr:
Auswanderer
D. Neuch. Transatlant. -Pantom.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Ditt. Schumannstr. 16.
Gewonnene Herzen
Vollständ. mit Gesang und Tanz.
Ant. d. Konzerts 6. d. Bort. 7 Uhr.
Montag u. folgende Tage: Narziß.
Sonnabend, 19. Januar: Einer
von unsers Leut'.

Sanssouci, Kottbuser

Str. 6.
Direktion Wilhelm Holzer.
Heute Sonntag:
Hofmanns Nordl. Sänger
und Tanztruppen.
Zum 1. Male:
Kleinbäder in Berlin.
Aufspiel in 1 Akt.
U. a.: Luftballon-Chauffeur
Stichluft (Krause). Der
Frauen Walfen (Göhl).
Großartiges Programm.
Krieg:
Große Elite-Soiree. Tanz.
Beg. Sonntag 6, Montag 8 U.
Dienstag, 12. Jan.: Theaterabend.
Der Goldbauer.

Stadt-Theater Moabit.

Großes und vornehmstes Theater-
sitz Moabit.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2102)
Sonntag, den 10. Januar 1900:
Papageno.
Gefüllt in 4 Akten von Rudolf Knefel.
Ant. d. Bort. 7. Aufführung 6 Uhr
Konzert 9 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Montag, 11. Januar: Soiree des
Zwilling Sänger.
Vorverkauf v. 10-1 Uhr i. Theater-
Restaurant.

Puhlmanns Theater

Schönhauser Allee 148.
Heute Sonntag:
Konzert, Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.
8 Uhr: Papa Nickenbusch.
Anfang 6 Uhr.
Vorverkauf vormittags 10-12 Uhr.

Variété-Brillant

(City-Passage)
Dresdenerstr. 52/3 Annenstr. 42/3
Täglich
Intern. Ringkampf-Konkurrenz
Heute Sonntag ringen:
Schwarz (Berlin) gegen Walters
(England).
P. Meidt (Brandenburg) gegen
Peltjan (Pommern).
Gutschriftungst. mit

Restaurant Gewerkschafts- haus.

Engelauer 15.

Menu 75 Pf.

Heute Sonntag:
Roastbeefsuppe.

Café in Butter oder Smetanahohl mit
Schmelz.

Schinken in Burgunder oder Reistete
mit Sahnesauce.

Kompott oder Salat.

× **Reichhaltige Abendkarte.** ×

Wochentaglich: Großer bürgerlicher

Mittagstisch cov. 60 Pf.

2 franz. Billards.

2 Regalbahnen

Neu eingeführt:

Weißbier-Ausflank.

64512 **R. Augustin.**

Germania-Prachtsäle.

Carl Richter.

Chausseest. 110. Chausseest. 110.

Jeden Sonntag:

Paul Mantheys
lustige Sänger
(ehem. D. Steibis
Homb. Sänger)

Sein neues Programm.

Anfang 6 1/2 Uhr Eintritt 50 Pf.
mit anschließendem Familienkränzchen

von 6 Uhr ab im weißen Saal

Großer Ball.

Jeden Mittwoch:

Paul Mantheys lustige Sänger
und Frei-Tanz.

Sorglosfahrten gelten.

Alhambra

Wagner-Theaterstraße 15.

Jeden **Großer Ball**

Großer Orchester. Anfang Sonntag

5 Uhr. **A. Zameit.**

Brauerei Königstadt

Wittgensteilstraße.

Bilanz pro 30. September 1908

Riitta.	99.	99.
Grundstück-Ronto	1216672	12
Gebäude-Ronto	3124000	
Immobilien-Ronto	3470000	
Brauerei G. m. b. H.	785000	
Grundstück-Ronto	56000	
Wiesen a. D.	56000	
Grundstück-Ronto	46000	
Waldungen u. Wiesen-		
Ronto	431200	
Außenlage-Ronto	61000	
Städtische Anlage-Ronto	40000	
Vager-Ronto	101000	
Berlin-Ronto	36500	
Wiese-Ronto	60000	
Wagen u. Gefährte-Rto.	16000	
Walden-Ronto	153000	
Mobilien-Ronto	100	
Rundschau-Ronto	46500	
Reservat-Ronto	18000	
Stichtungs-Ronto	100	
Teilung-Ronto		
Berlin-Ronto	39000	
Ronto	12786	40
Ronto	37448	30
Ronto	7778	
Ronto	18426	62
Ronto	9170	84
Ronto	52000	
Ronto	72292	30
Ronto	10	
Ronto	67307	28
Ronto	70850	
	111692	49

Riitta.	99.	99.
Walden-Ronto	5700000	
Walden-Ronto	4000000	
Walden-Ronto	28050	
Walden-Ronto	5000	
Walden-Ronto	570000	
Walden-Ronto	6307	
Walden-Ronto	37229	
Walden-Ronto	564138	73
Walden-Ronto	15048	58
Walden-Ronto	3158	62
Walden-Ronto	248114	54
Walden-Ronto	251573	16
Walden-Ronto		
Walden-Ronto	37229	
Walden-Ronto	564138	73
Walden-Ronto	15048	58
Walden-Ronto	3158	62
Walden-Ronto	248114	54
Walden-Ronto	251573	16

Der Aufsichtsrat.
Leopold Friedmann.
Der Vorstand.
2. Salomon Saalfelder.
Dr. B. Friedmann.

Masken-Carrierohe

Carl Ernst
(ehem. Willi Ernst)
Röpende Str. 126, 1. Etz.
Hof IV, 5062.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzugler dieser Annonce er-
hält 10% Preisermäßigung.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 17. Januar, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 23:

Achtzehntes Stiftungsfest.

Kammermusik- und Lieder-Abend.

Werke zeitgenössischer Komponisten.

- Auszug aus dem Programm:
- Ferruccio Busoni:** Zweite Sonate für Klavier und Violine, opus 36a (Irma Saenger-Setho und Leo Kestenberg).
 - Prolog** von Ludwig Lessen (gesprochen von Ella Löran).
 - Richard Kirsch:** a) Ueber die Heide, b) Schmelz Schmerz, c) Ländler des Verliebten (Eugen Brieger).
 - Robert Kahn:** a) Stelldichein, b) Wiegenlied, c) Der Gärtner (Paula Weinbaum).
 - Walther Lampe:** Sonate für Piano-forte und Violoncello, opus 4 (Marix Loewensohn und Leo Kestenberg).
 - Hugo Kaun:** a) Daboin, b) Auf leisesten Sohlen, c) Der Sieger (Eugen Brieger).
 - Richard Strauß:** a) Mit deinen blauen Augen, b) Heimkehr, c) Heimliche Aufzehrung (Paula Weinbaum).
 - Camille Saint-Saëns:** Zweites Trio für Piano, Violine und Violoncello, opus 92 (Irma Saenger-Setho - Marix Loewensohn - Leo Kestenberg).

Nach dem Konzert: **Ball.**

Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Billetts im Vorverkauf 60 Pf., an der Abendkasse 70 Pf. inkl. Programm.
Billetts sind zu haben in sämtlichen Zahlstellen der Schule, in der Bibliothek, Grenadierstraße 37 (Mittwoch abends zwischen 8 und 9 Uhr), bei Paul Eisner, N. 58, Eberswalder Straße 19, und an der Abendkasse.

Café Meyer

Grassener Str. 128/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf.,
ca. 50 Zeitungen; 2 Billards etc. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Orts-Krankenkasse

der Schneider, Schneiderinnen
und verwandter Gewerbe
zu Berlin.

Die für das Jahr 1909 gewählten
Vertreter obengenannter Kasse werden
zu dem an
Montag, den 18. Januar 1909,
abends, im „Neuen Klubhaus“,
Kommandantenstr. 72,
stattfindenden ordentlichen
General-Versammlung
hiermit eingeladen.
Tages-Ordnung:
Erklärungswort zum Vorstande,
und zwar:
am 8 Uhr: Wahl von sechs Arbeit-
nehmer-Vorstandsmitgliedern
und drei Stellvertretern pro
1909/1910.
am 9 Uhr: Wahl von drei Arbeit-
geber-Vorstandsmitgliedern
und zwei Stellvertretern pro
1909/1910.

General-Versammlung

Zur Einleitung hieran findet am
10 Uhr die **gemeinschaftliche**
General-Versammlung
statt mit der Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Ausschusses zur Vor-
bereitung der Jahresrechnung pro
1908. 270/5
2. Verschiedenes.
Die Ähren zu den Wahlräumen
werden während der Wahl geöffnet.
Berlin, den 9. Januar 1909.
Der Vorstand,
Gustav Nahlow, Paul Doritz,
Vorstand, Schriftführer.

8. Abänderung

zum revidierten Statut der Orts-
Krankenkasse der Schneider,
Schneiderinnen und verwandter
Gewerbe zu Berlin.
Beschlüssen in der außerordentlichen
Generalversammlung vom 20. Oktober
1908.

Artikel I.
§ 21. Im Absatz I, 7. Zeile, sind
die Worte „Absatz II“ zu streichen.
§ 22. Im Absatz II, 3. Zeile, sind
die Worte „Absatz II“ zu streichen.
§ 23. Absatz I erhält die Fassung:
Die Beiträge sind an jedem Monats-
tage für die bestimmende Woche
fällig und werden in den vom
Vorstande festzusetzenden
Fristen, höchstens jedoch sechs-
wöchentlich, von den Rentenbesitz-
ern laut angelegten Rechnungen
abgeholt.
Absatz II:
Für diejenigen, welche im Laufe
einer Woche Mitglieder der Kasse
werden, ist der auf die Woche
entfallende, in der Woche zu be-
stimmende Beitrag an dem nächst-
folgenden Zahlungstermine zu
entrichten; dasselbe gilt auch für
Beitragspflichtige, welche im Laufe
einer Woche aus der Beschäftigung
austraten.

§ 24. Absatz I ist zu streichen. Der
letzte Absatz wird dem § 31 angefügt.
§ 37. Als Absatz III wird folgendes
angefügt:
Die Krankenkasse und Pensionen-
verhältnisse sämtlicher Kassen-
angehörigen werden vom Vorstande
vorhanden im Sinne der Beschlüsse
der Generalversammlung geregelt
und sind die erforderlichen Maß-
nahmen zur Kranken-, Invaliden-
und Pensionversicherung als
persönliche Vermögensgegenstände zu
betrachten.

§ 32. Im Absatz I, letzte Zeile, ist
unter „Wertpapier“ einzufügen:
„oder Hypothek.“ 270/6
Artikel II.
Vorstands-Abänderung tritt mit
dem 1. Januar 1909 in Kraft.
Berlin, den 20. Oktober 1908.
Der Vorstand,
Gustav Nahlow, Paul Doritz,
Vorstand, Schriftführer.

Genehmigt durch Beschluß vom
15. Dezember 1908.
Der Bestätigungsbeschuß zu Berlin.
Abteilung II. Kaiser.
(L. S.)
H. C. 102. 08.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis

Kunst-Abend

am Sonntag, den 17. Januar 1909,
in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18
(großer Saal) unter Leitung der
Frau Margarete Walkotte

Nach Schluß der Vorträge Tanz.
Sich hieran beteiligende Herren
zahlen 50 Pfennig nach.
Saalöffnung 4 Uhr, Anfang 5 Uhr.
Eintrittskarten a 50 Pfennig
sind bei allen Bezirksführern und in den Parteispeditionen:
Auguststraße 58 und Inmannsikirchstraße 12 zu haben.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.



Berliner Volks-Chor

Sonnabend, 16. Januar 1909,
abends 8 1/2 Uhr
in
Happoldts
neuem Konzertsaal
Hasenheide 32-38:

Heiterer Lieder-Abend

von Herrn
Swen Scholander

(Begleitung: Schwedische Laute von 1797)
Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Vorverkauf einschl.
Garderobe 70 Pf., Abendkasse 1 M.
Nach dem Konzert
Geselliges Beisammensein mit freiem Tanz.

Billetts sind zu haben bei F. Brinkmeyer, Alexandrinen-
straße 25; F. Niemeier, Webersstr. 19; H. Boblen, Kom-
mandantenstr. 62; C. Heinrich, Nixdorf, Münchener Str. 19;
P. Horsch, Engelauer 15; Gustav Schulz, Admiralstr. 40a;
C. Beyer, Veteranenstr. 11; R. Röhle, Musikantengeschäfte,
Moritzplatz; Sommerfeld & Co., Rosenthaler Str. 31; P. Ihm,
Wrangelstr. 58; H. Fischer, Veteranenstr. 6; Tabakarbeiter-
Genossenschaft: Fehmarnstr. 8, Kopenhagener Str. 2,
Putzstr. 15, Theaterstr. 18, Kopernikusstr. 11, Petersburger
Str. 5, Swinemünder Str. 59; sowie in allen mit Plakaten
belegten Handlungen. 290/7

Saal Bochstein, Linkstr. 42. Heute, Sonntag, abds. 8 Uhr
Dr. Alfred Daniel
Das vollst. neue, überwieg. humorist. Vortragsprog., u. a. auf
allg. Wunsch nochmals Ovids Liebeskunst. Gr. Heiterkeitserfolg.
Karten 1, 2, 3, 4 M. ab 7 Uhr a. d. Saalkasse, vorh. b. Kastellan.

Zentralverband der Schmiede

(Zahlstelle
Berlin).
Sonnabend, den 16. Januar 1909:
Großer Wiener Maskenball
in Freyers Festsälen (fr. Keller), Koppenstr. 23.
Anfang 6 1/2 Uhr. Ende, wann's aus ist!
Hierzu laden wir unsere Mitglieder,
Kollegen und Freunde ergebenst ein.
Billetts sind in den Zahlstellen und im Bureau zu haben.
170/1* Das Komitee.

Waldmannslust. Bergschloß-Restaurant u. Café, Waldmannslust.

Sonntag, den 10. Januar 1909:
erstes Großes Bockbier-Fest,
wogu ergebenst einladet
Der Wirt:
Rud. Heinrichs.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokale: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Tr.

Zehrplan für das 1. Quartal 1909.

Montag: **Naturerkenntnis.** (Zweiter Teil.)
Die Entstehung der Erde. Die Erdzeitalter. Die Entwicklung
des Lebens und die Urzeugung. Darwin und der Darwinismus.
Die Entstehung der Arten. Die Beweise für die Abstammungs-
lehre. Die körperliche und geistige Entwicklung des Menschen.
Vortragender: Emanuel Wurm.

Dienstag: **Gesetzeskunde.** (Deutsches Reichsstrafrecht.)
I. Die Entwicklung des deutschen Strafrechts: Von der Hufe
zur Kriminalstrafe. Volkrecht und Juristenrecht. Strafrechts-
grenzen und Milderungen. Das geschriebene Strafrecht bis zum
Reichsstrafgesetzbuch. Die strafrechtlichen Nebengesetze.
Landesstrafrecht. II. Das geltende Strafrecht. Allgemeiner Teil:
Voraussetzungen der Strafbarkeit. Straftatbestände, Milde-
rungs- und Verschärfungsgründe. Einteilung der strafbaren
Handlungen und der Strafen. III. Besonderer Teil. Die ein-
zelnen Straftaten in bezug auf: I. Staat und öffentliche Ord-
nung (Hoch- und Landesverrat. Majestätsbeleidigung. Aufruhr
und Widerstand gegen die Staatsgewalt usw. Religionsvergehen).
2. Rechts- und Verkehrssicherheit (Meineid. Münzfälschung.
Urkundenfälschung). 3. Ehe und geschlechtliche Sittlichkeit.
4. Persönliche Freiheit (Freiheitsberaubung und Nötigung) und
Ehre (Beleidigung). 5. Leben und Gesundheit (Tötung, Körper-
verletzung, Zwangskampfe, Verletzung der Arbeiterschutzgesetz-
e). 6. Vermögen (Diebstahl und Unterschlagung. Raub und Er-
pressung. Morderei. Betrug und Untreue. Wucher. Zoll- und
Jagdvergehen). 7. Sachbeschädigung und gemeingefährliche
Handlungen. 8. Amts- und Berufsvergehen. 9. Uebertretungen.
10. Spezialgesetze. Militärstrafrecht. IV. Der Strafvollzug.
Haupt- und Nebenstrafen. Polizeilicher Strafvollzug. Die Jugend-
lichen im Strafrecht. V. Wesen und Zweck des Strafrechts.
Strafrechtstheorien und Tatsachen. Schutz der Gesellschaft und
Unterdrückung. Besitz und Autorität als maßgebende Interessen.
Klassenrecht und Klassenjustiz. Der Mißerfolg des Strafrechts
und die Strafrechtsreform. Ersatz der Strafe durch Sozial-
politik. Erziehung und Austero. Sozialismus und Strafrecht.
Vortragender: Simon Katzenstein.

Mittwoch: **Gewerkschaftswesen.** (Die Praxis der Gewerkschaftsagitatorien.)
Grundsätze der modernen Gewerkschaftsorganisation. Gewerkschaftliche Demokratie und Disziplin. Kleinagitation. Versammlungswesen. Taktik bei Lohnkämpfen. Aufgaben der Arbeiterausschüsse. Unsere Stellung zu den gewerkschaftlichen Organisationen. Fachpresse (Berichterstattung usw.). Statistik. Literatur.
Vortragender: Emil Dittmer.

Donnerstag: **Rednerschule.**
1. Die Bedeutung und Notwendigkeit der freien Rede. Die Grenzen der natürlichen Boredeamkeit. Die Redekunst. Die Rede nach Form und Inhalt. Dispositionslehre. 2. Technische Hilfsmittel: Die Registratur. Die Nachschlage-Bibliothek. Das Manuskript. 3. Praktische Übungen im Reden und Diskutieren.
Vortragender: Max Grunwald.

Freitag: **Nationalökonomie.** (Einführung in die Nationalökonomie. Zweiter Teil.)
Das geschichtliche Eingreifen des Kapitals in die Produktionsbedingungen. Der Charakter der Wirtschaftsgeschichte seit dem Ausgang des Mittelalters. Die Entwicklung der mittelalterlichen Produktionsweise über Kooperation und Manufaktur hinweg bis zur großen Industrie der Gegenwart. Der Einfluß dieser geschichtlichen Umwälzungen auf die Lage der Arbeiterklasse.
Vortragender: Julian Borchardt.

Sonnabend: **Geschichte.** (Geschichte des Sozialismus. II. Teil.)
Sozialismus und Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. 1. Die industrielle Revolution in England; Robert Owen. 2. St. Simon und Fourier. 3. Chartistenbewegung und Sozialismus. 4. Das französische Proletariat und die französischen Sozialisten zur Zeit des Bürgerkönigtums. 5. Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung; Weitling. 6. Marx und Engels. Die Grundzüge des wissenschaftlichen Sozialismus. 7. Kommunistenbund und Kommunistisches Manifest. 8. Von der Februarrevolution zur Junischiacht. 9. Proletariat und Sozialismus in der deutschen Revolution. 10. Die französische Arbeiterbewegung bis zum Staatsstreich Louis Napoleons.
Vortragender: Dr. A. Conrady.

Dienstag: **Historischer Materialismus.** Einführung in die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus. (Praktische Anwendungen.)
Vortragender: Dr. A. Conrady.

Rummelsburg.

Donnerstag: **Geschichte.** Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts. (Zweiter Teil.)
1. England zur Zeit der Chartistenbewegung und der Antikornengesetzgebung. Frankreich unter dem Bürgerkönigtum. Februarrevolution 2. Deutschland und Italien vor dem tollen Jahr. Die Märzrevolutionen. 3. Der Niedergang des Christentums. Die Pariser Junischiacht. Die Wahl Louis Napoleons. 4. Die deutschen Parlamente. Wiener Oktoberrevolution. Der Staatsstreich in Preußen. Italien. 5. Die Zeiten der Reichsverfassungskampagne und des Krieges in Ungarn. 6. Frankreich bis zum Staatsstreich. 7. Die fünfziger Jahre. Italien. Polen und Rußland Bürgerkrieg in Amerika. 8. Die Internationale. Lasselles Agitation. Die Konfliktzeit. 1868. 9. Die Zeiten des siebenjährigen Krieges und der Pariser Kommune. 10. Ueberblick über die Geschichte der letzten Jahrzehnte des Jahrhunderts.
Vortragender: Dr. A. Conrady. Dieser Kursus findet im Lokal der Witwe Weigel, Türschmidtstr. 45 statt und beginnt Donnerstag, den 21. Januar 1909.

Lichtenberg.

Nationalökonomie. Grundzüge der Finanzwissen-
schaft.
1. Begriff und Inhalt der Finanzwissenschaft. Finanzwirtschaft. Staatsfinanzwesen. Budget. 2. Staatsausgaben. 3. Staatseinnahmen: Erwerbseinkünfte. Abgaben. Gebühren. Steuern. 4. Staatsschuldenwesen. 5. Die Finanzen des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten. 6. Die Reichsfinanzreform. Vortragender: Max Grunwald. Dieser Kursus findet im Restaurant Paul Schwarz, Dorfstraße 25/28, statt und beginnt am Freitag, den 22. Januar 1909.

In Berlin beginnt der Unterricht in **Naturerkenntnis:**
Montag, 18. Januar; **Gesetzeskunde:** Dienstag, 19. Januar; **Geschichte (Fortgeschrittenkursus):** Dienstag, 19. Januar; **Gewerkschaftswesen:** Mittwoch, 20. Januar; **Rednerschule:** Donnerstag, den 21. Januar; **Nationalökonomie:** Freitag, den 22. Januar; **Geschichte:** Sonnabend, 23. Januar.
Zum **Fortgeschrittenkursus** werden nur circa 25 Teilnehmer zugelassen, welche schon mindestens einen Kursus in Geschichte oder Nationalökonomie besucht haben müssen. Meldungen zu diesem Kursus sind bis zum 11. Januar an den Vorsitzenden zu richten.
Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.
Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Grenadierstraße 37. Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen:
Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Bernauerstr. 42; Vogel, Lortzingstr. 57; W. Kaczorowski, Ravenstr. 6; Horsch, Engelauer 15.
Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Otto Geithner, Berlin NO. 18, Friedenstraße 70 III, rechts, Geldsendungen an den Kassierer H. Könige, Berlin S. 34, Hasenheide 58, zu senden.
Der Vorstand.

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, 16. Januar, finden in dem Lokal von Heidenreich, Kaiser-Wilhelm-Straße 29/31 und im Restaurant Dohn, Kaiser-Wilhelm-Straße 34 in Lankwitz Maskenbälle statt; ersterer ist vom dortigen Hauspersonal, letzterer vom Musikverein „Gresendo“ arrangiert. Beide Lokale stehen der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung und bitten wir bei etwaigem Biletangebot genau darauf zu achten, da am gleichen Tage der dortige Arbeitergesangverein ebenfalls seinen Maskenball im freien Lokal von Breuer, Mariensfelder Straße 17b feiert.

Der **Beerdigungsverein Mariendorf** veranstaltet im Lokal von Kauh, Dorffstraße, Ede Grohbeeren Straße in Mariendorf, einen Maskenball. Auch dieses Lokal ist für die Arbeiterschaft gesperrt und sind daher alle angebotenen Biletts entschieden zurückzuweisen.

Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Für die Bezirke 236 bis 241 findet ein gemeinschaftlicher Zahlabend verbunden mit einem Vortrag über „Nationalökonomie“ am 13. Januar 1909, abends 8 Uhr, bei H. Jögel, Alexandrinenstr. 32, statt. Im rege Beteiligung ersucht Der Abteilungsleiter.

Karlshorst. Mittwoch, 13. Januar, Zahlabend bei Sabrowski, Treßlowallee.

Abteilerhof. In dem am nächsten Mittwoch stattfindenden Zahlabend finden die Neuwahlen der Bezirksführer und Kassierer statt. Der Vorstand.

Gelner. Mittwoch, 13. Januar, findet die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Wahl des gesamten Vorstandes, 3. Wahl eines Zeitungspediteurs und Kommission, 4. Aufnahme neuer Mitglieder, 5. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Sonnabend, 16. Januar: Volksversammlung. Referent Genosse Stadthagen. In dieser Versammlung Freitagabend 7 Uhr: Gaudjettelverteilung.

Kosowatz. Am Mittwoch, 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet die Versammlung des Wahlvereins im Schmiedischen Lokal, Wilhelmstraße 41-43, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliches, 2. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre, 3. Wahl des Vorstandes und der Funktionäre, 4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Straßendelikatessen im Winter.

Obwohl der Straßenhandel erheblich eingengt ist gegen früher, wobei abendlein den Händlern das Leben so sauer wie möglich gemacht wird, fällt sein Dasein immerhin an manchen Stellen auf durch die Produkte und Waren, die öffentlich feilgeboten werden. Gegen den Sommer hat sich das Bild merklich verschoben. Für die kleinen und großen Leckermäuler, die noch im unfreundlichen Oktober auf offener Straße ihr Himbeer- und Vanilleeis in Wassern mit verzückten Augen den Weg alles Erhabenen gehen ließen, gibts vorerst nichts mehr solcher Art zu schleckern. Der Winterstimmung werden andere Straßendelikatessen zurechtgemacht, die den lebendigen Eißblock austauen, ihm den halb-erfrorenen Menschenmogen wieder wärmen sollen. Da sind zunächst die vom Arbeiterstande recht lebhaft in Anspruch genommenen weißgestrichenen Handlarren des Vereins für Volkshygiene, die allerdings auch im Sommer Erfrischungstränke feilboten, aber ihr bestes Geschäft doch im Winter machen. Für einen halben oder ganzen Nickel erhält man hier, so es passat, guten Kaffee, Kakao oder Tee nebst Gebäck, auch belegte Stullen und Schrippen, Eier- und warme Würstchen. Spirituosen im Umherziehen feilzubieten, ist gefehlich verboten. Sonst könnte man um die jetzige Jahreszeit in den Straßen der Reichshauptstadt sicher auch einen steifen Grog genehmigen. Die Wurstantant im Lustgarten sind trotz aller Verurteilung auf ihre Volkstümlichkeit und angebliche „historische“ Rechte endlich doch von der Stütze ihres jahrzehntelangen Wirkens durch eins der bekannnten Nachtworte verbannt worden. Glücklicher waren ihre Berufskollegen in der Friedrichstadt und anderen belebten Nachtgegenden, die verschiedenen „Wurst-Wäge“, von deren duffender Ware im blanken Messingfessel noch immer die Sage geht, daß sie zuweilen „anschlügt“. Allerlei Fischdelikatessen, Strabben in Welee und Süßkoteletts, die kürzlich ein unternehmender Kopf in den Straßenhandel brachte, werden sich wohl schwerlich „Junge“. Warum fährt der Mann nicht am frühen Morgen mit sauren Gurken und Peringen herum? In New York, das auch darin weit vorgeschrittener ist als unsere engstirnige Metropole, findet auf der Straße selbst der Katermagen seine Befriedigung, in ziemlich elegant eingerichteten, mit kleinen Stipplähen an der offenen Außenseite versehenen Wagen, wo man im Jahre oder Stillstehen sogar in Bouillon und Beefsteaks oder in Eierspeisen sich laben kann. Eine echt berlinische Erscheinung ist dagegen die fliegende Kartoffelpuffer-Bäckerei. Nicht mal schlechte Ware ist's, die für 5 Pfennig pro Stück weggeht wie ein Nord voll warmer Semmeln. Die Arbeit des Backmeisters vollzieht sich ja auch so einfach. Ein Eimer voll Kartoffelbrei, ein Konglomerat von Fett und ein Holzohlenfeuer — fertig ist in drei Minuten der Kartoffelpuffer von der Größe eines kleinen Tellers. Häuserweit zieht der eigenartige Wohlgeruch und lockt namentlich abends, wenn alle Ragen grau sind und man sich nicht so zu genieren braucht, zahlreiche Liebhaber an. Fehlen eigentlich nur noch die Bratartoffeln mit berlinischer Beilage! Auch in Paris schwärmt man im Winter für warme Erdäpfel auf offener Straße. Aber hier an der Seine werden sie mit der Schale geröstet. Der Käufer kann sie an Drei und Stelle berühren oder in die Tasche stecken und sich die Hände dran wärmen.

Der Verband der Sausgeschäfte von Berlin und den Vororten hat an den Magistrat Berlin und andere Behörden eine Eingabe gerichtet mit der Bitte, bei der Ausführung von Tagelohnarbeiten diejenigen Stundenlohnsätze zu bewilligen, welche er in Gemeinschaft mit der Bau-Junung aufgestellt hat und an die nach den Bestimmungen der mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossenen Tarifverträge die Mitglieder des Verbandes gebunden sind. Der Verband der Sausgeschäfte weist darauf hin, daß anderenfalls die behördlichen Arbeiten solchen Unternehmern zufallen, die durch Lohn-

drückerei auf Kosten der Arbeiter ihren Verdienst suchen und dadurch die herrschende Krisis verschärfen.

Die polizeiliche Bestimmung über die Futtermittel für Milchkühe. Uns wird geschrieben: „Der „Vorwärts“ vom 7. Januar druckt eine vom Polizeipräsidenten veröffentlichte Bekanntmachung des Oberpräsidenten in Potsdam über die Futtermittel ab, die im Jahre 1909 an Rindermilchkühe verfüttert werden dürfen. Dieses Verzeichnis ist ein klassisches Beispiel dafür, was alles hinter dem grünen Tische angeordnet wird.“

Es heißt da: „1. Wiesenheu; es muß gut gewonnen sein, frische Farbe und aromatischen Geruch besitzen, nicht mit giftigen Pflanzen und nicht in nennenswerter Menge mit wenig gedeihlichen Kräutern durchsetzt, nicht schimmelig, dumpfig, staubig und mit Befallspilzen überzogen sein...“ Hier ist es zunächst ungewiß, ob sich das „gut gewonnen“ nur auf die Art der Ernte bezieht, also daß es nur bei trockenem Wetter gemäht, umgewendet und eingefahren sein muß, oder ob es sich auch auf die Qualität des an Rindermilchkühe verfütterten Wiesenheues bezieht und die Vorbedingungen dafür, die Adaptierung und Düngung des Bodens, die Aussaat usw. Dann ist nicht zu vergessen, daß jede Pflanze beim Trocknen ihre frische grüne Farbe mehr oder weniger verliert und daß es auch sehr gute Futterkräuter gibt, die gar keinen Geruch haben, während manche giftigen Pflanzen, wie Hundspetersilie und Wasserschierling, aromatisch riechen. Diese Bestimmungen sind also sehr unzuverlässig. Was soll man aber erst zu dem folgenden Saptel sagen: „... es muß... nicht mit giftigen Pflanzen und nicht in nennenswerter Menge mit wenig gedeihlichen Kräutern durchsetzt... sein“? Sind schon Landleute wie Städter darüber, welche Pflanzen für die Kühe giftig sind, lange nicht so sicher orientiert, wie die Kühe selbst, die die giftigen, resp. ihnen schädlichen Pflanzen einfach auf der Wiese stehen lassen und auch im Heu nicht berühren, so dürfen darüber, was unter „wenig gedeihlichen Kräutern“ und unter einer „nicht nennenswerter Menge“ derselben zu verstehen ist, unter den gelehrten und ungelehrten Landwirten die Meinungen noch unbestimmter sein. Die meisten geben eben das Heu, wie sie es in hergebrachter Weise von der Wiese geerntet haben und ob es da 5 Proz. oder 10 Proz. oder 30 Proz. der berrmeintlich „wenig gedeihlichen Kräuter“ enthält, wissen sie nicht und werden sie auch kaum versuchen festzustellen. Daß dumpfes, unreines und schimmeliges Stroh nicht verfüttert werden darf, ist eigentlich selbstverständlich, und solches wird so leicht kein Landwirt den Kühen geben, da jeder weiß, daß er dann den größten Schaden durch geringe Qualität und Quantität der Milch hat. Von Roggen- und Weizenstroh soll nur gute, unterfälschte und nicht verdorbene verfüttert werden und von Hafer-, Gersten- und Roggenschrot nur gutes, unterfälschtes und unverbodenes. Ganz unersichtlich ist dabei, warum nicht ebenso gut unterfälschtes und unverbodenes Weizenschrot und Hafer- und Gerstenschleie verfüttert werden dürfen. Leinsamenmehl und Biertreber sollen nur in vorzüglicher Qualität verfüttert werden. Hiernach bleibt es ungewiß, ob dieses Leinsamenmehl aus nicht entleerten Leinsamen oder aus entleerten, d. h. abgepresstem Leinsamen hergestellt sein soll. Tatsächlich wird allgemein letzteres verfüttert, aber ebenso sehr und mit ebenso gutem Erfolge das Mehl von Raps- und Sojabohnen, wenn letztere auch nicht angegeben sind. Zugelassen sind als Nr. 7 in der jüngsten Bekanntmachung vom vorigen Jahre „Steffens Original-Juderhühner“ als Milchfuttermittel, das den agrarischen Futterbesitzenden einen willkommenen Absatz für ihre Hühnerhühner und Streupresse bietet. Alle anderen Futtermittel sind verboten.

Diese Bekanntmachung ist seit 4 Jahren wohl in allen Amts- und Kreisblättern zwingig- und mehr mal abgedruckt worden, aber kein Beamter hat sich gesagt, daß eine Bekanntmachung mit so unbestimmten und unverständlichen Ausdrücken wie z. B. „wenig gedeihlichen Kräutern“ und „nennenswerter Menge“ nicht richtig befolgt werden kann. Die häufige Veröffentlichung solcher Bekanntmachungen schadet aber schließlich auch die Beachtung solcher Bekanntmachungen ab, die nicht so unklar sind.“

Ein Skandal in der Sattlerinnung.

Gegen den Vorstand in der Zwangsinnung der Sattler ist in den Reihen der Mitglieder helle Empörung ausgebrochen. Es wurden Unregelmäßigkeiten in der Kassensführung eruiert, die dem Kassierer Haase zur Last gelegt werden. Der Vorstand, mit dem Obermeister H. Jechle an der Spitze, hat versucht, diese Unregelmäßigkeiten zu verdecken und zu verstecken; er hat in einem Falle sogar an die Behörde das Gesuch gerichtet, die Angelegenheit niederzuschlagen. Von der Gewerbe-Deputation des Magistrats sind die Kasien der Sattler, Hämmer- und Tischnerinnung untersucht worden, und man hat „erhebliche Mängel“ vorgefunden. Es ergaben sich seit dem Jahre 1903 Fehlbeträge in jedem Jahre, die etwa auf 1000 M. — von anderer Seite wird behauptet 2000 M. — angewachsen sind. Zuerst wurde im Januar 1908 revidiert, dann im Oktober 1908. Schon gleich nach der ersten Revision wurde dem Vorstand von der Behörde aufgegeben, die Fehlbeträge umgehend zu regeln, aber es geschah nichts dergleichen, man machte sogar die Dummheit, die Behörde zu bitten, die Angelegenheit niederzuschlagen. Von diesen Vorgängen hatten die Mitglieder keine Ahnung und sie hätten noch nicht erfahren, wenn nicht eine er-wachene Opposition in der Innung einen Herrn W. Förster in den Vorstand gewählt haben würde. Dieser Herr war das enfant terrible (das Sündenkind) für die übrigen Vorstandsmitglieder, besonders für den Obermeister Jechle. Dieser hielt die ganze Angelegenheit vor Herrn Förster geheim. Vorstandsbeschlüsse wurden gefaßt, ohne Herrn Förster hinzuziehen, den man vollständig kaltstellen versuchte. Das ging aber auf die Dauer nicht an, Förster kam hinter die Schliche und blies Alarm. Von der Behörde selbst erhielt er die Information ganz zufällig. Jetzt schien es, als müßte die Giftblase platzen. Sensationell wirkte die erste Enthüllung auf die Mitglieder; ein Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung wurde von 185 Mitgliedern unterzeichnet. Diese Versammlung fand am Freitagabend im Saale der „Neuen Philharmonie“ Köpenicker Straße statt. Obermeister Jechle führte den Vorsitz. Er mußte die Anklageerben nicht nur aus der Versammlung über sich ergehen lassen, sondern auch vom Vorstandstische selbst, wo sich Herr Förster erhob und ruhig und sachlich, aber mit großer Schärfe den Obermeister angriff. Dieser machte viele Versuche, die Anklage zu entkräften und sprach im Wiedermeiertone zu seinen Innungsbrüdern. Er kannte offenbar seine „Pappenheimer“ und erzählte ihnen, das fehlende Geld in der Kasse sei ersetzt, es handele sich nur um Rechenfehler, die Innung werde keinen Schaden leiden; alles sei nur in bester Absicht von ihm unternommen worden. Als dümmster Streich gelang er selbst das Schreiben an die Behörde zu, damit die Angelegenheit niedergelegt werde, aber auch hier habe er nur aus Freundschaft gegen Haase gehandelt. Die Innungsbrüder hatten ein Einsehen, sie wurden weich gestimmt. Neben wurden geschwungen zugunsten des Obermeisters, der bald merkte, woher der Wind wehte und seelenruhig ein Mittrauensvotum zur Abstimmung bringen ließ. Keine Beschuldigung ist widerlegt worden und doch brachte es das Mittrauensvotum gegen den Vorstand in geheimer Abstimmung nur auf 79 Stimmen gegen 88, die dem blamierten Vorstand ihr Vertrauen bewahren. Die Opposition hatte eine Niederlage erlitten. Eine Kraftprobe wird sie noch bei der in 14 Tagen stattfindenden Neuwahl des Vor-

standes zu bestehen haben. Die Amtsdauer ist abgelaufen, Herr Jechle hat nicht etwa sein Amt niedergelegt, das ihm mit 1400 M. pro Jahr bezahlt wird. Der Kassierer erhält 400 M., der Schriftführer (für 4 Protokolle) 200 M. Und doch diese Lotterwirtschaft! Obendrein gelten diese Posten als „Ehrenämter“! — Das ist ein nettes Bild von einer Zwangsinnung. —

Kranz- und Blumensträuße aus den Markthallen ausgeschlossen. Nach Verfügung des Polizeipräsidenten dürfen die Markthallenstandinhaber, die bisher den Handel von Kränzen mit und ohne Schleifen sowie von Blumen und Blumensträußen aller Art betrieben, nur noch lose Schnittblumen verkaufen. Durch das jegliche Verbot wird der Kränzhandel in den Markthallen vollständig unterbunden. Es ist nämlich fortan in den Markthallen der Verkauf solcher Blumengebinde untersagt, zu deren Befestigung Draht dienste. In der Gegenwart werden aber auch kleine, wenig kunstvolle Kränze mit Draht gebunden, ebenso wie dieser beim Strauß oder bei dem Verkauf einzelner Blumen eine Rolle spielt. Das Verbot, durch das besonders die Blumenstandinhaber in der Zentralmarkthalle und der Markthalle in der Lindenstraße schwer betroffen werden, ist auf das Betreiben der Blumengeschäftsinhaber zurückzuführen. Der Handel hing mit dem Verkauf von Kränzen und Sträußen für die nahegelegenen Kirchhöfe zusammen. Eine Deputation der betreffenden Standinhaber begab sich inzwischen zu der Direktion der Markthallen, um auseinanderzusetzen, daß sie sich gewöhnen sehen, ihr Geschäft aufzugeben, wenn das Verbot in Kraft bleibe! Auf eine Vorstellung auf dem Polizeipräsidentium wurde den Standinhabern ein abnehmender Bescheid; das einzige, was ihnen zugestimmt wurde, war eine Verlängerung der Galtensfrist um acht Tage. Unseres Erachtens liegt zu der Maßnahme der Polizei nicht der geringste Grund vor.

Der Zusammenschluß der beiden Vereine Konsumgenossenschaft Berlin n. Umgegend und Berliner Consum-Verein scheint den gegenseitigen Erwartungen mehr und mehr zu entsprechen. Während der November 1908 310,51 M. brachte, betrug der Umsatz im Dezember 265 602,00 M. Von den 40 Verkaufsstellen, die daran beteiligt waren, hatten bereits 4 einen Umsatz von über 10 000 M. Der Halbjahresumsatz betrug 1 150 009,52 M. gegen 883 437,11 M., das ist eine Steigerung von 266 572,41 M. Die Hausanteile, welche zu 100 M. und 20 M. auch an Nichtmitglieder veranschlagt und mit 4 Proz. verzinst werden, gehen trotz der Krise leiblich ab und sind bereits, laufend vom 1. Januar ab, 15 000 M. von der halben Million aufgebracht. Die Waren werden jetzt durch eigenes schmuckes Auto an die Verkaufsstellen verteilt. Die Mitgliederzahl hat 18 000 überschritten und sollte die große Masse der arbeitenden Bevölkerung diese bald verdoppeln helfen.

Eine arge Verkehrshörung von längerer Dauer entstand am Freitagabend um 7 Uhr auf dem Spittelmarkt durch die Entgleisung des Triebwagens 2721 der Straßenbahnlinie 78, Ringbahnhof Frankfurter Allee—Wilmersdorf. Der Wagen entgleiste, als der Vorderwagen die Weiche vor dem Warenhaus von Jandorf passierte. Nun war guter Rat teuer. Der Kühnwagen mußte abgehängt und in die Leipziger Straße geschoben werden. Bald war diese Straße am Spittelmarkt blockiert. Die Linien von der Deuthstraße und vom Westen konnten den Spittelmarkt nach Norden schließlich eine Zeitlang nicht passieren und mußten sämtlich entweder durch die Seydelstraße oder über den Oranien- und den Schloßplatz abgelenkt werden. Einzelne Wagen blieben aber längere Zeit liegen, weil sie schon vor der Weiche am Spittelmarkt lagen. Die Fahrgäste von der Straße Spittelmarkt—Kathaus, die nach Osten und Norden fahren wollten, mußten lange Zeit auf Beförderung vergeblich warten bis es gelang, den Wagen flott zu machen.

Die Berliner Chambre-separées werden in neuerer Zeit, jedenfalls wegen der pilantischen Enthüllungen aus dem Hotel Regenbald, einer sehr scharfen Kontrolle unterzogen. Die Kriminalpolizei hat sich in den Besitz einer Liste derjenigen Lokalitäten in Berlin gesetzt, in denen es abgekiffte, nur für die Lebewelt freigehaltene Zimmer gibt. In Berlin sind es etwa 50 betretene Lokale, von denen die Hälfte Zimmer besitzt, die durch eine sinnreiche Vorrichtung entgegen dem polizeilichen Verbot noch außen geschlossen werden können. Eine weitere Anzahl verfügt über Nischen, deren Insassen durch Vorhänge neugierigen Blicken entzogen werden. Geheimpatrouillen besichtigen nun diese Restorants, um sich unauffällig von der Befolgung der polizeilichen Vorschrift zu überzeugen und die Uebertreter zur Anzeige zu bringen.

Eine städtische Spielkommission.

Eine gemeinsame Kommission, bestehend aus Mitgliedern der beiden Deputationen für das städtische Turn- und Badewesen sowie der Parkverwaltung, ist gebildet worden zur Vorbereitung von Beschlüssen in sogenannten Spielfragen.

Die Deputation für das städtische Krankenhaus- und Gesundheitswesen hat beschlossen, das neue Bauprogramm für eine Zentralklinik von 100 Betten für alle syphilitisch kranken und an ansteckenden Krankheiten leidenden Kinder dem Magistrat zur Genehmigung vorzulegen. Diese Zentralklinik soll dem Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinder-Krankenbau angegliedert werden.

Erfroren. Einen elenden Tod hat der 59 Jahre alte Ziehharmonikaspieler August Polad gefunden. P., der ohne Wohnung war, zog in den kühlen Vororten als Ziehharmonikaspieler umher. Gestern wurde an der Schleifischen Bahn die Leiche eines Mannes gefunden, in dem P. ermittelt wurde. Neben dem Toien lag die Ziehharmonika. Die Vermutung, daß vielleicht ein Verbrechen an P. verübt sein könnte, wurde bald beseitigt. P. ist ein Opfer des Frostes geworden.

Die Arbeiter-Bildungsschule hat es bisher stets versucht, die Konzerte, die sie alljährlich gelegentlich ihres Stiftungsfestes veranstaltet, durch ein, eine bestimmte Idee durchführendes Programm besonders wertvoll und anregend zu gestalten. Auch in diesem Jahre bleibt sie diesem Grundsätze treu und hat für ihr 18. Stiftungsfest die Form eines Kammermusik- und Wiederabends gewählt, an dem nur Werke lebender Komponisten zu Gehör gebracht werden. Dadurch soll der Arbeiterschaft auch einmal die Möglichkeit geboten werden, sich mit den Werken der Kunst unserer Zeit bekannt zu machen, und ein Verhältnis zu diesen, und vielfach am nächsten stehenden Schöpfungen zu gewinnen. Richard Strauß, Saint-Saens, Reger, Mann, Rahn, Busoni, Kurck und Lampe sind mit ihren bedeutendsten Irtischen und Kammermusikwerken vertreten.

Da auch die ausführenden Künstler längst ihrer vorzüglichen Leistungen wegen bekannt und berühmt sind, teilweise auch gerade ihrem tapferen Einsehen für neuzeitliche Musik ihre Stellung im Konzertleben verdanken, dürfte das Konzert dem großen Vorfab: die Bekanntheit moderner Musik den Schülern und Freunden der Arbeiterbildungsschule zu vermitteln, durchaus gerecht werden.

Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Paula Weinbaum (Sopran), Ella Lorant (Sopran), Irma Saenger (Sopran), Edda (Sopran), Eugen Grieger (Gesang), Fritz Loewenson (Cello), Leo Kestenberg (Klavier). Biletts à 60 Pf. sind an den bekannten Stellen zu haben. Außerdem machen wir auf den neuen im „Vorwärts“ zur Veröffentlichung

gelangenden Lehrplan für das erste Quartal 1909 aufmerksam. Die vielseitigen und lehrreichen Darbietungen der Schule machen es jedem Arbeiter im eigenen Interesse zur Pflicht, die Bestrebungen der Schule durch Beitritt zu fördern.

Im Bürgerlichen Schauspielhaus (Kosmian-Allee) wurde am Freitag als erste Woche „Novität“ der alte Schwan „Die Goldgrube“ von Karl Laufs und Wilhelm Jacoby gegeben. Jit's auch sinnlose Follie, was da an Situationen und Verwicklungs-komik geleistet wird, so hat es doch „Methode“. Die bewährte Schwanfischfirma läßt, neben der Fingigkeit, aus alten Postentwürfen, Kalauern und „Gemälde“ ein neues Fabrikat herauszubestimmen, auch alle Mienen ihrer rheinischen Laune und Fröhlichkeit springen. Publius lachte sich rein „koput“, und da das Haus gerüstet voll war, so mochten die Lauch- und Kattig-salben nur so von den Händen wieder, kein Wunder auch; denn die Aufführung ließ sich recht hübsch an. Das Ensemble hat vergnügte Szenen, und die Träger der Hauptpersonen, wie der Charaktercharakteren erfreuten durch gute Durchschnittsleistungen. Zu nennen sind da: Artur und Marie Seelen (Mentier Zimmendorf und Gattin), Fritz Lorenz (Witzbold Hellwig), G. Schmidt-Rudow (Theodor Sonneke), Auguste von Pöcherer (seine Frau), vor allem Fritz Ruhlbrodt als verdrehter Freiseur Brömmel. Der glückliche Anfang läßt einen fröhlichen Fortgang erhoffen, denn ja sicher auch die Bestrebungen nach ernstlichen künstlerischen Darbietungen nicht fehlen werden. Nur so erfüllt das Bürgerliche Schauspielhaus seine wahre Mission für den Berliner Norden.

Zum Leichenfund in der Willibald-Alexis-Straße. Wie die Obduktion ergeben hat, ist der 72 Jahre alte Invalide Rudolf Schmidt, der in seiner Wohnung im Hause Willibald-Alexis-Straße 19 in der Nacht zum Freitag tot aufgefunden war, nicht das Opfer eines Verbrennungstodes, sondern an den Folgen einer vernachlässigten Lungenentzündung gestorben.

Im Untersuchungsgefängnis erhängt hat sich der 22 Jahre alte Federarbeiter Willi Schaefer aus der Eisenbahnstraße. Der junge Mann war wegen Diebstahls am Montag in Untersuchungshaft genommen worden. Gestern morgen machte er seinem Leben ein Ende, indem er sich in seiner Zelle mit dem Halsstuch erhängte.

Zeugen gesucht. Personen, die am Silvesterabend gegen 7 Uhr gesehen haben, wie an der Ecke der Brunnen- und Invalidenstraße ein Mann von einem Wagen der Straßenbahn angefahren wurde, werden um Angabe ihrer Adresse an Weich, Lohsingstr. 17, Hof 3 Z., gebeten.

Der Zoologische Garten beherbergt neuerdings in einem Glas-käfig auf der Papageienstraße des neuen Vogelhauses zwei Vertreter einer eigenartigen, auf Afrika beschränkten Vogelgruppe, die jedem Beschauer durch ihre absonderliche Bewegungsweise und den unverhältnismäßig langen Schwanz, trotz ihres sonst unscheinbaren, fast einfarbig graubraunen Federkleides sofort auffallen. Diese sogenannten Mausbögel führen ihren Namen wegen ihrer fabelhaften Geschwindigkeit im Durchschlüpfen des allerdüchsten Luftwertes, wobei sie nicht etwa nach Art unseres Jaunkönigs durch das Geäst hüpfen, sondern mit ihrem merkwürdigen, von den fast aller anderen Vögel ganz abweichenden Klammerfüßen meist in halb-hängender Körperhaltung über und durch die Zweige kriechen, oft auch kopfsunter an den Ästen herumhangeln.

Das Berliner Aquarium hat bei seinen letzten Zufuhren mit belauerten Meerestieren eine Anzahl Tierformen erhalten, über deren Herkunft oder Zugehörigkeit der Beobachter im Zweifel bleibt. In erster Linie gilt dies von den auf der Grenze von Tier und Pflanze stehenden Geschöpfen. Aber auch in dem Reiche der Stachelhäuter begegnen und solche Lebewesen. In der Befestigung des See-pferdchenbeckens fallen verschiedene handlange, walzen- oder gurkenförmig gefiederte, gut fingerdicke Erscheinungen auf, an deren einem Ende ein Kranz beweglicher federartiger Anhängsel sich bemerkbar macht, welche der Kundige als die Fühler der Holothurien, Seeanlangen oder Seeurken erkennt, Meerestiere, die meist ruhig auf ihrem Plage verharren oder mittels kleiner Saugfüßchen sich fortbewegen. Die hier befindlichen Arten gehören drei Gattungen an; am seltensten hier vertreten ist der einen niedergebückten Körper besitzende Stichopus, der noch besonderes Interesse dadurch erregt, daß er einem kleinen Seehais (Pteraster), welcher in den Stichopus hineinkriecht, oft als schützende Wohnung dient; die nächste Verwandte jener Spezies ist die schwarze Seeurke, die von den Chinesen zu einer Delikatess — dem Trepang — verarbeitet wird.

Feuerwehrbericht. Die 2. Kompanie hatte im Luisenpark Dresdenstr. 34/35 zu tun, wo in einer Schleiferei Benz in u. a. in Brand geraten war. Diefelbe Kompanie wurde nach der Falkensteinstr. 44 alarmiert, wo ebenfalls Benz in und zwar in dem dortigen Drogenkeller sich entzündet hatte. In beiden Fällen konnte die Gefahr schnell beseitigt werden. Der 15. Zug wurde am Abend nach dem Kleinen Tiergarten gerufen, wo nahe dem Kriminalgericht ein Haus von Reisig brannte, so daß kräftig gelöscht werden mußte. Vor dem Hause Wolkenstr. 50 brannte ein Automobil und Brunnenstr. 164 die Kabelumbüllung einer elektrischen Starkstromleitung. Die Feuerwehr löschte die Flammen und benachrichtigte die B. E. W. Weihnachtsbaumbrände wurden aus der Jablonowski-str. 23, Auguststr. 59 u. a. Stellen gemeldet. Möbel, Gardinen und Immobilien gerieten dort in Brand und mußten abgelöscht werden. Ferner hatte die Wehr in der Admiralstr. 87, Reichensberger Straße 99 u. a. Stellen zu tun.

Arbeiter-Samariterkolonne. Montagabend 9 Uhr 1. Abteilung Dresdenstr. 45. Da der geplante Vortrag über Sauerstoffbehandlung wegen Behinderung des Referenten erst am 25. Januar stattfinden kann, werden Verbändübungen vorgenommen. Die Mitglieder und Kursus Teilnehmer werden ersucht, dazu pünktlich zu erscheinen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Gegen das Wahlrechtsattentat protestierte am Freitagabend eine von zwanzig unorganisierten Hausbesitzern nach dem „Deutschen Volksblatt“ einberufene öffentliche Versammlung der Wähler 1. und 2. Klasse. Die Versammlung war von etwa 700 größtenteils der 1. und 2. Wählerklasse angehörigen Personen besucht. Der Enderzler, Herr Adolf Schulte, wies bei Eröffnung der Versammlung kurz auf die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung hin und erwähnte die lebhaftesten Protestationen, welche zuerst von den Sozialdemokraten, dann von den Demokraten und jetzt von den unorganisierten Bürgern der 1. und 2. Wählerabteilung sowie den Hausbesitzern in die Wege geleitet seien. Eine Empörung sei in den Kreisen der anständigen Bürger herabgebrochen, die sich nicht länger von einer verhöhrlichen Minderheit beherrschen lassen wollten. Es sei zu hoffen, daß der Magistrat bei einer solchen Lage der Sache nicht den paar Leuten der Bezirkvereine folgen, sondern der gerechten Entrüstung der überproportionalen Mehrheit der Bürgerchaft Rechnung tragen und dem Beschluß vom 17. Dezember v. J. die Zustimmung versagen werde. Würden die Wahlrechtsverschlechterer noch einen Funken von Anstand besitzen, dann hätten sie samt und sonders schon ihre Mandate niederzulegen. Sollte trotzdem, wider Erwarten, der Magistrat jenen Leuten Vorspanndienste zu leisten bereit sein, dann dürfe der Bürger nichts weiter übrig, als in Verbindung mit den Arbeiterbataillonen den Kampf weiter zu führen gegen alles, was schmutzig und ränig sei.

Der Referent, Stadtverordneter Dr. Paul Nathan, Berlin, bemerkte: Als Nichtbeliebiger begrüße er es, daß in dieser Frage Sozialdemokraten und Demokraten zusammengegangen seien; er

wünsche, daß dieser gemeinsame Kampf gegen die Reaktion sobald nicht erlahmen möge. Die von den Wahlrechtsverschlechterern für die Änderung des Wahlrechts angeführten Gründe bezeichnete er als jadensteinig, denn es habe für Rixdorf keinerlei Gefahr dadurch entstehen können, wenn noch mehr Sozialdemokraten gewählt worden wären, weil die Beschlüsse der Stadtverordneten solange keine Bedeutung hätten, als ihnen der Magistrat nicht zugestimmt habe. Selbst wenn man jedoch befürchten würde, daß auch der Magistrat hätte sozialdemokratisch werden können, so bedürften ja alle folgenreichen Beschlüsse erst der Genehmigung der Regierung. Er empfehle dem Magistrat, sich die Berichte über die Kommissionsverhandlungen im Abgeordnetenhaus genau durchzulesen, wo ausdrücklich erklärt wurde: „Man könne es keiner Stadt überlassen, den plutokratischen Charakter dieses Wahlrechts zu erhöhen.“

Von dem Vorstand des Wahlvereins der Liberalen war der Versammlung folgende Erklärung übermittelt worden:

„Der Vorstand des Wahlvereins der Liberalen (Freisinnige Vereinigung) für den Reichstagswahlkreis Teltow-Beckow-Storkow-Charlottenburg mißbilligt auf das entschiedenste die Wahlrechtsverschlechterung für die Rixdorfer Stadtverordnetenwahlen; er spricht die bestimmte Erwartung aus, daß der Rixdorfer Magistrat dem Beschluß der Stadtverordneten nicht beiträgt und erklärt, weiter wie bisher energisch für Verbesserung des Wahlrechts zum preussischen Landtage und in den Gemeinden einzutreten.“

J. A. des Vorstandes des Wahlvereins der Liberalen.

Der nächste Redner, Herr Zabel, erklärte, daß er als Wähler der 1. Klasse kein persönliches Interesse an der Wahlrechtsangelegenheit habe. Er könne es jedoch nicht ruhig mit ansehen, daß von einer vierzig Mann starken Clique dieser Diebstahl verübt werde. Aus den Wählerlisten habe er festgestellt, daß ausschließlich Angehörige des Mittelstandes darunter zu leiden haben werden. Angehörige des Mittelstandes würden sich in Zukunft bedenken, nach Rixdorf zu ziehen; dadurch werde die Stadt geschädigt.

Der folgende Redner, Herr Streblow, betonte: Er spreche als unparteiischer Rixdorfer Bürger und müsse vom rein menschlichen Standpunkte das Verhalten der Mehrheit beurteilen. Hätten diese Leute das Wohl der Stadt im Auge gehabt, dann müßten sie den Magistrat veranlassen, für die Einführung des geheimen Wahlrechts zu petitionieren. Was solle aus Rixdorf werden, wenn Geschäftsleute und Beamten, welche abhängig sind, nicht frei wählen können.

Der vielerrwähnte Terrorismus sei von den Bürgerlichen ebenso ausgeübt worden wie von den Sozialdemokraten.

Oberlehrer Deitzsch warnt davor, daß man Kundgebungen der Freisinnigen Vereinigung sehr ernst nehme. In all den Protestversammlungen in Rixdorf habe noch keiner von den Wahlrechtsverschlechterern den Mut gehabt, sich zu rechtfertigen. Die Rixdorfer Mehrheit sei wie Verschwörer vorgegangen, habe alles geheim gehalten und sei dann plötzlich mit dem Antrag hervorgetreten. Sie habe bisher den Erfolg durch Hausflucht gehabt; weil sie zu bequem sei, wolle sie in Zukunft Stadtverordnete nur noch ernennen. Man müsse in Zukunft die Aufstellung von Kandidaten nach der politischen Stellung fragen und sehr vorsichtig sein.

Lehrer Egner spricht als Rixdorfer Einwohner und erklärt, daß, wenn die vitalsten Interessen der Bürger gefährdet werden, es ihm ganz gleich sei, woher die Mitstreiter kommen. Er müsse staunen, wie es möglich war, einen solchen Beschluß zu fassen. Nur eine vollständig irrige Auffassung von den Pflichten, welche ein Stadtverordnetensmandat auferlegt, könne die Mehrheit dazu gebracht haben. Die Bürgerlichen hätten die Pflicht gehabt, anstatt zu schweigen, vor ihre Wähler zu treten und diese zu befragen, wenn eine so folgenschwere Frage an sie herantrete. Entschieden dann die Wähler anders, als die Stadtverordneten es glauben mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können, dann müßten sie ihr Mandat niederlegen. Er könne die angeführten Gründe nicht anerkennen. Unter der Mehrheit sei auch ein Mann gewesen, dem seine Wähler schon längst das Mandat aberkannt hätten. Man sage nun, dieser habe sich bekehren lassen; was sage man aber, wenn einmal umgekehrt der Fall eintreten würde. Redner hofft zum Schluß, daß der Magistrat dem Interesse der gesamten Bürgerchaft Rechnung tragen und seine Zustimmung nicht geben werde.

Herr Heinside spricht als Arbeiter, aber als Wähler der 2. Abteilung, und hofft, daß die Bürgerchaft demokratisch genug sein und diesen Leuten die Befolgung verweigern werde. Die Mehrheit habe nur ihr eigenes egoistisches Interesse im Auge. Jetzt, wo durch die Vorkommnisse das allgemeine Interesse erwacht sei, solle man auch in Zukunft sich mehr um diese Dinge kümmern.

Sobann nahm Dr. Breitscheid das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er nochmals die Haltung der Bürgerlichen sowie der rückständigen Zeitungen geißelte. Der Bürgerverein habe den Mut gehabt, das Verhalten der Stadtverordneten zu rechtfertigen. Diesen Verein müsse man als Creme der Reaktion bezeichnen. Es sei nur gut, daß dessen Stellung in dieser Frage wenig zu bedeuten habe. Nur einige Sätze wolle er aus dessen Bericht hervorheben, den das „Rixdorfer Tageblatt“ in einem Umsatze gebracht habe, als handele es sich um eine große Protestkundgebung. Wenn in jenem Bericht gesagt wäre, daß es sich gar nicht um eine Wahlrechtsangelegenheit, sondern nur um eine kleine Verschiebung bezüglich der Wahlklasse handele, so sei das ungefähr dasselbe, als wenn man jemand die Uhr abknöpfe und demselben dann vorreden wolle, das sei gar kein Diebstahl, sondern nur eine kleine Verschiebung des Besitzes. Wenn aber in dem Bericht gesagt worden sei, die Mehrheit im Stadtparlament habe im Sinne aller Rixbürger gehandelt, dann wisse man nicht, ob man die Dummheit oder die Unverschämtheit dieser Leute mehr bewundern soll.

Darauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 8. Januar 1909 tagende Versammlung von Hausbesitzern und Wählern der 1. und 2. Abteilung Rixdorfs sehen in dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Dezember 1908, die einer großen Zahl von Wählern der 2. Abteilung ihr kommunales Recht verweigert, einen Rückschritt, der zahlreiche besser situierte Bürger und Beamte abhalten wird, Bürger von Rixdorf zu werden. Dadurch würde die weitere Aufwärtsentwicklung unserer Stadt zweifellos erheblich gehemmt und die ganze Stadt mit allen ihren Einwohnern geschädigt werden. Die Versammlung protestiert deshalb aus allgemein politischen und den oben angeführten Gründen gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Dezember 1908 und ersucht den Magistrat dringend, diesem Beschluß seine Zustimmung zu versagen.“

Das Organ der Wahlrechtsverschlechterer, das „Rixdorfer Tageblatt“, entrüstet sich darüber, daß wir die Art seiner Berichterstattung über die Versammlung des Bürgervereins niedriger gehalten haben. Das Blatt teilt mit, daß es den Namen des Redners, der den Wahlrechtsraub in so naiver Weise zu beschönigen suchte, auf Wunsch des Vereins selbst nicht bekannt gegeben habe, damit — man höre — „die betreffenden Mitglieder nicht den pöbelhaften Angriffen des „Vormwärts“ ausgesetzt sind“. Das genügt uns zur Charakteristik dieses Blattes. Es nimmt sich denn auch ganz sonderbar aus, wenn sich das Organ der Wahlrechtsverschlechterers Stefmann darüber entrüstet, wenn wir es als „Organ der Wahlrechtsräuber“ bezeichnen. Wie dieses Blatt dann nach der objektiven Berichterstattung in der Wahlrechtsangelegenheit sprechen kann, wird jedem Unbefangenen ein Rätsel bleiben.

Den Parteigenossen und Gewerkschaftsmitgliedern wollen wir hierdurch nochmals in Erinnerung bringen, daß am Montag, den 11. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal von Hoppe, Hermannstr. 49,

der Vortragszyklus des Genossen Heinrich Schulz über „Deutschland im 19. Jahrhundert“ seinen Anfang nimmt. Der Zyklus umfaßt 12 Vortragsabende, welche an 12 aufeinanderfolgenden Montagen stattfinden. Die Teilnahme an dem Zyklus ist frei. Die ausgegebenen Teilnehmerkarten müssen bei jedem Vortrage als Legitimation mitgebracht werden. Der Lehrplan ist folgender: 1. Zeiten tiefer Erniedrigung. 2. Reformäre und Befreiungskriege. 3. Die heilige Allianz der Reaktion. 4. Geistiges Leben. 5. und 6. Die Märzrevolution. 7. Der Verrat der Bourgeoisie. 8. Der Verfassungskampf. 9. Laßalle. 10. Die Anfänge. 11. Die Reichsgründung. 12. Das Sozialistengesetz und die letzten Jahre.

Eintrittskarten sind noch vor Beginn des Vortrages am Eingang des Saales zu haben.

Außerdem machen wir noch darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags präzis 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Rixdorfer Theater, Bergstr. 148, eine Aufführung von „Jugend“, Drama in 3 Akten von Max Halbe, stattfinden. Billets a 50 Pf. inkl. Garderobe und Theaterzettel sind am Abend und in den Kassenstellen des Bildungsausschusses zu haben. Wir ersuchen, regen Gebrauch davon zu machen. Der Bildungsausschuß.

Zehlorfer.

Benverfe Berichterstattung. In unserer Mittheilung Nummer be-richteten wir über eine Gasevergiftung in dem Wirthshaus „Zur Wolfschlucht“ am Schladense, der zwei Freunde, der Kellerfrömming und ein gewisser Clahmann zum Opfer fielen. Während J. schon bei der Auffindung tot war, ist Clahmann am Dienstag-nachmittag im Kreisranstehaus in Groß-Lichterfelde gestorben, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Ueber diesen bedauerlichen Unfall haben bürgerliche Blätter unwahre und die Opfer der Vergiftung arg kompromittierende Berichte gebracht. Ein starkes Stück „objektiver Berichterstattung“ hat sich namentlich die „Berliner Allgemeine Zeitung“ geleistet.

Unter der Stichmarke „Mysteriöser Selbstmord zweier Freunde“ teilt sie ihren Lesern die Auffindung der beiden Vergifteten mit. Sie behauptet, es sei festgestellt, daß beide freiwillig aus dem Leben geschieden sind. Sie sollen perverts veranlagt gewesen sein; auch soll Clahmann, da er seit Oktober stellunglos gewesen sei, bei Frömming Quartier und Unterhalt gefunden haben. Weiter behauptet das Blatt, daß J. seine Stellungen oft wechselte, dadurch nun nicht mehr die Mittel für den Lebensunterhalt seiner Freunde heranschaffen konnte und der ständige Geldmangel ihnen dann die Idee eingegeben habe, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden.

Von all dem ist kein Wort wahr. Frömming ist seit mindestens 5 Jahren ununterbrochen im genannten Lokal angestellt gewesen. Nur daß er während der Wintermonate immer nur Sonntags und einige Tage in der Woche hier bediente und während der freien Tage bei Abendtischen in Berlin und Umgebung servierte. Er hatte sich das Bediente während des Winters vorgezogen, obwohl der Wirt ihn ständig im Lokale haben wollte. Und gerade in den letzten Wochen hatte er gute Einnahmen. Auch ist es nicht wahr, daß er für den Lebensunterhalt Clahmanns sorgte. Nur ein Zufall war es, daß dieser in der fraglichen Nacht bei Frömming übernachtete, weil ihm der letzte Zug nach seinem Wohnort, Friedenau, weggefahren war. Gleichfalls unwahr ist, daß J. perverts veranlagt war. Alles in dem mitgetheilten Bericht ist aus den Fingern gezogen, weil sich auch nicht ein einziger Berichtersteller, außer dem unstrigen, an irgend einen der Hausbewohner gewendet hat. Es ist daher ziemlich gewissenlos, wenn zwei Tote in dieser Weise besudelt werden. Diese Art der Berichterstattung kennzeichnet sich selbst. Unser Gewissens-mann bittet uns, den wahren Sachverhalt mitzuteilen, damit unsere Leser denjenigen Arbeitern, die nur aus Interesse am Stadtklatsch derartige Zeitungen halten, eine Probe vorlegen können, wie gründlich sie durch Blätter vom Schlage der „Berliner Allgemeinen Zeitung“ unterrichtet werden.

Steglich.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete nach Erledigung von 14 Aufnahmen der Vorsitzende Krause den Jahresbericht. Derselbe erstreckte sich über 13 Monate und zeugte von einer umfangreichen Tätigkeit. Die Gemeindevahl, bei der wir trotz gesteigerter Stimmzahl von den vereinigten „Nikern“ und Hausbesitzern in der Stichwahl geschlagen wurden, verursachte viel Arbeit, desgleichen auch die Landtagswahl, bei der wir 28 Wahlmänner von 180 herauskühlten. Die Kasseier litt unter der Krise und ergab finanziell ein Defizit, dagegen das mit den Karossen Steglich und Lichterfelde veranstaltete Volksfest einen ähnlichen Ueberfluß. Siebzehnhundert verteilten die Genossen Flugblätter und hielten eine Reihe öffentlicher Versammlungen ab, die leider immer in anderen Orten stattfanden, da es bis jetzt die Gegner mit allen Mitteln verstanden haben, uns von den größeren Lokalen fernzuhalten. Am Schlusse des Jahres ergab sich trotz einer Aufnahme von 98 Genossen ein Verlust von 59 Mitgliedern. Die kürzlich gewählte Agitationskommission wird hoffentlich in dieser Beziehung ein anderes Bild schaffen. Den stets hilfsbereiten Genossen sprach der Vorstand seinen Dank aus. Eine ausgedehnte Diskussion schloß sich an den Bericht. Nach Berichterstattung des Kassierers und anderer Funktionäre erfolgte die Reuwahl des Vorstandes. Vorsitzende wurden Ahmann und Krause; Kassierer Höhn und Bernsch; Schriftführer G. Jechert und P. Mohr; Beisitzerin Fr. Babinski, Bibliothekar Spliesgart; Revisoren J. Krug, Reimbach, Behle; Lokalkommission Spindler, Vagener, Behle. Der Rohrlieger Lieble wurde gegen eine Stimme wegen Streifbruch ausgeschlossen.

Friedrichshagen.

Der hiesige Arbeiterbildungsausschuß veranstaltet einen vier-teiligen Vortragszyklus mit Lichtbildern über das Thema „Vom Weiter zum Menschen“. Die Vorträge finden Freitag, 15. Januar 29. Januar, 12. Februar und 19. Februar in Verdes Bürgerhäusern Friedrichstr. 112 (Kundteil) statt. Als Vortragender wurde der Dozent für Biologie an der Freien Hochschule Berlin, Herr Dr. H. Baer, gewonnen. Teilnehmerkarten für den ganzen Zyklus sind zum Preise von 1 M. in Verdes Bürgerhäusern, in den bekannten Bezirkslokale und für Schöneiche und Umgebung bei Herrn Hans Rühle in Schöneiche zu haben.

Der erste am 15. Januar stattfindende Lichtbildervortrag wird „Die Entstehungsgeschichte der Erde“ behandeln. Die Titel der anderen Vorträge lauten: „Sind die Lebewesen geschaffen oder geworden?“ — „Welches sind die Ursachen und treibenden Kräfte der Entwicklung?“ — „Woher stammen die Menschen?“ — Die Be-teiligung an jedem einzelnen Vortrage kostet 30 Pf.; Eingelassenen nur in Verdes Bürgerhäusern.

Wilhelmsruh.

Einen Robeitsakt sondersgleichen soll sich die Hausbesitzerin des Hauses Fontanestr. 32, Frau Brüdnner, über deren Verhalten einer taubstummen Familie gegenüber wir dieser Tage berichten mußten, gegen die taubstumme Frau G. haben zu schulden kommen lassen. Frau G. war im Begriff, aus dem Keller des Hauses ihr gehöriges Brennmaterial mit ihrem 14-jährigen Sohn zu holen. Frau Brüdnner kam dazu und soll in der unarmherzigsten Weise auf die Frau und deren Sohn mit einem Gummischlauch eingehauen haben. Nach dem uns vorliegenden ärztlichen Attest hat Frau G. Beulen unter den Haaren, blutende Wunden, blutige Lippen, kurz, danach wäre sie in der ärgsten Weise von der Hausbesitzerin zugebeißt worden; auch den Sohn der Frau G. hat sie, wie behauptet wird, nicht verschont. Wie wir hören, ist gegen die schlagfertige Frau Brüdnner Strafanzug gestellt worden.

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Fleisch: Auftrieb schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Auftrieb reichlich, Geschäft lau, Preise wenig verändert. Geflügel: Auftrieb reichlich, Geschäft schlepplend, Preise nicht bedeutend. Fische: Auftrieb mäßig, Geschäft schleppend, Preise etwas nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Auftrieb genügend, Geschäft ziemlich still, Preise fest.

Ein netter Sozialistentäter

Hatte sich am Freitag vor der Strafkammer in Lübeck wegen mancherlei Straftaten zu verantworten. Der bisherige Parteisekretär des dortigen Wahlvereins der Liberalen, Kuhn, war angeklagt, dem Vorsitzenden der Liberalen ein Spar-

Unter die Rulissen der „Vereinigung der Rechtsfreunde“

Leuchtete ein Meineidsprozess, der am Sonnabend vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verhandelt wurde. Die Vereinigung der Rechtsfreunde ist ein geschäftliches Unternehmen, vor dessen Benutzung durch Rechtssuchende wir stets gewarnt haben. Die Vereinigung erteilt Rechtsauskünfte, fertigt Klagen und andere Schriftsätze an, übernimmt die Führung von Prozessen und betreibt auch sonstige Vermittlungsgeschäfte. Alles natürlich gegen gute Vergütung.

Der Angeklagte Liffert blieb auch vor dem Schwurgericht bei der Behauptung, daß er für die Zuweisung von Klienten kein Entgelt von Balken erhalten habe. Dagegen gab er zu, daß er von Balken Darlehen erhalten hat. Ueber ein solches in Höhe von 800 M., welches er im Jahre 1904 erhielt, hat er einen Schuldschein ausgestellt. Das Darlehen ist bis heute noch nicht zurückgezahlt und Rechtsanwalt Balken ist ein so gartfählicher Gläubiger, daß er die Rückzahlung auch noch nicht verlangt hat.

Der als Junge vernommene Rechtsanwalt Balken stellte die Angelegenheit ebenso dar, wie der Angeklagte. Doch wird ein Brief von ihm an Liffert vorgelesen, aus dem hervorgeht, daß er anscheinend mit Liffert über Forderungen, welche dieser wegen Zuweisung von Klienten erhob, handelte. Balken suchte diesem Briefe eine andere Deutung zu geben. Auf eine Frage des Staatsanwalts gab Balken zu, daß er schon im Jahre 1901 vom Ehrenrat der Anwaltskammer mit einem Verweis und 500 M. bestraft worden ist, weil er für überführt erachtet wurde, dem Redakteur Wegner in Mariendorf Geld für Zuweisung von Klienten gegeben zu haben.

Audere Zeugen machten Aussagen über Äußerungen des Angeklagten, aus denen geschlossen werden kann, daß er in der Tat Provision vom Rechtsanwalt Balken erhielt.

Moser, der gegenwärtige Direktor der Vereinigung der Rechtsfreunde, war als Zeuge geladen, aber nicht erschienen. Der Staatsanwalt erklärte, er könne auf diesen Zeugen nicht verzichten.

Das Gericht beschloß deshalb die Vertagung der Sache und die Ladung weiterer Zeugen. — Moser soll wegen seines Ausbleibens eine Ordnungsgeldstrafe von 300 M. zahlen. — Einen Antrag des Staatsanwalts, den Angeklagten wegen Fluchtverdacht in Haft zu nehmen, lehnte das Gericht ab. Zwar sei der Angeklagte — sagte der Vorsitzende — des Meineids dringend verdächtig, doch liege kein Fluchtverdacht vor. Die Gefahr der Kollusion sei nicht von der Hand zu weisen, aber sie sei nicht durch bestimmte Tatsachen begründet, deshalb könne der Angeklagte auch nicht wegen Kollusionsgefahr verhaftet werden.

Wegen 2 M. — 6 Monate Gefängnis.

Die Wäschfrau G. hat einer Pensionatinhaberin beim Umzug geholfen und dabei einen alten Spiegel mit Holzrahmen im Werte von circa 2 M. mit nach Hause genommen. Die Pensionatinhaberin schreibt ihr wegen desselben eine Postkarte, in der sie mit Anzeige droht. Die G. bringt darauf noch zwei Tagen den Spiegel zurück und sagt der Pensionatinhaberin, der Spiegel sei ihr beim Abnehmen aus der Hand gefallen, das Glas sei zerbrochen und sie habe das Glas wieder einleiten lassen. Die Pen-

fonatsinhaberin zeigt sie aber dennoch an. Vor einigen Tagen stand die G., die bereits zweimal wegen Diebstahls vorbestraft ist, zuletzt wegen eines 1889 begangenen Diebstahls, vor der Strafkammer des Landgerichts II. Der Staatsanwalt beantragte 1 1/2 Jahr Zuchthaus, das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Der Freischütz. Montag: Der fliegende Holländer. Dienstag: Bohème. Verliebt. Mittwoch: Die Janbühler. Donnerstag: Samson und Dalila. Freitag: Sinfonietonzeri der Igl. Kabelle. Sonnabend: Fidelio. Sonntag: Das Rheingold. Montag: Die Walküre. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Der Schlagbaum. Montag: Julius César. Dienstag: Die Welt, in der man sich langweilt. Mittwoch: Die Kabinenbesitzerin. Donnerstag: Der Schlagbaum. Freitag: Sappho. Sonnabend und Sonntag: Wes. Doi. Montag: Die Duitow.
Neues Königl. Opernhaus. Sonntag: Salome. (Anf. 8 Uhr.)
Deutsches Theater. Abends: Revolution in Krakau. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Deutsches Theater. (Kammer-Spiele). Sonntag: Der Graf von Gleichen. Montag: Der Arzt am Scheidewege. Dienstag: Der Graf von Gleichen. Mittwoch: Der Arzt am Scheidewege. Donnerstag: Riechmann weiß es. Freitag: Der Graf von Gleichen. Sonnabend: Der Arzt am Scheidewege. Sonntag: Der Graf von Gleichen. Montag: Der Arzt am Scheidewege.
Reisinger-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Die Weber. Abends: Hedda Gabler. Montag: Hedda Gabler. Dienstag: Baumeister Solowj. Mittwoch: Rosenmontag. Donnerstag: Und Pippa tanzt. Freitag: John Gabriel Borkman. Sonnabend: Der König. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Sonntag und Montag: Der König.
Berliner Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Emilia Galotti. Abends: Einer von uns ist Leut. Montag: Einer von uns ist Leut. Dienstag: Herodes und Marianna. Mittwoch und Donnerstag: Einer von uns ist Leut. Freitag: Herodes und Marianna. Sonnabend bis Montag: Einer von uns ist Leut.
Neues Theater. Abends: Israel.
Neues Schauspielhaus. Sonntag und Montag: Rabagas. Dienstag: Die Sünde. Mittwoch und Donnerstag: Rabagas. Freitag: Die Sünde. Sonnabend: Rabagas. Sonntag: Julius César. Montag: Faust. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Kleines Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: 2 X 2 = 5. Abends bis Montag: Moral.
Komische Oper. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends: Jaja. Montag: Jaja. Dienstag: Velleas und Melancholie. Mittwoch und Donnerstag: Jaja. Freitag: Liefland. Sonnabend bis Montag: Jaja.
Reichens-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Der Floh im Ohr. Abends: Kammerspiele bis um Mitternacht.
Heddel-Theater. Sonntag: Der Liebhaber. Montag: Frau Warrens Gewerbe. Dienstag: Der Liebhaber. Mittwoch: Erde. Donnerstag: Frau Warrens Gewerbe. Freitag: Der Liebhaber. Sonnabend: Hohes Spiel. Sonntag: Frau Warrens Gewerbe. Montag: Unbestimmt.
Arianon-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Die Liebe wacht. Abends: Der Saiter.
Neues Operetten-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Der Oberbalk. Abends: Die Dollarprinzessin.
Kunstspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Unsere Räte. Abends: Die glücklichste Zeit. Montag bis Donnerstag: Die glücklichste Zeit. Freitag bis Sonntag: Die deutschen Kleinstädter.
Theater des Weirind. Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: Ein Selbstgespräch. Abends: Der tapfere Soldat.
Schiller-Theater O. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Ein Volksfest. Abends: Comtesse d'Auvergne. Montag: Der Graf von Charolais. Dienstag: Charles Tante. Mittwoch: Die Braut von Messina. Donnerstag: Der Richter von Palamea. Freitag: Die Braut von Messina. Sonnabend und Sonntag: Charles Tante. Montag: Der Graf von Charolais.
Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Julius César. Abends: Charles Tante. Montag: Vater und Sohn. Dienstag: Komtesse d'Auvergne. Mittwoch und Donnerstag: Die Zwillingsschwester. Freitag: Vater und Sohn. Sonnabend: Komtesse d'Auvergne. Sonntag: Maria Stuart. Montag: Vater und Sohn.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Rabame Sans Sine. Abends: Husarenlieder. Montag: Husarenlieder. Dienstag: König Christian II. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Mittwoch und Donnerstag: Husarenlieder. Freitag: König Christian II. Sonnabend bis Montag: Husarenlieder.
Thalia-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Die Kinder der Erzelen. Abends: Rein Leopold. Montag bis Donnerstag: Rein Leopold. Freitag bis Sonntag: Meister Lutz.
Luise-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Othello. Abends und Montag: Der fliegende Berliner. Dienstag: Die Kinder des Kapitän Grant. Mittwoch: Othello. Donnerstag: Die Kinder des Kapitän Grant. Freitag: Das Mädchen auf Irwegen. Sonnabend: Die Kinder des Kapitän Grant. Sonntag und Montag: Das Mädchen auf Irwegen.
Bürgerliches Schauspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Die Räbin von Toledo. Abends: Wilhelm Tell. Montag: Staatsanwalt Alexander. Dienstag: Die Goldgrube. Mittwoch: Wegen Vorbereitung geschlossen. Donnerstag: Wilhelm Tell. Freitag: Fräulein Doktor. Sonnabend: Geflohen. Sonntag: Die Räuber. Fräulein Doktor. Montag: Die Räbin von Toledo.
Berliner Operetten-Theater SW. Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: 8 Lorie oder Dorf und Stadt. Abends und Montag: Von Stufe zu Stufe. Dienstag bis Donnerstag: Die Locher des Herrn Fabricius. Freitag: Geflohen. Sonnabend und Sonntag: Das Himmelbett. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Unbestimmt.
Gastspiel-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: Drahtlose Telegraphie. Abends und Montag: Jaja. Dienstag: Der Himmelfahrer. Mittwoch: Deminende. Donnerstag: Der Himmelfahrer. Freitag: Jaja. Sonnabend und Sonntag: Der Himmelfahrer. Montag: Unbestimmt.
Bernhard-Rolle-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Der Götter von Notre-Dame. Abends und Montag: Dräberlein sein. Dienstag: Die Geier-Wally. Mittwoch: Dräberlein sein. Donnerstag: Die Entgleisten. Freitag: Die Räuber. Sonnabend und Sonntag: Dräberlein sein. Montag: Unbestimmt.
Holles Caprice. Täglich: Servus Mefina. Der lustige Ehemann.
Café-Theater. Sonntag: Nachmittags 4 Uhr: Rutter Gräbert. Abends: Die Dianabäder.
Gebr. Herrnsfeld-Theater. Abends: Die beiden Bindelbände.
Metropol-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Durchlaucht Radisches. Abends: Donnerwetter — labeles.
Wintergarten. Abends: Spezialitäten.
Apollo-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: Familien-Vorstellung. Abends: Onkel Toms Hütte. Spezialitäten.
Vasage-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten.
Walhalla-Theater. Abends: Spezialitäten.
Palast-Theater. Abends: Spezialitäten.
Reichshallen-Theater. Abends: Stettiner Säger.
Sahab-Behrend-Theater. Abends: Spezialitäten.
Irrant-Theater. Laubensstraße 48/49. Täglich: Ställen.
Sternwarte. Anhalterstr. 67-68. Donnerstag: Geflohen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, im Fabrikal 1909 wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde am 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. R. 85. Sie haben einen Anspruch auf den Nachlass Ihrer Mutter nicht, weil kein Nachlass vorhanden war. Das Vermögen gehörte dem Vater. Ihr Vater ist von seiner Ehefrau und seinen Kindern zu beerben. — C. O. 07. 1. Der Mietstempel beträgt, da Ihre Miete zwischen 500 und 1000 M. ausmacht, 50 Pf. 2. Sie leben außer Gütergemeinschaft. 3. Wenn nicht der Betrag das Gegenteil besagt, der Wirt. 4. Ist über die Kündigung nicht vereinbart, so beträgt die Kündigungsfrist 14 Tage. Die Zeit für Kontrollveranlassungen und dergleichen ist nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu bezahlen. — M. R. 50. Rein. — G. J. 09. 1. Wenden Sie sich an das Konsulat Ihres Landes mit dem Antrage, Ihnen zu bescheinigen, daß Ihrer Ehe nach den Gesetzen Ihrer Heimat nichts entgegensteht. 2. Durch Naturalisierung müssen Sie sich an den Vorgesetzten wenden. Zur Naturalisierung ist die Besidee beizubringen, aber nicht verpflichtet. — W. S. 26. Eine Klage der Frau auf Zahlung ausreichenden Lebensunterhalts, desgleichen eine Klage auf Scheidung hätte in Ihrem Falle Aussicht auf Erfolg. — R. S. 100. 1. Die Kündigung ist rechtzeitig erfolgt. 2. Ja. — P. R. 66. An der Gründung eines Geschäfts sind Sie nicht beteiligt. Sollten Sie die Gründung einer Restauration meinen, so ist hierzu Konzeption erforderlich. Voraussetzungen für eine solche sind von Ihnen erwähnten Umständen erteilt werden. — M. R. 50. Für den Fall der Bedürftigkeit muß die Gemeinde eintreten. Eine Beschwerde wäre an den Landrat zu richten. — M. R. 5. Spandau. Den Schwager können Sie zu einer Einkunft nicht zwingen. Vielleicht führt eine Anfrage beim Auswärtigen Amte zu dem gewünschten Erfolge. — R. S. 99. 1. u. 2. Ja. M. R. 27. Sie müssen zahlen: wie wiederholt dargelegt, wird der Mietstempel für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar entrichtet. Die Entrichtung erfolgt im Januar. Der Mietstempel beträgt bei einer Miete von 300 bis 500 M. 50 Pf., bei 500 bis 1000 M. 1 M., bei 1000 bis 1500 M. 1.50 M. Ein Mietvertrag, der vom 1. April bis 31. April läuft, wird erst für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember, dann für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März versteuert. Der Hauselgentümer hat die Mietverträge bis zum Ablauf des Jahres in ein Verzeichnis zu bringen und der Steuerstelle vorzulegen. — Charlottenburg 7. Rein. — G. R. 2 und Ida 18. Wenden Sie sich an Herrn Simonowitsch, Engländer 15. — Schatz 48. 1. Adalbertstr. 41. 2. Jermoloff, Hermannstr. 177. — M. R. 1. Die deutschen Bundesstaaten bilden gemeinsam das Deutsche Reich. Der preussische König ist deutscher Kaiser. — P. S. 30. Bureau: Friedrichstr. 207. — P. R. 46. Sie wenden sich an die königliche Charité. Sprechstunden ersehen Sie im Adreßbuch. — G. S. 16. Sie sind Sie in der städtischen Stützungsdeputation, Poststr. 16, eine solche Einrichtung. — Geldlich, Statthalterstr. W. Liebenburger Straße 13. — C. J. 29. Maria Theresienstr. 7. Das tägliche Brot ist früher noch nicht im „Vorwärts“ erschienen, wohl aber einige andere Werke derselben Autorin. — M. R. 114. Kantienstr. 7. — S. W. 30. Derzeitige Gesandtschaft. — J. R. 13. Berliner Platz 5. — M. S. 59. Zentral-Kommission der Krankenkassen, Engländer 15. — J. M. Vertrauen Sie sich einem tüchtigen Spezialisten an. Adressen finden Sie im Adreßbuch. — O. S. 66. Regen Sie das Papier einem Bankier vor. — W. 66. In der Regel die Generale. — Rigdori 50. Die sogenannten Diensthäuser sind geschäftliche Unternehmungen. — P. M. 100. An das Kuratorium der städtischen Sparkasse. — Franz. Jede Kaufmanngesellschaft, deren Adressen Sie im Adreßbuch finden, gibt Ihnen Auskunft. — A. 10. Rein. — S. 1. Siehe unter J. J. 1. 2. Insofern ja, als der Ehemann, auch seine Frau gegen einen Wohnbeschlagnahmebefehl mit Rücksicht auf Erfolg Widerspruch erheben können. — R. S. 30. Der Ehel hat Recht. — C. W. 4711. Die Betreffende soll schleunigst Klage auf Zahlung der Verbindlichkeiten anstellen und Klage auf Zahlung von Alimenter durch den Vormund anstrengen. Die Zwangsvollstreckung ist eventuell später auch im Ausland durchzuführen. — G. W. 100. 1. In einer Antwort ist der Betreffende nicht verpflichtet. 2. Der Antrag auf Verhaftung wegen Verleumdung muß innerhalb drei Monaten nach Kenntniz der Verleumdung gestellt sein. 3. Ja, es empfiehlt sich aber ausdrücklicher Vorbehalt der Rechte. — G. W. Der Mann ist zur Zahlung in dem von Ihnen geschilderten Fall nicht verpflichtet. Sollte dennoch Zwangsvollstreckung erfolgen, so würde eine Klage dagegen Aussicht auf Erfolg haben. — P. S. 500. Sie können die Rückgabe des Kindes verlangen, das Kind zurückholen oder im Klagewege die Herausgabe des Kindes erwirken. Ihre Frau können Sie anfordern, zurückzukehren und eventuell auf Herstellung des ehelichen Lebens klagen. Für den Unterhalt der Ehefrau hat der Ehemann nicht zu haften, solange die Ehefrau sich außerhalb der ehelichen Wohnung gegen den Willen des Mannes aufhält. — P. R. 99. Für das Geschäft ist das Vollzeipräsidium zuständig. Das Geschäft wird voraussichtlich aber abgelehnt werden. Die Kosten sind unerschließlich. J. S. Ja. — S. 7. Wiederholen Sie die Anfrage; uns liegt sie nicht vor. — G. 100. Die Forderung ist leider nach dem Gesetz berechtigt. Wenn der Abzug bereits im Fall der Gemeinde mitgeteilt wäre, so würde nur die Vormauer Gemeinde zur Forderung berechtigt gewesen sein. — C. R. 44. Eine Forderung für Schulden ist seit dem 1. Januar d. J. verjährt, wenn die Schuld vor dem 1. Januar 1907 gemacht und seit dem 1. Januar 1907 weder anerkannt noch eingezahlt ist. Eine Mahnung unterbricht die Verjährung nicht. — S. W. 1000. Bei gemischten Ehen ist die Hälfte der Kirchensteuer zu zahlen. Da die Kirche 20 Proz. nimmt, ist die Frau zuzugewandene Rechnung richtig. — G. S. 5881. 1. Sie empfehlen Geschäfte nicht. 2. Ja. 3. Buchhandlung Bornhörs. 4. Ja. — A. 105. Das richtig ist je nach der Körperlänge. — Herr 100. 1. und 2. Unverständlich. 3. Die Intendantur der Schauspiele oder an einen Theaterdirektor. — Fleißbesitzer 100. Städtisches Reichshausamt, Zentralviehhof. — Ludwig Gapp. 1. Ja. 2. und 3. Rein. — M. S. Spandau. 1. Durch das amerikanische Konsulat. 2. und 3. Wenden Sie sich an die juristische Sprechstunde des „Vorwärts“. — Josef Sommerfeldt, Rigdori. 1. Unseres Wissens nicht. 2. Solche Statistiken liegen in der öffentlichen Reichsliste, Adalbertstr. 41 aus. — R. A. 100. Erscheint in Reklams „Universum“ und erst später im Buchhandel.

Witterungsübersicht vom 9. Januar 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Wetter. Rows include Sottembe, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien.

Wetterprognose für Sonntag, den 10. Januar 1909.

Etwas wärmer, vorwiegend trübe, mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

INVENTUR-VERKAUF zu herabgesetzten Preisen. Berliner Eisenmöbel Fabrik Carl Seiffert. Grosse Frankfurter Str. No. 135. Kein Laden! Verkauf Quergebäude III/IV.

Ju. Serraw Winzler. Für die Familien. Für die Familien. Für die Familien. Für die Familien.

Rennbahn Treptow. empfiehlt allen werten Vereinen (einen 380 Personen lassenden). Saal mit Bühne. und großen Nebenräumen. Jeden Sonntag: Soiree der Norddeutschen Säger. 57282. Kassenbäder jeder Art Augusta-Bad, St. Spandauerstr. 60. J. Baer. Badstr. 28. Ecke Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Joppen u. Paletots. Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß. Allerbilligste, streng feste Preise.

MAL-KAH-Zigaretten vorzüglich.

Arkona-Bad. 34. Anklamerstr. 34. schrägüber Zionkirchstr. 2a. Alle Arten Bäder täglich für Herren und Damen. Annahme sämtl. Krankenkassen. Neu! Elektrisch. Lichtbad. Neu!

Wer heiraten will? sollte unbedingt die sozialpsychologische Studie der Frau Doktor Anna Fischer-Dückelmann: „Das Geschlechtsleben des Weibes“ lesen. Unser bereits in 13. Auflage erschienen Buch (jetzt m. zahlr. Illustrationen u. zerlegbarem Modell des Frauenkörpers in der Entwicklungsperiode) ist von der mediz. Wissenschaft rückhaltlos anerkannt. — Es enthält Tatsachen, die für das Wohlfinden und Lebensglück beider Gatten von unschätzbarem Wert sind. — Preis nur 3 M. — Versand (verschllossen) geg. Nachn. v. F. Linsner, Sozialmedizin. Verlag, Berlin-Pankow 414. 295/20*

